

17. Sitzung

am Dienstag, dem 6. Oktober 2020

Inhalt

Fragestunde

Anfrage 1: Mangelnde Kitaplätze als Standortnachteil für Alleinerziehende?

Anfrage der Abgeordneten Frau Bergmann, Frau Wischhusen und Fraktion der FDP vom 9. September 2020..... 831

Anfrage 2: Kein Abitur nach 12 Jahren am Gymnasium Links der Weser: Kündigt Bremen schleichend seinen Schulfrieden?

Anfrage der Abgeordneten Frau Bergmann, Frau Wischhusen und Fraktion der FDP vom 9. September 2020 833

Anfrage 3: Höhere Mieten als „angemessene“ Kosten der Unterkunft nach SGB II und SGB XII

Anfrage der Abgeordneten Frau Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 14. September 2020..... 834

Anfrage 4: Gendersensibler Umgang mit Schülerinnen und Schülern an Bremer Schulen

Anfrage der Abgeordneten Frau Grotheer, Güngör und Fraktion der SPD vom 14. September 2020..... 835

Anfrage 5: Wie geht es weiter mit der Ölhafen-Crew?

Anfrage der Abgeordneten Strohmann, Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 15. September 2020..... 839

Anfrage 6: Wohnraumanpassung im Bereich „Hilfen zur Pflege“

Anfrage der Abgeordneten Frau Grönert, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 15. September 2020841

Anfrage 7: Wie geht es weiter mit den Lesumwiesen?

Anfrage der Abgeordneten Frau Hornhues, Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. September 2020842

Die schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang.

Aktuelle Stunde

Arbeitsplätze und Unternehmen brauchen Gewerbeflächen – Wachstum ermöglichen und nicht zerreden

Abgeordneter Meyer-Heder (CDU)845
Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)848
Abgeordneter Tebje (DIE LINKE)850
Abgeordneter Stahmann (SPD)851
Abgeordnete Wischhusen (FDP)852
Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)854
Abgeordneter Meyer-Heder (CDU)855
Abgeordneter Stahmann (SPD)855
Abgeordneter Tebje (DIE LINKE)856
Staatsrat Wiebe.....857

Bremen wieder Schlusslicht, viel zu geringe Betreuungsquote für unter Dreijährige.

Abgeordnete Bergmann (FDP).....	859
Abgeordnete Ahrens (CDU).....	861
Abgeordnete Krümpfer (SPD).....	865
Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE).....	867
Abgeordnete Dr. Eschen (Bündnis 90/Die Grünen).....	870
Abgeordnete Ahrens (CDU).....	871
Abgeordnete Bergmann (FDP).....	872
Senatorin Dr. Bogedan.....	874

**Kinder stärken, Zukunft sichern! Die Stadt Bremen braucht einen Kinderbeauftragten
Antrag der Fraktion der FDP vom 9. September 2020
(Drucksache 20/303 S)**

Abgeordnete Bergmann (FDP).....	876
Abgeordnete Dr. Eschen (Bündnis 90/Die Grünen).....	878
Abgeordnete Ahrens (CDU).....	879
Abgeordnete Krümpfer (SPD).....	880
Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE).....	881
Staatsrat Fries.....	882
Abstimmung.....	883

**Alternativstandort für eine Recyclingstation im Bremer Osten zügig planen und umsetzen!
Antrag der Fraktion der CDU vom 29. September 2020
(Drucksache 20/316 S)**

Abgeordneter Strohmann (CDU).....	883
Abgeordneter Güngör (SPD).....	884
Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen).....	885

Abgeordneter Tebje (DIE LINKE).....	885
Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP).....	886
Bürgermeisterin Dr. Schaefer.....	887
Abstimmung.....	888

**Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 6. Oktober 2020
(Drucksache 20/321 S)..... 888**

**Keine Unterstützung für Extremisten – Leihvertrag für das Alte Sportamt auf den Prüfstand stellen!
Antrag der Fraktion der CDU vom 8. September 2020
(Drucksache 20/301 S)..... 888**

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) vom 6. Oktober 2020.....	890
---	-----

Anfrage 8: Smart City Bremen

Anfrage der Abgeordneten Meyer-Heder, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. September 2020.....	890
---	-----

Anfrage 9: Errichtung einer Zaunanlage an der ÖVB-Arena und dem Kongresszentrum

Anfrage der Abgeordneten Pörschke, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. September 2020.....	891
--	-----

Konsensliste.....	893
-------------------	-----

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Bolayela, Hupe, Frau Dr. Müller, Rupp.

Präsident Imhoff eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr.

Präsident Imhoff: Die 17. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, dass im Anschluss an die Aktuelle Stunde die Tagesordnungspunkte 8, 13, die miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 14 und 15 und der Tagesordnungspunkt 16 behandelt werden sollen.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch die Eingänge gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, sie nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen – es handelt sich um die miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 14 und 15 und den Tagesordnungspunkt 16.

Meine Damen und Herren, weiterhin haben Sie für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen. Auf dieser Liste stehen die Tagesordnungspunkte 10, 11, und 21.

Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Stadtbürgerschaft.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden.

(Einstimmig)

Ich lasse jetzt gemäß § 22 der Geschäftsordnung über die Konsensliste selbst abstimmen.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, M.R.F.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Beck [AfD])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste zu.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht?

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, M.R.F.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Beck [AfD])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich der Abgeordneten Sigrid Grönert zu ihrem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche des Hauses aussprechen. – Liebe Frau Grönert, alles Gute zu Ihrem Geburtstag.

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen neun frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Anfrage 1: Mangelnde Kitaplätze als Standortnachteil für Alleinerziehende?

Anfrage der Abgeordneten Frau Bergmann, Frau Wischhusen und Fraktion der FDP

vom 9. September 2020

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Bergmann (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Wie hoch ist der Anteil an Alleinerziehenden, die für das Schuljahr 2020/2021 nicht mit einem Platz in einer Kindertagesstätte versorgt werden konnten beziehungsweise denen kein Hort- oder Ganztagschulplatz angeboten werden konnte? Bitte nach Geschlecht und Stadtteil aufschlüsseln!

2. Mit welchen Maßnahmen plant der Senat, die Alleinerziehenden ohne Betreuungsangebot für ihre Kinder zu unterstützen, um damit auch dem vereinbarten Gleichstellungsauftrag gerecht zu werden?

3. Wie steht der Senat zu der Idee einer Änderung des Ortsgesetzes zur Aufnahme von Kindern in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege der Stadtgemeinde Bremen in Bezug auf die unter § 6 geregelten Auswahlkriterien für den Zeitraum des Kitaplatzmangels zur Minderung der Benachteiligung von Alleinerziehenden?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Dr. Bogedan.

Senatorin Dr. Bogedan: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Von den Trägern der Kindertagesbetreuung werden bei der Anmeldung des Bedarfs für die Kindertagesbetreuung keine Informationen zur familiären Situation statistisch erfasst. Insofern liegen der senatorischen Behörde auch keine Daten zur Beantwortung der Frage vor.

Zu Frage 2: Der weiterhin sehr umfängliche Kita-ausbau führt zu einer Verbesserung der Kindertagesbetreuungsmöglichkeiten für alle Zielgruppen. Im Rahmen des Aktionsplans „Alleinerziehende“ sollen Betreuungszeiten für Eltern, insbesondere auch Alleinerziehende, die aufgrund familiärer und beruflicher Verpflichtungen weniger gut in der Lage sind, sich an die bislang bestehenden Zeitmuster der Kindertagesbetreuungseinrichtungen anzupassen, ausgeweitet und flexibilisiert werden. Zudem sollen im Sozialraum über die Kindertagesbetreuung in Einrichtungen hinaus flexible Unterstützungsangebote weiterentwickelt werden. Veränderte Familienbilder mit Auswirkungen auf die Lebensgestaltung sind dabei zu berücksichtigen.

Zu Frage 3: Das Ortsgesetz zur Aufnahme von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege der Stadtgemeinde Bremen, BremAOG, sieht in § 5 Absatz 7 einen Rechtsanspruch auf Aufnahme von Kindern in eine Tageseinrichtung oder in eine Kindertagespflege unabhängig von ihrer Herkunft und Nationalität sowie von konfessionellen, weltanschaulichen oder ethnischen Gründen vor. Die Auswahlkriterien in § 6 des Ortsgesetzes zur Aufnahme von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege der Stadtgemeinde Bremen entsprechen diesen Gleichbehandlungsgrundsätzen. Insofern bestehen sehr enge Grenzen für eine rechtssichere Operationalisierung von Kriterien zur bevorzugten Aufnahme von Kindern Alleinerziehender. Die Frage, wie eine Kitaplatzvermittlung prioritär an sozialen Belangen orientiert werden kann, soll im Rahmen der geplanten BremAOG-Novellierung berücksichtigt werden. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Bergmann (FDP): Ich bedanke mich erst einmal für die Antwort und würde gern noch eines nachfragen: Halten Sie es für sinnvoll oder kommt es im Zusammenhang dieser Neugestaltung des BremAOG – das macht vielleicht Sinn –, die Zahl der Alleinerziehenden doch auch zu erheben, sodass man dort passgenau reagieren kann, weil deren Puffer ja nun einmal einfach ein anderer ist, als wenn man zu zweit ist und zum Beispiel ein Kind aufzieht?

Senatorin Dr. Bogedan: Sobald das ein Kriterium werden würde, was ich ja vorhin gesagt habe, also wenn wir bei der Novellierung des BremAOG tatsächlich zusätzliche Kriterien einführen würden, so, wie ich es gerade angedeutet habe, dann müssen sie natürlich auch entsprechend erfasst werden, damit man darauf die Auswahlentscheidung treffen kann. Insofern: Ja!

Präsident Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Ahrens. – Bitte sehr!

Abgeordnete Ahrens (CDU): Wie bewerten Sie die Tatsache, dass es in Bremerhaven seit Jahren, wie man dem Zwischenbericht zum Aktionsplan „Alleinerziehende“ entnehmen kann, einen Vorrang für die Aufnahme Alleinerziehender in Bremerhaven gibt? Warum gibt es das nicht in Bremen?

Senatorin Dr. Bogedan: Ich habe es ja gesagt: Wir wollen uns ja das BremAOG anschauen und es entsprechend novellieren, und in dem Rahmen wird man diese Entscheidung treffen müssen.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Ahrens (CDU): Ich hätte es gern noch etwas konkreter, Frau Senatorin! Aus welchem Grund hat man uns in der Vergangenheit mehrfach durch den Senat und auch durch Sie persönlich mitteilen lassen, dass es keine gesetzliche Möglichkeit gibt, einen solchen Vorrang in Bremen einzuführen, dass das rechtlich nicht möglich sei, und auf welcher Rechtsgrundlage erfolgt dies in Bremerhaven offenbar in korrekter Art und Weise? Es erfolgt ja seit Jahren.

Senatorin Dr. Bogedan: Ich habe das ja vorhin vorgelesen. Die Möglichkeit besteht darin, dass man soziale Belange begünstigt, und solange das im Gesetz nicht festgelegt ist, kann die Auswahlentscheidung nur anhand der Kriterien des Gesetzes erfolgen.

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 2: Kein Abitur nach 12 Jahren am Gymnasium Links der Weser: Kündigt Bremen schleichend seinen Schulfrieden?

Anfrage der Abgeordneten Frau Bergmann, Frau Wischhusen und Fraktion der FDP vom 9. September 2020

Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Abgeordnete Bergmann (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Tatsache, dass es dem aktuellen siebten und achten Jahrgang am Gymnasium Links der Weser nicht möglich ist, das Abitur nach zwölf Jahren abzulegen?

2. Welche Alternative steht den Schülerinnen und Schülern verbindlich offen, wenn sie gewillt sind, das Abitur – wie an allen anderen Gymnasien der Stadt – nach zwölf Jahren ablegen zu wollen?

3. Wann ist eine Evaluation des Schulversuchs geplant und gibt es Pläne, das Gymnasium Links der Weser wieder wie alle anderen Gymnasien der Stadtgemeinde zu behandeln?

Präsident Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Dr. Bogedan.

Senatorin Dr. Bogedan: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Umstand, dass in den aktuellen siebten und achten Jahrgängen am Gymnasium Links der Weser kein G8-Klassenverband gebildet werden konnte, ergibt sich aus dem Wahlverhalten der Eltern. Diese entscheiden im Laufe der sechsten Jahrgangsstufe im Anschluss an die Beratungsverfahren, welchen Bildungsgang ihre Kinder weiter besuchen. In diesem Zusammenhang haben sie die Wahl zwischen dem achtjährigen und dem neunjährigen Weg zum Abitur.

Für den achtjährigen Bildungsgang wurden für das Schuljahr 2019/20 sechs Schüler/-innen, für das Schuljahr 2020/21 acht Schüler/-innen angemeldet. Diese Anwahlzahlen sind für die Einrichtung eines Klassenverbandes sowohl aus pädagogischen wie aus Ressourcengründen zu gering. Der Senat bedauert die niedrige Anwahl des achtjährigen Bildungsganges in den beiden Jahrgängen, gleichzeitig ist für ihn das Elternwahlrecht maßgeblich.

Zu Frage 2: In den Schuljahren, in denen ein G8-Klassenverband aufgrund geringer Anwahlen nicht zustande kommt, berät die Schule die betreffenden Eltern über die bestehenden Alternativen. Darunter befindet sich die regelhafte Wechselmöglichkeit auf andere Gymnasien der Stadt wie auch auf Oberschulen, die den achtjährigen Bildungsgang zum Abitur anbieten.

Die Praxis zeigt, dass die Möglichkeit des Wechsels überwiegend nicht wahrgenommen wird, da die Eltern ihre Kinder im Stadtteil beschult sehen wollen und infolgedessen ihre Kinder den G9-Weg beschreiten lassen.

Zu Frage 3: Der Schulversuch am Gymnasium Links der Weser wird seit 2013 durch eine Steuergruppe begleitet, um die Konformität des Schulversuchs G9 mit den bremischen Ordnungsmitteln des Gymnasiums zu sichern. Im Auftrag der Steuergruppe sind seit 2014 verschiedene Evaluationen des an G9 gebundenen Schulversuchs zur Notenumrechnung erfolgt. Im Rahmen der Evaluation der Schulreform wurde 2018 die Anwahl der weiterführenden Schulen für den Zeitraum 2012 bis 2018 untersucht. Die Anwahlzahlen für das Gymnasium Links der Weser waren und sind sehr stabil. Dies ist

ein Indikator für die hohe Akzeptanz der Schule bei den Eltern.

Das Gymnasium Links der Weser wird – wie alle Gymnasien des Landes – als ein solches behandelt. Es erfüllt unabhängig von der Dauer des Bildungsganges die schulgesetzlichen Vorgaben zum Erwerb des Abiturs im entsprechenden Bildungsgang zum Abitur. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Frau Kollegin, habe Sie eine Nachfrage dazu? – Bitte sehr!

Abgeordnete Bergmann (FDP): Ich möchte sicher gehen, dass ich es richtig verstanden habe. Die Familien, die den achtjährigen Bildungsgang gewählt haben, bekommen die Möglichkeit, das an anderen Gymnasien zu Ende zu führen, ansonsten soll das Gymnasium Links der Weser so bleiben, wie es ist, weil die Studie zeigt, dass viele dort zu diesem Gymnasium möchten.

Wie ist das, wenn das in den Folgejahren immer wieder stattfindet, dass Familien sich den achtjährigen Bildungsgang aussuchen und dann feststellen, dass Jahr für Jahr kein G8-Klassenverband zustande kommt? Wie reagiert man langfristig darauf?

Senatorin Dr. Bogedan: Deshalb bestreitet die Steuergruppe den ganzen Prozess auch sehr eng und deshalb sind wir auch in einem sehr engen Austausch, um uns dann bei dem Eintreten einer solchen Entwicklung auch mit den Fragen auseinanderzusetzen, wenn sie auf dem Tisch liegen.

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung der Anfrage.

**Anfrage 3: Höhere Mieten als „angemessene“ Kosten der Unterkunft nach SGB II und SGB XII
Anfrage der Abgeordneten Frau Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 14. September 2020**

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Bedarfsgemeinschaften in der Stadtgemeinde Bremen leben in Wohnungen, deren Mieten die als angemessen definierten Kosten der Un-

terkunft übersteigen und die deshalb ihre Mietkosten anteilig von ihren Leistungen der Hilfen zum Lebensunterhalt bestreiten müssen?

2. Gibt es Härtefallregelungen/Verwaltungsanweisungen, welche eine Übernahme der vollen Mietkosten im Einzelfall ermöglichen, und wenn ja, welche?

3. Welche Fallkonstellationen können zu einer vollständigen beziehungsweise über die Mietobergrenzen hinausgehende Übernahme von Mietkosten durch die Leistungsträger für welche Zeiträume führen?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Fries.

Staatsrat Fries: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im SGB II, also im Jobcenter, wurde im Monat Mai 2020 in rund 5,4 Prozent der Fälle, also für rund 2 100 Bedarfsgemeinschaften, die Grundmiete nicht vollständig anerkannt. Im SGB XII, also im Amt für Soziale Dienste, wurde im Mai 2020 für 2,4 Prozent der Bedarfsgemeinschaften die Grundmiete nicht vollständig anerkannt, das sind rund 240 Fälle.

In diesen statistischen Angaben sind sämtliche Fälle enthalten, in denen die mietvertraglich vereinbarte Miete nur deshalb nicht in voller Höhe anerkannt wird, weil der Leistungsempfänger die Wohnung und folglich auch die Mietkosten mit einer anderen Person teilt. In diesen Fällen wird nicht die volle Miete anerkannt, sondern nur der jeweilige Anteil. Das ist zum Beispiel der Fall in einer Wohngemeinschaft oder wenn ein Teil der Wohnung untervermietet ist. Aus den Daten lässt sich daher nicht ableiten, wie viele Personen auf die Hilfe zum Lebensunterhalt zurückgreifen müssen, um ihre Unterkunftskosten voll zu begleichen. Dazu wäre eine händische Auswertung aller einschlägigen Akten im Jobcenter und im Amt für Soziale Dienste erforderlich.

Zu Frage 2 und 3: Zu der Übernahme der Kosten der Unterkunft und Heizung gibt es für die Leistungsträger sowohl eine Verwaltungsanweisung als auch eine umfassende Arbeitshilfe zur Verwaltungsanweisung. Beide Dokumente sind auf der Homepage der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport veröffentlicht.

Insbesondere wird vorgegeben, in welchen Fällen in der Regel über die Richtwerte hinausgehende Mietkosten als Bedarf anzuerkennen sind. Sofern die tatsächlichen Aufwendungen für die Unterkunft und Heizung über den grundsätzlich anzuerkennenden Richtwerten liegen, prüfen die Leistungsbehörden in jedem Einzelfall, ob die Gründe vorliegen, die eine höhere angemessene Miete rechtfertigen.

Nach den gesetzlichen Vorgaben sind nicht angemessene Aufwendungen so lange in tatsächlicher Höhe als Bedarf anzuerkennen, bis es den Betroffenen nicht möglich oder nicht zumutbar ist, die Aufwendungen zu senken, in der Regel jedoch längstens für sechs Monate. Ist es den Betroffenen in diesem Zeitraum nicht zumutbar oder trotz ausreichender Bemühungen nicht möglich, die Aufwendungen für die Unterkunft und Heizung zu senken, ist die Frist zu verlängern. Eine Absenkung der Leistungen auf lediglich angemessene Unterkunfts-kosten ist in diesen Fällen nicht zulässig. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Staatsrat, für die ausführlichen Antworten! Sie haben ja die Fallzahlen aufgelistet. Über 2 000 Personen oder Haushalte bekommen nicht den vollen Anteil der Mieten über die Kosten der Unterkunft abgedeckt, sondern müssen diese aus den Hilfen zum Lebensunterhalt mit bestreiten. Sie haben dargelegt, dass viele davon mit anderen Personengruppen zusammenleben, aber verstehe ich es richtig, dass auch durchaus Haushalte, die eine Bedarfsgemeinschaft sind, oder weitere Personengruppen auch davon betroffen sein können?

Staatsrat Fries: Wie gesagt, das trifft nicht auf alle 2 100 Bedarfsgemeinschaften zu. Wenn ein anderer Partner oder Mitbewohner Geld verdient und seinen Anteil selbst tragen kann, dann wird nicht die volle Höhe erstattet, und deswegen ist es auch nicht notwendig, die höheren Mietkosten aus dem Lebensunterhalt zu bezahlen, aber natürlich sind darunter auch Fälle, bei denen die Miete nur aus dem Regelsatz bestritten werden kann, der eigentlich für etwas anderes vorgesehen ist. Wir können aber nicht sagen, auf welchen Anteil der 2 100 Bedarfsgemeinschaften das zutrifft.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE): Würden Sie sagen, oder ist das in der Anwendungshilfe geregelt, dass das soziale Netzwerk von Alleinerziehenden in ihrem Stadtteil ein Kriterium für einen Härtefall in der Einzelfallentscheidung sein kann?

Staatsrat Fries: Als alleiniges Kriterium ist es aus unserer Sicht nicht ausreichend, weil wir ja auch andere Instrumente haben, um im Zweifel im Stadtteil zu verbleiben. In einer von wenigen Kommunen gibt es hier zum Beispiel Zuschläge, um in Stadtteilen mit einem höheren Mietniveau verbleiben zu können. Letztlich geht es darum, ob es zumutbar ist, eine andere Wohnung zu finden. Da ist die besondere Lebenssituation von Alleinerziehenden natürlich zu berücksichtigen, und das ist in der Richtlinie auch aufgeführt, aber nur die Kriterien alleinerziehend und Netzwerk reichen nicht aus.

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 4: Gendersensibler Umgang mit Schülerinnen und Schülern an Bremer Schulen

Anfrage der Abgeordneten Frau Grotheer, Günstig und Fraktion der SPD vom 14. September 2020

Frau Kollegin, Sie haben das Wort!

Abgeordnete Grotheer (SPD): Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat Berichte über das Mobbing eines jungen Transmannes an einer Bremer Ersatzschule auch im Lichte des durch den Bundestag jüngst beschlossenen Verbots von sogenannten Konversionstherapien, Gesetz zum Schutz vor Konversionsbehandlungen?
2. Sind dem Senat ähnliche Vorwürfe im Hinblick auf andere Bremer Schulen bekannt?
3. Welche präventiven Maßnahmen setzt der Senat um, um einen gendersensiblen Umgang mit Schüler*innen an Bremer Schulen zu gewährleisten, und wann und wie tritt der Senat in Aktion, wenn das Recht von Schüler*innen auf sexuelle Selbstbestimmung verletzt wird?

Präsident Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Dr. Bogedan.

Senatorin Dr. Bogedan: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat bewertet die in den Berichten dargestellten Vorkommnisse zum Umgang mit einem Transmann an einer Bremer Ersatzschule als schockierend. Der Senat lehnt die in Berichten dargestellten diskriminierenden Handlungen strikt ab, wie die Bezeichnung einer Transperson mit dem neutralen Pronomen, die Benachteiligungen in der Leistungserbringung und Leistungsbewertung, den Druck auf das soziale Umfeld sowie insbesondere die Versuche der Indoktrination bis hin zu einer Konversionstherapie. Solche Handlungen wären tiefe Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte eines heranwachsenden Menschen.

Der Senat hat von den Geschehnissen beziehungsweise Vorwürfen erst durch eine Nachfrage des Vertreters des Christopher Street Day Bremen e. V. Kenntnis erlangt und sich unmittelbar im Anschluss um eine Aufklärung des Sachverhalts bemüht. Zum jetzigen Zeitpunkt konnte noch keine abschließende Klärung erreicht werden, es liegen lediglich Stellungnahmen der Schule vor. Wegen des anhängigen staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens kann eine umfassende Aufklärung seitens der Schulaufsicht zurzeit nicht weiter betrieben werden. Unabhängig von dessen Ergebnis ist der Senat in höchstem Maße an dieser Aufklärung interessiert, um daraus Erkenntnisse für zukünftiges Handeln abzuleiten und derartige Vorkommnisse zu verhindern.

Zu den Fragen 2 und 3: Die Fragen 2 und 3 werden zusammenhängend beantwortet. Bisher sind dem Senat keine ähnlich schwerwiegend gelagerten Fälle bekannt. Aus dem Schulgesetz ergibt sich der grundsätzliche Auftrag an alle in Schule Mitwirkenden, die Schule so zu gestalten, dass Schülerinnen und Schüler zu überlegtem persönlichem, beruflichem und gesellschaftlichem Handeln befähigt werden. Grundlage hierfür sind demokratisches und nachvollziehbares Handeln und der gegenseitige Respekt aller an der Schule Beteiligten. Gleichwohl machen Schülerinnen und Schüler während ihres Schullebens immer wieder Diskriminierungserfahrungen. Kinder und Jugendliche erleben Benachteiligungen beispielsweise aufgrund der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität, ihrer sozialen Herkunft oder ihres Aussehens.

Dem soll durch Prävention entgegengewirkt werden. Betroffene Schülerinnen und Schüler sollen in der Wahrung ihrer Rechte unterstützt werden. Zu diesem Zweck hat der Haushaltsgesetzgeber zusätzliche Stellen beschlossen, die an den ReBUZEN angesiedelt werden.

Auch kann die Schulaufsicht unmittelbar eingeschaltet werden, was aber in dem aktuellen Fall, wie oben dargestellt, jedoch nicht geschehen ist. Für den Fall, dass sich Vorwürfe bestätigen, würde die Senatorin für Kinder und Bildung prüfen, welche rechtlichen Konsequenzen im Einzelfall ergriffen werden können. Hier wird anlässlich des akuten Falles geprüft, ob die Stärkung der Handlungsrechte von Kindern und Jugendlichen analog dem Sozialgesetzbuch auch im Schulgesetz deutlicher herausgestellt werden muss. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Frau Kollegin Grotheer, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Grotheer (SPD): Frau Senatorin, ich verstehe, dass Sie über den Einzelfall nicht reden können. Die Begründung hat der Senat in seiner Antwort ja geliefert. Die Frage, die ich jetzt aber habe, ist die, dass sich nach meinem Dafürhalten vor allen Dingen nicht ein Problem des gegenseitigen Mobbens von Schülerinnen und Schülern vermuten lässt, sondern insbesondere ein Fehlverhalten von Lehrer*innen oder Erwachsenen jedenfalls im Hintergrund steht. Die Frage, die sich für mich stellt, ist, wenn Sie von Präventionsangeboten sprechen, bedeutet das auch, dass wir auch auf das Lehrpersonal zugehen und passiert das dann an allen Schulen, dass man auf das Lehrpersonal im Sinne von gezielter Fortbildung zugeht?

Senatorin Dr. Bogedan: Das ist im Prinzip ein mehrstufiges Verfahren. Es gibt Fortbildungen, die stehen allen Lehrkräften offen, auch den Lehrkräften an Ersatzschulen. Das Angebot bereitet das Landesinstitut für Schule.

Die zweite Prävention ist natürlich auch, mit Schulen, von denen der Senat solche Kenntnis erlangt, direkt über die Schulaufsicht ins Gespräch zu gehen und dann natürlich über die Instrumente der Schulaufsicht zur Verfügung zu stellen und mit dem gesamten Kollegium ein Verfahren zu entwickeln, dass das nicht mehr stattfindet. Das muss in allererster Linie natürlich immer die Schulleitung, die in der Verantwortung steht, sicherzustellen.

Wenn das aber nicht möglich ist, haben wir in anderen Fällen, bei denen es nicht nur um Diskriminierung geht, sondern um andere Fehlverhalten von Lehrkräften, dass dann die Schulaufsichten auch beispielsweise begleitend sich selbst den Unterricht anschauen, hospitieren können. Das sind die Maßnahmen, zu verstehen, auf welcher Ebene ist das Problem angesiedelt.

Was jetzt der Wunsch des Haushaltsgesetzgebers war, ist, die Rechte der Schülerinnen und Schüler zu stärken, in dem Moment, wenn wir wissen, dass sich Schülerinnen und Schüler in einem Machtverhältnis befinden. Sie sind darauf angewiesen, dass ihre Lehrkräfte sie normalerweise auch wohlwollend behandeln, auch für ihr weiteres Fortkommen. Auf dieser Basis sollen die Stellen, die am ReBUZ angesiedelt sind, ein Anlaufpunkt sein, an die sich Schülerinnen und Schüler in solchen Fällen vertrauensvoll wenden können.

Der Fall zeigt ja offenbar, dass Schülerinnen und Schüler, wenn sie in der Situation sind, offenbar nicht genau wissen, wo kann ich mir Hilfe holen, wenn sie das Gefühl haben, dass sie sagen, bei denen, die sie eigentlich schützen sollen, den Lehrkräften, den pädagogisch Mitarbeitenden in den Schulen, diese Hilfe nicht bekommen. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Ansatzpunkt, auch noch einmal die Rechte und die Durchsetzung von Betroffenen unmittelbar in dieser schwierigen Machtsituation oder Machtasymmetrie zu stärken.

Präsident Imhoff: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Grotheer (SPD): Frau Senatorin, ich habe gelegentlich den Eindruck, wenn Fälle von kritikwürdigem Verhalten im Raum stehen, um da jetzt keine Bewertung vorzunehmen, weil die anderen Leuten obliegt, dass es eine Schwierigkeit ist, eine Fehlerkultur einzugestehen, also ein Verfahren eines Umgangs mit Menschen, die sagen, jawohl, da habe ich einen Fehler begangen oder eine Schule feststellt, das Verhalten war so nicht in Ordnung. Wie bekommen wir eigentlich eine Unterstützung dahingehend, dass es eine Fehlerkultur gibt, die es auch möglich macht, solche Fragen zu diskutieren, ein bisschen in einem geschützten Raum, um dann zukünftig mit solchen Verfahren umzugehen?

Senatorin Dr. Bogedan: Der Senat und insbesondere mein Haus hat in den letzten Jahren im Bereich von sexualisierter Gewalt eine ganze Reihe

von Verfahren etabliert. Es scheint dringend notwendig zu sein, diese Art von Verfahren und auch geschützten Kontextsituationen, dass solche Fälle beraten werden und auch auf andere Fälle übertragen werden.

Ja, wir sehen Handlungsbedarf und ich kann heute noch nicht exakt sagen, dass die fünf Maßnahmen, die wir daraus ableiten werden –. Die Antwort des Senats hat auch gezeigt, dass wir wohlmöglich glauben, dass, wenn wir die Stärkung der Rechte auf der gesetzlichen Ebene durchführen, dann auch deutlich ist, wo die Interventionsstrategie dann im Sinne einer Fehlerkultur und wirklich auch im Sinne eines Hinsehens ist. Wir brauchen tatsächlich mehr Hinschauen und nicht Wegschauen an diesen Stellen, denn tatsächlich erreichen uns ja regelmäßig Berichte. Das habe ich versucht darzustellen, dass Schülerinnen und Schüler aus unterschiedlichen Gründen Diskriminierungserfahrungen machen. Das ist etwas, das wir nicht wollen und wo wir Schülerinnen und Schüler schützen müssen.

Präsident Imhoff: Frau Senatorin, eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Tegeler. – Bitte, Frau Abgeordnete!

Abgeordnete Tegeler (DIE LINKE): Frau Senatorin, als ein Instrument zur Prävention beziehungsweise zur Aufklärung, halten Sie es da für sinnvoll, sich demnächst darauf zu verständigen, noch einmal über eine Auswahl im Jugendbereich der Schulaufklärung zu reden? Es war ja tatsächlich so, dass dort vordergründig Lehrkräfte das Problem waren, aber Schüler durchaus auch gemobbt haben.

Senatorin Dr. Bogedan: Ja, ich glaube, zu unserer Präventionsstrategie – wir haben uns an anderer Stelle dazu schon einmal ausgetauscht – in welcher Form und mit welchen Formaten diese Aufklärung in der Schule auch erfolgen kann. Ich sehe das als eine ganz wichtige Strategie. Wir brauchen Aufklärung, wir brauchen eine Kultur des Hinschauens und brauchen dann aber auch harte Instrumente, mit denen man im Fall des Falles auch intervenieren und deutlich eingreifen kann. Ich hatte ja vorher gesagt, dass analog zum Sozialgesetzbuch, dort gibt es Schutzkonzepte verpflichtend für Einrichtungen der Kindertagesbetreuung, und so ein Instrument könnte natürlich auch helfen, genau Prävention im Sinne von, wir sprechen in der Schule darüber und machen es überhaupt erst einmal zum Thema, als einen wichtigen Ansatzpunkt des Handelns zu identifizieren.

Präsident Imhoff: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Tegeler (DIE LINKE): Kommt für Sie dafür auch infrage wieder mit externen Trägern, wie beispielsweise dem Rat & Tat Zentrum, zusammenzuarbeiten?

Senatorin Dr. Bogedan: Wir arbeiten mit dem Rat & Tat Zentrum tatsächlich eng zusammen und über die Formate müssen wir uns anlässlich dieses Falles noch einmal austauschen.

Präsident Imhoff: Frau Senatorin, eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Dr. Buhlert. – Bitter, Herr Dr. Buhlert!

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Senatorin, Sie haben ja deutlich gemacht, dass es entsprechende Fehlerkulturen und Qualitätssicherungssysteme in den Schulen geben sollte. Gibt es im Lande Bremen Schulen, die solche Konzepte bereits haben und umsetzen? Sind deren Beispiele dann übertragbar und wie könnte das gelingen, das zu übertragen?

Senatorin Dr. Bogedan: Ja, gibt es. Es gibt Schulen, die schon vorbildliche Konzepte haben. Bei dem Kontext, bei dem es um sexualisierte Gewalt geht, sind wir insgesamt auf dem Weg für alle Schulen Konzepte herzustellen. Viele Schulen haben in dem Kontext das gesamte breitere Thema von Diskriminierung schon aufgegriffen und Schutzkonzepte entwickelt. Das ist tatsächlich ein Ansatzpunkt. Wir haben eine ganze Reihe von Schulen, die das Thema in der Schule zum Thema machen und mit vielseitigen Instrumenten.

Was die Übertragbarkeit betrifft, habe ich gerade schon versucht, deutlich zu machen, es braucht unterschiedliche Instrumente, es braucht deutlichere Vorgaben über die Behörde, es braucht aber auch tatsächlich das in der Schule Annehmen des Themas. Wir wissen alle, dass immer der zweite Punkt der schwierigere ist. Die Abgeordnete Frau Grotheer hatte ja gerade gefragt, Schulentwicklung ist immer ein wichtiges Thema, also auch Angebote zu unterbreiten, die nicht nur Fortbildungen sind, wo Menschen hingehen können, sondern dann auch ein Angebot zu machen, wie man beispielsweise in einer Schule mit einem Kollegium oder auch mit dem Kreis der Schülerinnen und Schüler zusammenarbeitet. Wenn Sie das meinen, ja, da können wir, glaube ich, von guten Praxisbeispielen viel lernen und die auf andere Schulen übertragen.

Präsident Imhoff: Herr Kollege Dr. Buhlert, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Frau Senatorin, bis wann haben Sie grob vor, diese Vorgaben zu machen? Es kommt ja auf einen Kulturwandel an, wie Sie zu Recht ansprechen. Welche Instrumente wollen Sie dafür nutzen?

Senatorin Dr. Bogedan: Ich sage Ihnen das ganz ehrlich. Ich hätte gern schon das Konzept in der Hand gehabt. In den Beratungen zum Koalitionsvertrag ist sehr deutlich geworden, dass sich die Koalition dieses Themas stärker annehmen möchte.

In den Haushaltsberatungen mit Beratung über die Stellen ist auch deutlich geworden, dass das auch mit Substanz hinterlegt werden soll. Das macht natürlich nur Sinn, wenn das in ein Gesamtkonzept eingebunden ist. Ich bitte um Nachsicht, dass uns die Situation ab März durch Corona tatsächlich etwas in zeitlichen Rückstand gebracht hat. Ich hoffe sehr, dass wir jetzt langsam wieder in den Modus kommen und hoffe, dass wir im Frühjahr nächsten Jahres dann auch in der Lage sein werden, etwas in der Form zu präsentieren.

Präsident Imhoff: Frau Senatorin, eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Görgü-Philipp.

Abgeordnete Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, Sie haben vorhin von Schutzkonzepten gesprochen. Sind Sie diesbezüglich mit dem Sozialdienst Junge Menschen, Jugendamt, im Gespräch? Geht es da um das Schutzkonzept nach § 8a des SGB VIII?

Senatorin Dr. Bogedan: Nein, genau um die geht es nicht. Die sind ja sowieso seit vielen Jahren bindend und verpflichtend. Es geht tatsächlich noch einmal speziell um Schutzkonzepte, die auf der Ebene nicht schon bei der harten Kindeswohlgefährdung anfangen, sondern die im Prinzip im Vorfeld ansetzen bei Situationen, die ich erlebe, die eine Grenzüberschreitung in der Hinsicht sind, dass zwar noch nicht das Kindeswohl gefährdet ist, aber das seelische Wohl gefährdet sein kann.

Diese Schutzkonzepte sind im letzten Jahr vom Bundesgesetzgeber im Sozialgesetzbuch eingebracht worden für den Bereich der Kindertagesbetreuung und wir haben eine Selbstverpflichtung für den Bereich von Schule gemacht im Hinblick auf die Frage des Schutzes vor sexualisierter Gewalt und glauben, im Moment, ist mein Eindruck, wäre

es klug, das auf weitere Tatbestände von Diskriminierungserfahrung auszuweiten.

Präsident Imhoff: Frau Senatorin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 5: Wie geht es weiter mit der Ölhafen-Crew?

Anfrage der Abgeordneten Strohmann, Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 15. September 2020

Herr Kollege Strohmann, Sie haben das Wort!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Besetzung eines städtischen Grundstückes in Walle durch die Ölhafen-Crew und inwiefern besteht derzeit eine Nutzungsvereinbarung zwischen den städtischen Behörden und der Ölhafen-Crew für die Nutzung der besagten Fläche?

2. Inwieweit widerspricht die ausgeübte Nutzungsart seitens der Ölhafen-Crew dem geltenden Planungsrecht?

3. Welche alternativen Standorte wurden der Ölhafen-Crew gegebenenfalls wann unterbreitet und wie wurde seitens der Ölhafen-Crew darauf reagiert?

Präsident Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet durch Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1 und Frage 2: Die Fragen 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet. Der Senat möchte die Vielfalt unterschiedlicher Wohn- und Lebensformen und damit auch sozio-kulturelle Projekte wie die Ölhafen-Crew unterstützen. Richtig ist, dass die derzeitige Wohnnutzung verbunden mit weiteren Aktivitäten auf dem Grundstück nicht der geltenden planungsrechtlichen Festsetzung des Bebauungsplans 1800 vom 17. Oktober 1988 entspricht, der bisher dort eine öffentliche Grünfläche ausweist.

Auf Grundlage eines Nutzungskonzeptes soll der betreffende Bereich überplant werden. Angedacht ist die Änderung eines sehr kleinen Ausschnitts des

Bebauungsplans 1800, voraussichtlich in ein noch näher zu definierendes Sondergebiet, sodass es keine Widersprüche zu den rechtlichen Rahmenbedingungen der nördlich angrenzenden Kleingartengebiete gibt, deren planungsrechtliche Situation dadurch nicht geändert wird. Allerdings ist, gegebenenfalls parallel, im Kleingartengebiet auch der Erhalt der Kaisenhäuser zu regeln, ohne dort dauerhaftes Wohnen zu ermöglichen. Eine Nutzungsvereinbarung zwischen der Stadt und der Ölhafen-Crew besteht bisher nicht.

Zu Frage 3: Die seit mehreren Jahren andauernde Standortsuche der Ölhafen-Crew entwickelte sich über Hastedter Osterdeich, Senator-Apelt-Straße, Industriestraße, Neuenlander Straße, Güterbahnhof und Überseestadt zur städtischen Fläche am Hagenweg. Bei allen bisher angedachten Alternativstandorten gab es auch unter Einbeziehung der Beiräte keinen Konsens. Zuletzt hat der Beirat Bremen-Walle am 14. November 2019 einer Zwischenutzung der Fläche am Hagenweg bis zum Frühjahr 2020 zugestimmt und dabei auch einen Standplatz im Beiratsgebiet nicht ausgeschlossen, ohne jedoch eine konsensfähige Lösung gefunden zu haben.

Zur abschließenden Klärung sowohl eines Standortes als auch im Hinblick auf einen Rechtsrahmen, mit dem der Wagenplatz legalisiert werden könnte, ist daher ein runder Tisch eingesetzt worden. Dieser tagte bisher einmal am 6. Juli 2020. Ein Folgetermin soll erst stattfinden, wenn die planungsrechtlichen Schritte im Ressort abgestimmt sind und beratungsfähige Lösungswege vorgestellt werden können. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Herr Kollege Strohmann, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Wie ist das jetzt eigentlich mit der Infrastruktur geregelt, mit dem Wasser und dem Abwasser?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Da ist man gerade im Gespräch mit der Ölhafen-Crew. Die Ölhafen-Crew wird auch von der ZwischenZeitZentrale Bremen, ZZZ, betreut. Die ZZZ berät die Ölhafen-Crew und entwickelt auch ein Konzept. Angedacht ist, die Wasserversorgung zu regeln, auch eine kleine Kläranlage dort zu realisieren. Wir wollen, dass sie dort eine entsprechende hygienische Infrastruktur haben.

Präsident Imhoff: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Verstehe ich das richtig, dass im Moment das Abwasser einfach so auf die Wiesen fließt? Ist das denn richtig?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Nein, das ist nicht ganz richtig. Die haben sogenannte Trockentoiletten. Wer jemals im Ökodorf in Lesum war, der kennt das. Auch dort ist es so gewesen. Wir haben sieben Wagenplätze in ganz Bremen, also auch am Hochschulring und insofern gibt es Vorrichtungen auch dort, wie zum Beispiel Trockentoiletten.

Präsident Imhoff: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Frau Senatorin, wie wollen Sie dann eigentlich unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung regeln, wenn die Ölhafen-Crew dort eine Fläche bekommt, wo sie dann leben können und die Kleingärtner dort aber nicht wohnen dürfen?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Wir haben ja gerade in Bremen auch eine Diskussion über den Kleingartenentwicklungsplan. Was wir machen wollen, ist ja zum Beispiel, auf Wochendhausgebieten in Bremen Wohnen zu ermöglichen, indem wir es explizit nicht als Kleingartengebiet, das ist es ja jetzt schon nicht, es ist eine öffentliche Grünfläche, sondern als Sondergebiet deklarieren. Das wollen wir auch zum Beispiel nehmen, um auch Tiny Houses in Bremen etablieren zu können.

Da sehen wir, dass dieses Argument der Gleichbehandlung damit entkräftet wird. Das sagen uns ja auch die Kleingärtner, warum dürfen die da wohnen und wir nicht. Gleichwohl müssen wir die Frage der Kaisenhäuser trotzdem dringend, gerade auch im Bremer Westen, jetzt regeln.

Präsident Imhoff: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Wie ist denn jetzt der zeitliche Ablauf, bis neues Planungsrecht geschaffen ist? Haben Sie da eine Vorstellung?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Es gibt da mehrere Fragen, die wir noch klären müssen. Deswegen haben wir gesagt, wir wollen einen Folgetermin für den runden Tisch erst wieder einrichten, wenn die planungsrechtlichen Schritte im Ressort abgestimmt sind, wenn wir die Lösungswege auch mit der Ölhafen-Crew besprochen haben.

Das, was ganz klar ist und das steht für uns auch ganz oben, wenn man das Sondergebiet ausweist, müssen sowohl Rettungswege geklärt als auch die sanitären Infrastrukturfragen gelöst werden. Das sind die Voraussetzungen, um das überhaupt als Sondergebiet auszuweisen. Insofern, wir arbeiten gerade daran, um dann möglichst zeitnah – nageln Sie mich jetzt nicht auf ein Zeitfenster fest – eine Klärung herbeizuführen.

Vielleicht darf ich das noch ergänzen, weil Legalisierung uns wichtig ist. Dort gab es auch illegale Bauten. Wir haben auch angewiesen, auch das in Gleichberechtigung zu den Kleingärtnern, dass diese dort auch wieder entfernt werden müssen, weil es auch um die Sicherheits- und Haftungsfrage geht.

Präsident Imhoff: Herr Strohmann, haben Sie noch weitere Zusatzfragen? – Bitte sehr!

Abgeordneter Strohmann (CDU): Nein, nur eine Bemerkung. Das glaube ich nicht.

Präsident Imhoff: Frau Bürgermeisterin, eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Wagner. – Bitte, Herr Wagner!

Abgeordneter Wagner (SPD): Frau Bürgermeisterin, Sie haben über das Planungsrecht gesprochen und auch über den runden Tisch, der einberufen worden ist. Teilen Sie meine Einschätzung, dass der Anlass für den runden Tisch weniger die formale Frage ist, ob das Planungsrecht angepasst werden muss, sondern mehr Fragen von Alltagsstreitigkeiten zwischen den Nutzergruppen sind, die es dort gibt?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich glaube, es ist eine Kombination aus beidem. Uns ist es schon wichtig, wenn wir der Ölhafen-Crew dort eine Perspektive geben wollen, dass wir mit denen im Gespräch genau diese Regeln erläutern, zum Beispiel, dass Bühnen auch eine ganz normale baurechtliche Abnahme zum Aufstellen brauchen und auf der anderen Seite wollen wir natürlich auch Fragen klären unter den Kleingärtnern mit der Ölhafen-Crew, die auftauchen, wie zum Beispiel Fragen rund um den Lärmschutz.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Wagner (SPD): Genau diese Fragen, die Sie angesprochen haben, um die Nutzergrup-

pen und den Lärmschutz, die können ja unabhängig vom Planungsrecht weiter besprochen werden, weil das ja jenseits der rechtlichen Formalitäten ein Miteinander der Nutzergruppen benötigt, damit sich das dort in der Nachbarschaft zueinander nachhaltig etablieren kann. Mir hat sich vor diesem Hintergrund nicht erschlossen, warum der Tisch erst wieder tagen soll, wenn die Planungsrechtvorstellungen abgeschlossen sind. Mögen Sie dazu noch einmal ausführen?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Natürlich geht es uns darum, mit der Ölhafen-Crew zu schauen, dass die dort eine Perspektive haben und was dafür planungsrechtlich benötigt wird. Die Voraussetzung dafür ist, das haben wir der Ölhafen-Crew auch Ende letzten Jahres deutlich gesagt, dass sie ein Konzept entwickeln. Das tun sie jetzt mit der ZZZ.

Wenn es andere Fragen zu klären gibt, dann glaube ich – bei mir sind die Signale noch nicht angekommen –, kann man jederzeit vorher den runden Tisch einberufen. Ich würde mich freuen, wenn es eine gegenseitige Toleranz in dem Kleingartengebiet gibt, auch hinsichtlich der Ölhafen-Crew, die sich zum Beispiel am Tag des Gartens dort einbringen und mit einem eigenen Stand beteiligen wollte. Ich glaube, das zeichnet auch oft solche Wagenburgen aus, dass sie ein Interesse haben, sich an gesellschaftlichen, an sozialen und auch an kulturellen Aktivitäten zu beteiligen. Ich glaube, dafür braucht es ein gegenseitiges Verständnis. Wenn der runde Tisch dabei hilft, dann können wir den sicherlich auch wieder früher einberufen.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Herr Abgeordneter? – Bitte sehr!

Abgeordneter Wagner (SPD): Ich glaube in der Tat, das braucht es unbedingt. Wenn dem runden Tisch die Vorstellung zum Planungsrecht vorgestellt wird, ist das dann so zu verstehen, dass gleichzeitig die Vorstellung zum Planungsrecht miteinander im Alltag diskutiert wird, weil beides zusammenkommen muss, damit es funktioniert?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich denke das. Das Eine schließt das Andere nicht aus, insofern werden wir das sicherlich diskutieren. Das Kleingartengebiet ist ja in der Nachbarschaft, die Fläche selbst ist eine öffentliche Fläche, eine öffentliche Grünfläche. Insofern ist es mir wichtig, zu betonen, dafür braucht es eine gute Nachbarschaft, aber es handelt sich nicht um ein und dasselbe Kleingartengebiet. Wir klären aber gern die nachbarschaftlichen Fragen mit den Kleingärtnern.

Präsident Imhoff: Herr Kollege Wagner, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Wagner (SPD): Weil Sie das Stichwort Tiny Houses angesprochen haben: Wenn Planungsrecht nach dem Beispiel für den Wagenplatz geschaffen wird, darf ich dann davon ausgehen, dass wir beim geeigneten Standort, dann nach dem Muster auch dasselbe Planungsrecht für eine Tiny-Houses-Siedlung in Bremen schaffen?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Mit Ihrer Frage laufen Sie jetzt offene Türen, nicht nur bei mir, sondern auch bei meiner Staatsrätin, Frau Nießen, ein. Wir sind große Fans von Tiny Houses und wir würden das gern in Bremen realisieren.

Präsident Imhoff: Frau Bürgermeisterin, eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Leonidakis. – Bitte, Frau Leonidakis!

Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, danke für die Darlegungen der Genese auch mit der Ölhafen-Crew. Sie haben dargestellt, dass es einen Zwischennutzungsvertrag gibt. Können Sie meine Irritationen teilen, dass vor diesem Hintergrund und auch der Beteiligung an dem Tag des Gartens und an dem runden Tisch die Anwesenheit der Ölhafen-Crew vom CDU-Ortsverband Walle als Belagerung bezeichnet wurde?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich will mich jetzt nicht über Irritationen äußern, aber vielleicht positiv darstellen: Ich war gerade vor zwei Wochen dort und habe den Mäusetunnel einweihen dürfen und auch den internationalen Garten. Die beiden Mitarbeiter*innen aus unserem Ressort haben sich sehr positiv über das Engagement, gerade auch der Ölhafen-Crew, geäußert, die sich genau an solchen Aktionen beteiligen wollen. Das würde ich erst einmal in den Vordergrund stellen, dass es auch von der Ölhafen-Crew diese Signale gibt: Wir wollen uns integrieren. Wir wollen uns an solchen Aktionen beteiligen, und zwar positiv und konstruktiv beteiligen.

Präsident Imhoff: Frau Bürgermeisterin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung der Anfragen.

Anfrage 6: Wohnraumanpassung im Bereich „Hilfen zur Pflege“

Anfrage der Abgeordneten Frau Grönert, Rökamp und Fraktion der CDU vom 15. September 2020

Frau Kollegin, Sie haben das Wort!

Abgeordnete Grönert (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Wie viele der in den Jahren 2018, 2019 und 2020 eingereichten Anträge zur Wohnraumanpassung wurden nach jeweils welchem Zeitraum positiv beschieden?

2. Welche Stellen sind in der Stadt Bremen mit welcher Aufgabenstellung in die Bearbeitung dieser Anträge eingebunden?

Präsident Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet durch Herrn Staatsrat Fries:

Staatsrat Fries: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Sowohl im Jahr 2018 als auch im Jahr 2019 wurden im Rahmen der Hilfe zur Pflege in jeweils zehn Fällen Leistungen für wohnumfeldverbessernde Maßnahmen nach § 64e SGB XII gewährt. Im Jahr 2020 gibt es bislang einen Fall. Die Zahl der gestellten aber abgelehnten Anträge ist statistisch nicht erfasst.

Zu Frage 2: Für pflegeversicherte Personen mit festgestelltem Pflegegrad wird der Antrag vorrangig bei der jeweiligen Pflegekasse gestellt. Bestehen die sozialhilferechtlichen Voraussetzungen, kann im Rahmen der Hilfe zur Pflege eine Leistungsergänzung oder eine volle Leistungsgewährung erfolgen.

Dabei arbeiten die Zentrale Fachstelle Wohnen des Amtes für Soziale Dienste, der gemeinnützige Verein kom.fort e. V., die Sozialzentren und der Fachdienst des Amtes für Soziale Dienste eng zusammen. Im Einzelfall kann auch ein Architekt oder eine Architektin hinzugezogen werden.

Die Zentrale Fachstelle Wohnen führt Beratungen durch, koordiniert das Antragsverfahren, erstellt Sozialberichte und leitet die notwendigen Unterlagen weiter an das jeweils zuständige Sozialzentrum oder einen Fachdienst des Amtes für Soziale Dienste und bei Bedarf an kom.fort e. V. Der Verein kom.fort e. V. führt Beratungen durch, schätzt die Kosten ab und holt Kostenvoranschläge ein.

Das zuständige Sozialzentrum oder der Fachdienst prüfen den Leistungsanspruch anhand der Beratungsergebnisse. Sie holen gegebenenfalls ein

pflegefachliches Gutachten ein und führen die Kostenabwicklung durch. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Grönert (CDU): Sie haben mir nicht die Frage nach den Zeiträumen beantwortet. Wie lange dauert es jeweils ungefähr, bis ein Antrag positiv beschieden wird?

Staatsrat Fries: Das steht nicht in meinen Unterlagen. Das muss ich in der Deputation nachliefern.

Präsident Imhoff: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Grönert (CDU): Ich habe natürlich einen gewissen Kenntnisstand mitgebracht, deswegen habe ich ja danach gefragt. Mir wurde berichtet, dass es teilweise eineinhalb Jahre dauert, bis so ein Antrag beschieden wird. Halten Sie mit Blick auf die Klientel, dass es Pflegebedürftige sind, die oft 75 oder auch weit über 80 Jahre alt sind, für angemessen, dass dort eineinhalb Jahre Wartezeiten entstehen?

Staatsrat Fries: Eineinhalb Jahre als Wartezeiten, wenn das stimmen sollte, sind natürlich zu lang. Es ist notwendig, dafür zu sorgen, dass diese Fristen kürzer werden.

Präsident Imhoff: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Grönert (CDU): Dadurch, dass die Frage nicht beantwortet wurde, gerade im Kernpunkt, verzichte ich jetzt und bitte um einen Bericht in der Deputation.

Staatsrat Fries: Den sage ich zu.

Präsident Imhoff: Herr Staatsrat, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Anfrage 7: Wie geht es weiter mit den Lesumwiesen?

Anfrage der Abgeordneten Frau Hornhues, Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. September 2020

Frau Kollegin Hornhues, Sie haben das Wort!

Abgeordnete Hornhues (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Wie häufig waren die Pegelstände der Lesum in den letzten zwölf Monaten höher als 2,45 m NHN, damit höher als die in den Beteiligungsverfahren angegebenen maximalen 2,10 m NHN bei den täglichen tidenabhängigen Hochwassern und welche Auswirkungen hat das höher stehende Wasser für die angrenzenden Bereiche der geplanten Laichzone für Fische?

2. Wer wird für die Pflege und den Erhalt des im Zuge der Umsetzung der Maßnahme dem Beirat zugesagten begehbaren Sommerdeiches zuständig sein?

3. Wie wird der Abfluss des Oberflächenwassers der zuführenden Straßen in die Lesum sichergestellt, nachdem die dafür vorgesehenen Rückstauklappen aus den Planungen im Frühjahr entfernt wurden?

Präsident Imhoff: Diese Anfrage wird beantwortet durch Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Das zweimal täglich auftretende Mittlere Tidehochwasser, MThw, der Lesum beträgt für den Bereich der Lesumwiesen rund 2,30 m NHN.

Die Planungen sehen vor, die Verwallung im Osten zurückzubauen, sodass das Gebiet über eine vorhandene Schwelle ganz im Osten ab einer Höhe von 1,90 m NHN zweimal täglich überströmt wird. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der maximale Tidewasserstand der Lesum von 2,30 m NHN im Projektgebiet aufgrund der relativ kurzen Überflutungszeiten nicht ganz erreicht wird.

Das bei Ebbe ablaufende Wasser wird dann ab einem Wasserstand von 1,90 m NHN zurückgehalten. Im Plangebiet werden sich damit tideabhängig Wasserstände zwischen 1,90 m NHN und 2,10 m NHN einstellen. Die oben genannten Werte haben sich gegenüber den Werten aus dem Planfeststellungsverfahren aus dem Jahr 2010 nicht geändert. Insofern bestehen im Sinne der Fragestellung keine positiven oder negativen Auswirkungen auf die geplante Laichzone für Fische.

Bei entsprechend höheren Hochwasserereignissen in der Lesum werden sich natürlich auch entsprechend höhere Wasserstände in den Lesumwiesen einstellen. Der Behörde liegen hierzu Auswertungen über die höchsten gemessenen Wasserstände

der letzten zehn Jahre vor: Demnach wurden Wasserstände mit einer Höhe von bis zu 2,80 m NHN in neun Fällen erreicht.

Zu Frage 2: Der Sommerdeich ist nicht Bestandteil des Verfahrens, insofern gab es hier keine Neuregelungen. Entsprechende Zusagen des Projektträgers im Beirat sind der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau nicht bekannt.

Zu Frage 3: Ursprünglich sah die Planung des Projektträgers eine Querverwallung im nordwestlichen Randbereich des Planungsgebietes vor. Im Zuge dieser Planung war der Einbau von Rückschlagklappen zur Abführung des Oberflächenwassers in die Lesumwiesen geplant. Tatsächlich wurden weder die Querverwallung noch die Rückschlagklappen hergestellt.

Der Projektträger verzichtet vielmehr im Rahmen der ihm mittlerweile vorliegenden Ausführungsplanung auf die Herstellung dieser Bauwerke, da sie als Querbauwerk abflusshindernd wirkt und zudem in der Unterhaltung kostenintensiv ist. Der ordnungsgemäße Abfluss wird wie bisher auch über die Oberflächen in die Lesumwiesen gewährleistet. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Hornhues (CDU): Frau Bürgermeisterin, Ihre Zahlen verwundern mich ein bisschen, vor allem die Pegelstände der Lesum. Können Sie bitte erklären, warum das Sperrwerk zum Beispiel im Februar dieses Jahres allein 34 Mal von 56 Hochwassern bei einem Pegelstand vom 2,50 m zum Teil von weit über drei Stunden gesperrt wurde und damit würde das Wasser bei dem Projekt sicherlich lange in diesem Projektgebiet stehen?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Das Lesumsperrwerk ist ja vor diesem Bereich. Das heißt, wenn Sturmfluten drohen – wir hatten in diesem Frühjahr ja mehrere, darauf beziehen Sie sich ja –, wird das Lesumsperrwerk entsprechend geschlossen. Das schützt ja den Bereich dahinter. Das hatte ich auch schon ausgeführt.

Man hat sich im Übrigen auch noch einmal von dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat, DVR, die Auswertung des Binnenpegels am Lesumsperrwerk von den Jahren 2010 bis April 2020 vorlegen lassen. Selbst bei Xaver, das war der heftigste

Sturm mit der heftigsten Sturmflut, gab es keine höheren Wasserstände. Das ist ja der Sinn des Lesumsperrwerkes.

Präsident Imhoff: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Hornhues (CDU): Das war jetzt exemplarisch, der Februar. Das Sperrwerk ist in diesem ganzen Jahr mittlerweile 150 Mal bei 2,50 m gesperrt worden. Gehe ich Recht in der Annahme, dass das Sperrwerk nur bei wirklich hohen Pegelständen gesperrt wird, weil der Stromverbrauch zu hoch ist, um das einfach nebenher zu sperren?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ehrlicher Weise kann ich dem jetzt nicht so ganz folgen. Mir ist nicht bekannt, dass das Lesumsperrwerk nicht sperrt, weil der Stromverbrauch zu hoch ist oder die Energiekosten, sondern das Problem ist doch einfach, dass sich das ganz genau angeschaut wird.

Wir haben doch bei der Lesum einen Tidenhub. Wenn der Sturm kommt, die Sturmflut kommt, dann kommen ja mehrere Faktoren zusammen. Da ist es ausschlaggebend, ob wir auflaufend oder ablaufend Wasser haben und dementsprechend wird das Sperrwerk entweder geschlossen bei auflaufendem Wasser, weil das Hochwasser dann höher ist, als bei ablaufendem Wasser, aber das hat nichts mit Energiekosten zu tun.

Präsident Imhoff: Frau Abgeordnete Hornhues, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Hornhues (CDU): Wie bewertet der Senat die Vorschläge der Bürgerinitiative, kleinere Flächen zur Überflutung vorzusehen?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Wir haben – so habe ich das verstanden –, nachher noch einmal eine größere Debatte, wenn es um die Petitionen geht. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, auch das war ja Debatte im Petitionsausschuss. Das Ganze ist 2010 planfestgestellt worden. Jede Änderung bedeutet, wir machen das gesamte Planfeststellungsverfahren wieder auf.

Alle Naturschutzverbände sind für die Herstellung dieses Laichgebietes, weil es dann ökologisch ein sehr wertvolles Gebiet wird im Vergleich zu der jetzigen Wiese. Deswegen hält der Senat auch an diesem Planfeststellungsverfahren fest. Es ist ja eine Kompensationsmaßnahme, da ja das Hafenbecken in der Überseestadt zugeschüttet wird. Wenn man

dann eine Kompensation durchführt, ist das auch das richtige Signal und das unterstützt der Senat.

Präsident Imhoff: Frau Abgeordnete, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Hornhues (CDU): Warum liegen dem Senat die Beiratsbeschlüsse, zum Beispiel, dass das Plangebiet weiter umwandert werden kann, dass die anliegenden Häuser gesichert sind und der Admiral-Brommy-Weg auch vor Überflutung gesichert wird, nicht vor?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Warum uns Beiratsbeschlüsse nicht vorliegen, da bin ich die falsche Adressatin. Das ist ja Sache des Ortsamtes, die Beiratsbeschlüsse weiterzuleiten.

Ich kann Ihnen aber sagen, es gab eine Mediations-sitzung am 8. Juni dieses Jahres, gerade auch mit denjenigen, die dort wohnen. Das Ergebnis war, es gibt eine Einigung mit den Betroffenen und eine Verständigung auf Beweissicherung. Inzwischen wurde die Begutachtung und Beweissicherung der Grundstücke und des Wohngebäudes vor Durchführung der anstehenden Baumaßnahmen abgeschlossen. Ich glaube, wir haben im Sinne der Betroffenen alle Fragestellungen abgearbeitet.

Ich hatte die Bürgerinitiative als auch die Naturschutzverbände im gleichen Treffen bei mir im Ressort und das, was wir gesagt haben, ist ja, dass wir eine Erlebniswahrnehmung ermöglichen wollen durch einen Rundweg. Der ist aber so angelegt, dass die eigentliche Planfeststellung nicht davon berührt ist. Alles, was wir ändern und was im planfestgestellten Gebiet geändert wird, das rollt das gesamte Verfahren auf. Daran hat keiner ein Interesse. 2010 und bis heute hat auch keiner dagegen geklagt. Insofern gibt es auch keinen Grund, das wieder aufzurollen. Alles, was wir ringsherum machen und auch die Rote-Listen-Arten, die immer wieder aufgezählt werden, sind nicht im planfestgestellten Gebiet, sondern am Rand davon. Das können und werden wir machen.

Präsident Imhoff: Frau Kollegin Hornhues, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Hornhues (CDU): Frau Bürgermeisterin, warum wurde denn das in dem Mediationsverfahren den Anwohnern nur vier Jahre zugestanden? Gehen Sie davon aus, dass es danach in dem Gebiet keine Hochwasserereignisse mehr geben wird?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Bei dem Mediationsverfahren und auch bei den Betroffenen ging es darum, ob es eine Gefährdung gibt, eigentlich nicht vom Hochwasser der Lesum, sondern es ging darum, was ist bei Starkregenereignissen mit dem Wasser, das von oben vom Berg herunterläuft. Da war die Angst der Betroffenen durch eine Verwaltung, dass sich das von oben herunterfließende Wasser aufstaut und dann herunterläuft. Das hat überhaupt nichts mit den Lesumhochwasserständen zu tun, sondern mit dem Wasser, das von oben kommt.

Deswegen hat man sich das noch einmal angeschaut, die Verwaltung hat man beiseitegelegt, den Bodenaushub hat man anders gelöst. Deswegen gab es jetzt diese Einigung mit den Betroffenen und auch die Verständigung der Beweissicherung, die durchgeführt ist. Die Anwohner hatten Angst, dass sie von dem Wasser, das von oben durch Starkregenereignisse herunterläuft, Schäden an ihren Häusern bekommen. Deswegen hat man das genau untersucht.

Präsident Imhoff: Frau Bürgermeisterin, eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Tegeler. – Bitte, Frau Tegeler!

Abgeordnete Tegeler (DIE LINKE): Frau Bürgermeisterin, bekanntlich ist es ja trotzdem so, dass die Anwohner*innen erkennbar nicht zufrieden sind – ohne das Verfahren wieder aufzurollen, das wollen wir wirklich nicht. Besteht aber seitens des Ressorts ein Plan, ein Format zu schaffen, indem mit den Anwohner*innen und den anderen Interessierten im Gespräch geblieben wird, falls Probleme auftauchen, die jetzt vielleicht noch nicht absehbar sind?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Es gibt wie immer welche, die sind sehr zufrieden und es gibt welche, die sind unzufrieden. Das ist auch in dem Stadtteil so. Das hat ja auch die Unterstützung des Beirates für diese Fischlaichzone gegeben, aber dennoch würde ich Ihre Anregung aufgreifen, wenn es irgendwie zu Problemen kommt, die neben diesen formalen Sachen, die ich gerade angesprochen hatte, wie Beweissicherung, auftreten sollten, dann sind wir natürlich gesprächsbereit.

Präsident Imhoff: Frau Bürgermeisterin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit Beantwortung dieser Anfrage sind wir am Ende der Fragestunde angekommen. [Die vom Senat](#)

[schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang zum Plenarprotokoll ab Seite 890.](#)

– Ich bedanke mich für die Beantwortung der Anfragen.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde liegen zwei Themen vor, und zwar erstens auf Antrag des Abgeordneten Röwekamp und Fraktion der CDU: „Arbeitsplätze und Unternehmen brauchen Gewerbeflächen – Wachstum ermöglichen und nicht zerreden.“

Zweitens auf Antrag der Abgeordneten Frau Bergmann, Frau Wischhusen und Fraktion der FDP: „Bremen wieder Schlusslicht: Viel zu geringe Betreuungquote für unter Dreijährige!“

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Wiebe und Frau Senatorin Dr. Bogedan.

Hinsichtlich der Reihenfolge der Redner wird nach der Reihenfolge des Eingangs der Themen verfahren.

Ich stelle Einverständnis fest.

Die Beratung ist eröffnet und wir kommen zum ersten Thema:

Arbeitsplätze und Unternehmen brauchen Gewerbeflächen – Wachstum ermöglichen und nicht zerreden

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Wiebe.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herr Meyer-Heder.

Abgeordneter Meyer-Heder (CDU): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Bücking! Schon seit über zwei Jahren läuft der Prozess der Neuaufstellung des Gewerbeentwicklungsprogramms der Stadt Bremen, GEP 2030. Es wurde viel Zeit und Energie in eine umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung gesteckt. Mein Kollege Christoph Weiss und ich waren bei der einen oder anderen Veranstaltung dabei.

Besonders in Erinnerung ist mir der Fachdialog Logistik Ende Januar mit der Präsentation des Gutachtens der Fraunhofer-Arbeitsgruppe für Supply Chain Services SCS. Danach arbeiten rund zwölf

Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Stadt Bremen in der Logistik. Die Logistik ist damit nach dem Gesundheitswesen die zweitwichtigste Branche in der Stadt. Für einen Hafenstandort ist das nicht besonders überraschend.

Der Flächenbedarf der Logistik liegt der Studie zufolge bis 2030 bei durchschnittlich 11,5 Hektar pro Jahr. Aus dem Sachstandsbericht 2019, der uns in der Deputation für Wirtschaft und Arbeit Anfang März vorgelegt wurde und den wir dort diskutiert haben, geht hervor, dass die bereinigte Dispositionsreserve an erschlossenen und tatsächlich vermarktbaren Gewerbeflächen Ende 2019 nur noch 22 Hektar betrug. Am Gewerbepark Hansalinie zum Beispiel stehen aufgrund der hohen Reservierungen trotz der laufenden Flächenerschließung nur noch 1,4 Hektar für eine Vermarktung zur Verfügung.

Wenn man weiß, dass das Mercedes-Benz Werk Bremen sowie die Zulieferbetriebe dort dringend Erweiterungsflächen benötigen, wird klar, dass es bei dieser Schlüsselindustrie tatsächlich Probleme und Bedarfe gibt. Die im Gewerbepark Hansalinie noch nicht erschlossene Fläche von 140 Hektar muss daher schnellstmöglich erschlossen werden.

(Beifall CDU)

Im Bremer Industrie-Park gibt es mit knapp 80 Hektar die zweitgrößte Reserve an noch nicht erschlossenen Gewerbeflächen. Allerdings werden die Gewerbegebiete an der A 281, zum Beispiel im Neustädter Hafen, das GVZ, die Stahlwerke Bremen, der Bremer Industrie-Park durch den Ringschluss der A 281, wenn er endlich da ist, eine starke Aufwertung erfahren, und es ist anzunehmen, dass die Flächen schnell verbraucht sein werden. Diese beiden Beispiele machen deutlich: Die Zeit für eine Neuaufstellung des GEP 2030 drängt. Die Laufzeit des Vorgängerprogrammes endete 2018.

Bei der Abstimmung eines ersten Nachfolgeentwurfs gibt es Reibereien zwischen dem Ressort Wirtschaft, Arbeit und Europa und dem Ressort für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau. Als wäre das nicht genug, torpediert der grüne Koalitionspartner den Prozess vor zwei Wochen mit einem eigenen Positionspapier. Lieber Kollege Bücking, selbstverständlich hat jede Fraktion, auch in der Regierung, das Recht auf ein eigenes Profil. Ich hätte mir aber schon gewünscht, dass man diese Meinungsverschiedenheiten erst

einmal intern klärt und nicht im Rahmen des laufenden Prozesses.

(Zuruf Abgeordneter Bücking [Bündnis 90/Die Grünen])

Inhaltlich sind wir als Fraktion der CDU in den meisten Punkten einer entgegengesetzten Auffassung. Sie lehnen jede Änderung des Flächennutzungsplans zur Ausweisung neuer Gewerbeflächen ab. Sie fordern, dass nach der Erschließung der bestehenden Flächenreserven von knapp 280 Hektar in zehn Jahren in Bremen keine Gewerbeflächen mehr erschlossen werden und wir in eine Flächenkreislaufwirtschaft eintreten, was das auch immer konkret bedeuten mag.

Nur, damit das hier auch alle richtig verstehen: Wir reden nicht über Landschaftsschutzgebiete. Wenn es nach der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geht, darf in Zukunft nicht einmal mehr ein einziger Kleingarten für andere Zwecke umgewidmet werden. Wir als Fraktion der CDU halten diese kategorische Festlegung für die Zukunft für falsch.

(Beifall CDU)

Natürlich sind es im Einzelfall schwierige Abwägungsprozesse, aber wir dürfen den politischen Handlungsspielraum – auch für die Nachfolgeneration – nicht massiv eindämmen.

Aus Sicht der Fraktion der CDU ist es zum Beispiel absolut richtig, dass sich die Gutachter bei der Aufstellung des GEP 2030 auch mit möglichen neuen Gewerbeflächen am Nordwestknoten beschäftigt haben. Natürlich ist das Gebiet nördlich der A 27 schwierig, aber das Gelände der ehemaligen JVA sowie die Kleingärten bilden eben noch kein Biotop und kein Landschaftsschutzgebiet.

Nicht umsonst hatte die Fraktion der SPD die Prüfung eines solchen Nordwestzentrums in einem Antragsentwurf vom Mai 2018 aufgelistet. Dieser wurde aber auf Druck der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen. Den gleichen Graben zwischen Rot und Grün gibt es beim Thema Airport-Stadt südlich des Flughafens. Die Fraktion der SPD fordert das, die Grünen lehnen es kategorisch ab. Ich finde es übrigens abenteuerlich, dafür als Begründung die aktuelle Krise in der Luftfahrt heranzuziehen. Die Inhalte des Gewerbeentwicklungsprogramms der Stadt Bremen sind ein lange laufender Prozess über einen Zeitraum von zehn und

mehr Jahren, da kann man nicht kurzfristige Entwicklungen in manchen Branchen als Maßstab nehmen.

(Beifall CDU)

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will Ansiedlungen von flächenintensiven Logistikunternehmen innerhalb der Stadtgrenzen weitestgehend verhindern. Dabei bin ich, lieber Herr Bücking, vollkommen bei Ihnen, wenn es darum geht, vorhandene Flächen im Sinne der Wertschöpfung und des Arbeitsplatzeffektes effizient zu nutzen. Das heißt im Einzelfall auch, dass nicht überall eine logistische Nutzung mit großen Lagerhallen stattfinden kann. Natürlich haben wir zum Beispiel im Schuppen 1 eine höhere Wertschöpfung als in einer Logistikhalle gegenüber.

Deswegen brauchen wir Gewerbegebiete mit unterschiedlichen Profilen. Wir können aber der Logistikwirtschaft in Bremen nicht jede Entwicklungsmöglichkeiten nehmen.

(Beifall CDU)

Das geht für uns als Hafen- und Logistikstandort nicht, und solche Meldungen wie von der Bremer Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schaden dem Image des Standortes massiv.

Ich möchte auch einen aktuellen Aspekt einbringen. Sie sagen, wissensintensive Dienstleistungen brauchen ihren Platz. Richtig. In der aktuellen Situation aber, mit und nach der Coronakrise, werden wir erleben, dass viele Firmen ihre Bestandsbüroflächen verdichten werden, Homeoffice sei Dank. Büroflächen in Bremen wird es lange Zeit genug geben, das ist eine gute Nachricht. Das bedeutet, dass wir die Gewerbeflächen auch für Logistikflächen nutzen können.

Sie wollen die Flächenkreislaufwirtschaft und die Klimaanpassung zu den Hauptaufgaben der städtischen Wirtschaftsförderung machen. Wir als Fraktion der CDU sind der Meinung, die Wirtschaftsförderung Bremen, WFB, soll die Wirtschaft fördern und sonst nichts.

(Beifall CDU)

Dass die Einnahmebasis der WFB wegen der zurückgehenden Erlöse aus Grundstücksverkäufen schwächer wird, ist seit Langem bekannt. Ihr Positionspapier wird diesen Trend nicht ändern, sondern noch verschärfen. Sie sagen, Sie wollen die

WFB finanziell besser ausstatten. Nun, mit dem Haushalt in dem laufenden Jahr ist das noch nicht richtig geglückt. Auf den überarbeiteten Haushaltsentwurf für 2021 sind wir gespannt. Neben dem inhaltlichen Dissens mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der auch Dissens innerhalb der Koalition ist, kritisieren wir als Fraktion der CDU vor allem den Zeitpunkt dieses Vorstoßes, zumal das Ressort für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau von Anfang an in den ganzen Prozess der Neuaufstellung des GEP 2030 eingebunden war.

Lieber Herr Bücking, wenn Sie schon die Ziele, Leitlinien und Handlungsfelder für die Erarbeitung des neuen Gewerbeentwicklungsprogramms infrage stellen, warum haben Sie das nicht schon im Zuge der Koalitionsverhandlungen getan? Warum kommt Ihr Positionspapier im letzten Augenblick? Wurden die Gelder für Gutachten, Öffentlichkeitsbeteiligung und begleitende Kommunikation alle umsonst ausgegeben? Nicht zu vergessen, wie viele Menschen an diesem Prozess beteiligt waren und sich eingebracht haben.

Dieses Beispiel zeigt, finde ich, dass Öffentlichkeitsbeteiligung nur ein Feigenblatt ist, wenn nicht sogar eine Farce. Sie kümmern sich nicht um die Aussage von Experten und die Ergebnisse aus Anhörungen. Sie haben innerhalb Ihrer Koalition beim Thema Gewerbeflächenentwicklung diametral entgegengesetzte Meinungen, die auch Gutachten und Workshops nicht kitten können. Sparen Sie sich das nächste Mal das Geld und die Zeit dafür und hören Sie auf, der Öffentlichkeit etwas vorzumachen!

(Beifall CDU)

Für uns als Fraktion der CDU sind die Maßstäbe für das neue Gewerbeentwicklungsprogramm der Stadt Bremen klar. Wir haben dazu schon im Dezember letzten Jahres einen Antrag eingebracht. Wir erwarten vom Senat einen Plan, wie wir pro Jahr durchschnittlich 30, besser 40 Hektar Gewerbeflächen neu erschließen können.

Diese Zahl ist nicht einfach aus der Luft gegriffen, sie lässt sich begründen: Im Zeitraum 2013 bis 2019 sind in Bremen durchschnittlich 33 Hektar pro Jahr vermarktet worden. Die zukünftigen Erschließungsleistungen müssen diesem Wert mindestens entsprechen.

Durch die Vermarktung wurden von 2013 bis 2019 im Durchschnitt 2 400 Arbeitsplätze pro Jahr gesichert und knapp 800 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das heißt, ein vermarkteter Hektar sichert ungefähr 73 Arbeitsplätze und schafft 24 neue, hat also einen Effekt von 100 Arbeitsplätzen pro Hektar. Wenn wir weiterrechnen und die vorhandenen Flächenreserven von 281 Hektar in unserer Stadt bis 2030 nehmen, so sprechen wir über rund 28 000 Arbeitsplätze, eine erhebliche Zahl, wie ich meine.

Wir als Fraktion der CDU wollen diese Arbeitsplätze und schließen keine Branche von vornherein aus. Unsere Stadt braucht Logistikunternehmen genauso wie Industrie, Gewerbe- und Handwerksbetriebe und natürlich Dienstleister und auch Start-ups. Sie alle benötigen zugeschnittene Flächen. Wir wollen, dass es in unserer Stadt auch nach 2030 noch Entwicklungsmöglichkeiten für Unternehmen gibt. Selbstverständlich lässt sich auch im Bestand einiges entwickeln, aber ganz ohne Neuererschließung wird es nicht gehen. Deswegen müssen wir mit dem GEP 2030 auch neue Potenzialflächen aufzeigen.

Der Flächennutzungsplan darf nicht eingefroren werden, sondern muss, wie in der Vergangenheit auch, regelmäßig auf neue Entwicklungen überprüft und angepasst werden. Die wachsende Stadt benötigt neben Wohnbauflächen auch hochwertige Arbeitsorte, damit Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum Hand in Hand gehen. Selbstverständlich spielt heute und in Zukunft die sparsame, effiziente und ökologische Bewirtschaftung der Gewerbeflächen eine immer größere Rolle, angefangen bei nachhaltigen Baumaterialien über Sickerflächen für Regenwasser bis hin zu einer autarken Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energien. Die Möglichkeiten sind vielfältig.

Die Wahrheit ist: Außer oft unrealistischen Vorgaben für Unternehmen haben Sie auf diesem Feld bisher kaum etwas zustande gebracht. Ein grünes Gewerbegebiet entsteht eben nicht von allein. Da muss man schon die erforderliche Infrastruktur schaffen, vorher vernünftig planen, ein Betreibermodell entwickeln, einen Investor finden, Verträge schließen und ein zielgruppenorientiertes Marketing betreiben. Ich würde vorschlagen: Schauen Sie einmal nach Bremerhaven, wie die BIS Bremerhavener Gesellschaft für Innovationsförderung und Stadtentwicklung mbH das macht.

Zusammengefasst: Wir halten die meisten Forderungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für falsch und hoffen, dass sich die Koalitionspartner

und die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa dem entgegenstellen und an den bisherigen Planungen festhalten. Wir erwarten die Präsentation sämtlicher Studienergebnisse sowie die Vorlage eines beratungsfähigen und zukunftsorientierten Gewerbeentwicklungsprogrammes für die Stadt Bremen bis Ende des Jahres. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bücking.

Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es freut uns sehr, dass unser Positionspapier so viel Aufmerksamkeit findet. Man hat das Gefühl, jetzt fangen die Leute langsam aber sicher an, es zu lesen und nicht nur ihren ersten Reflexen zu folgen.

(Lachen FDP)

Ich finde schon, Herr Meyer-Heder, dass Sie der Frage, wo entwickeln wir unsere wirtschaftliche Basis, mehr Aufmerksamkeit schenken sollten. Es geht nicht darum, zu sagen, wir wollen kein Wachstum, wir wollen keine Arbeitsplätze, wir wollen keine Steuereinnahmen, wir wollen die materielle Basis der Stadt nicht weiterentwickeln. Was wir dringend brauchen, auch um Klimaschutz

(Zuruf Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP])

und anderes zu entwickeln – –. Es geht darum, ob wir das mit einer Strategie eines geringeren Flächenverbrauchs schaffen. Das ist die Frage. Jetzt will ich kurz zum Mitschreiben sagen, warum wir das so wichtig finden. Wir sind nicht der Meinung, dass der Grundsatz der Innenentwicklung nur für die wohnbauliche Entwicklung gilt. Er gilt auch für die gewerbliche Entwicklung. Die Sache mit der Innenentwicklung hat etwas zu tun mit dem, was außen ist. Da sind die Marschen des Blocklands, des Niedervielands, der Kladdinger Wiesen, Bauernland von einer hohen Qualität, geprägt von den beiden Nebenflüssen der Weser und der Weser selbst.

Dort werden Leistungen erbracht. Das ist nicht einfach eine Reservefläche für Stadtextension, sondern dort werden Leistungen erbracht, von denen wir viel haben und auf die wir dringend angewiesen sind. Es handelt sich nicht nur um die Milch aus der Kuh, sondern um Biodiversität, ein Stichwort,

das mittlerweile alle Debatten beherrscht. Das betrifft die Frage, ob dieser Boden in Zukunft noch alles das kann, was er jetzt noch kann, ob die Wiesen eine Qualität haben, damit sich dort auch ein Wiesenvogel ansiedeln kann.

Es geht darum, das Artensterben zu reduzieren und zu stoppen, wo immer es geht. Darum, die Gewässerqualität zu verteidigen und dass durch die Moorböden Leistungen für das Verlangsamten des Klimawandels erbracht werden. Das alles müssen Sie wahrnehmen. Das ist nicht einfach eine Reserve.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn einem das erst einmal klar ist, dann weiß man, dass das Nordwestzentrum ins Blockland greift, dann weiß man, dass die Idee, über die A 281 zu sprechen, im Nordvieland eine vom Wasser geprägte bäuerliche Landwirtschaftszone betrifft und dass die Kladdinger Wiesen südlich des Flughafens liegen. Wenn man nachzählt kommt man zum Ergebnis, dass wir in den Grenzen, die wir mit dem Flächennutzungsplan verabredet haben, ungefähr noch 300 Hektar haben.

(Vizepräsidentin Dogan übernimmt den Vorsitz.)

300 Hektar, die wir zusätzlich erschließen können, ehemaliges oder aktuell noch genutztes Bauernland. Im Wesentlichen finden wir das im Bereich des Gewerbeparks Hansalinie, wir finden es westlich der Stahlwerke Bremen und so weiter.

Jetzt geht es darum, dass das Gewerbeentwicklungsprogramm für die Stadt Bremen die Frage beantworten muss: Wie gehen wir mit diesem schwindenden Vorrat an Flächen um? Was machen wir mit dem Bestand? Wie organisieren wir die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Basis? Man muss zunächst eine gute Nachricht wahrnehmen: Wir haben in den letzten zehn Jahren einen Arbeitsplatzzuwachs von ungefähr 38 000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. 38 000!

Auf den Flächen, die von der Stadt neu als Gewerbefläche eingebracht worden, also verkauft worden sind – im Gewerbepark Hansalinie und anderswo – sind ungefähr 8 000 Arbeitsplätze entstanden. Das ist das Verhältnis. Im großen Zusammenhang der Stadt mit ihren Gewerbegebieten, ihren gemischten Gebieten, ihren vom Arbeiten und Wohnen geprägten Gebieten wie der erweiterten Innenstadt und all dem ist die Masse der Arbeitsplätze entstanden, über die wir uns in den letzten

zehn Jahren gefreut haben. Das ist bedeutsam, weil es uns zeigt, dass da etwas möglich ist. Das ist wichtig zu wissen.

(Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Und auf den Rest wollen Sie verzichten?)

Nein, Unsinn! Wie können Sie so einen Blödsinn nur denken? Es geht darum, sich zu fragen, wie man mit dem Schatz dieser 300 Hektar so klug wie möglich umgeht. Wir sind der Meinung, dass man im Interesse der Wirtschaft, die man nicht als Logistik bezeichnet – und das sind nicht nur die wissensintensiven Dienstleistungen an den Universitäten, sondern auch viele andere, zum Beispiel die Recyclingwirtschaft, in deren Bereich eines Tages die Handys auseinandergelassen und das Gold und die seltenen Erden wieder herausgeholt werden. Alle diese Bereiche der Wirtschaft müssen in unserer Stadt auch noch Platz finden.

Es ist deswegen verkehrt, wenn wir sagen: Erhöht die Geschwindigkeit, alle können kommen, jeder, der für diese großen logistischen Unternehmen Flächen braucht, der vergleichsweise wenig Arbeit auf seinen Grundstücken schafft, findet hier einen Ort. Sondern wir müssen es schaffen, dass die Logistik selbst sich dieser Aufgabe stellt und ihre Leistungen auf weniger Fläche erbringt. Das sind dann Hochregallager und gestapelte Ökonomien. Das sind Versuche, die Verteilung der Güter, soweit es in der Stadt ist, auf E-Mobilität zu stützen.

Das sind die Versuche, Lkws irgendwann über eine Verbrennungszelle – –, wie ist der richtige Ausdruck?

(Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Brennstoffzelle!)

Brennstoffzelle, danke schön, anzutreiben und so weiter und so fort. Es ist notwendig, die Immobilien in der Logistikwirtschaft so zu organisieren, dass sie, wenn sie nur für kurze Zyklen geplant sind, demontierbar und in ihren einzelnen Bestandteilen wiederverwendbar sind. Ein Baukastensystem ist dafür erforderlich. Das heißt, die Logistikwirtschaft wird sich auf der einen Seite ändern müssen. Auf der anderen Seite wird sie zum Teil ihre Unternehmen im Umland gründen müssen. Drittens wird sie mit Sicherheit in den Bestandsgebieten, die wir haben, zu einem Schub von Entwicklungen beitragen müssen. Wie das im Einzelnen geht, erzähle ich im zweiten Beitrag. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tebje.

Abgeordneter Tebje (DIE LINKE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Text für die Beantragung dieser Aktuellen Stunde der Fraktion der CDU gibt bezogen auf die Gewerbeflächenausweisung nicht mehr her als ein ständiges „Weiter so!“ Ansonsten droht der Untergang des Abendlandes. Auch die jetzigen Ausführungen haben das meiner Meinung nach nicht viel weiter erhellt. 40 Hektar zusätzliche Ausweisung an Gewerbeflächen jedes Jahr. Hier machen Sie sich das etwas einfach. Da ist die Diskussion inzwischen deutlich weiter.

Die pauschale Flächenreserve ist kein ausreichender Kennwert mehr. Daran setzt das Papier der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an, aber vieles, was dort geschrieben steht, ist meiner Meinung nach schon Teil des laufenden GEP 2030-Prozesses, zum Beispiel die verstärkte Beschäftigung mit der Weiterentwicklung von Bestandsgebieten, um die Notwendigkeit von Neuausweisung zu begrenzen. Die entsprechenden Pilotprojekte laufen. Der dritte Fachdialog zum GEP 2030 hat sich gestern mit genau diesem Thema befasst.

Es gibt natürlich unterschiedliche Tendenzen bei den Beteiligten, das ist klar. Was man aber betonen muss: Ein solches Verfahren wie dieses Mal hat es bei der Aufstellung des GEP bislang nicht gegeben. Das setzt in punkto Transparenz und Beteiligung wirklich Standards. Da kann und muss man das Ressort und die Koalition, denke ich, durchaus einmal loben.

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Ja, genau. Es ist richtig, die Flächen in einem Städtetaat sind begrenzt. Flächenversiegelungen sind klimatisch ein erhebliches Problem. Wir brauchen ausreichende Kühlzonen in der Stadt und vieles mehr. Trotzdem ist die Realität komplizierter. Das Fernziel netto null Flächenverbrauch heißt nicht, dass keine neuen Gewerbegebiete ausgewiesen werden. Es heißt, dass insgesamt der Flächenverbrauch für Gewerbe gleich bleibt. Wenn Brachflächen für Wohnungsbau ausgewiesen werden, dann müssen umgekehrt auch neue Gewerbeflächen ausgewiesen werden.

Die intelligente Verdichtung von Bestandsgebieten ist ein langwieriger Prozess, und dazu haben wir gestern einiges gehört. In der Zwischenzeit wird man nicht auf Neuf Flächen verzichten können. Wir

müssen uns dazu bekennen, dass Bremen auch ein Industriestandort ist und bleiben soll. Das ist Teil unseres Beitrages zum ökologischen Wandel, beim Stahl, beim Fliegen, bei der Logistik. Da will ich ansetzen. Den Ansatz, zu sagen, wir können bei der Veränderung der Logistikbranche in Bremen auf Flächenausweisungen für die Logistik verzichten, halte ich nicht für zielführend, sondern wir müssen genau schauen: Was braucht die Logistik – gerade bei der Umsteuerung der Logistik – in Bremen an Flächen, und wie kann sie sich dementsprechend entwickeln?

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Meine ökologische Zukunftsvision ist nicht, dass wir den Flughafen schließen und die Luft- und Raumfahrtindustrie aufgeben. Meine positive Zukunftsvision sieht eher so aus, dass uns mit Airbus, unserem ECOMAT, dem Virtual Product House und einer boomenden grünen Wasserstoff-Branche in Bremen sehr schnell die Entwicklung und Produktion emissionsfreier Flugzeuge gelingt. Auch die emissionsfreie Raumfahrt boomt wegen des hohen Bedarfs an Wetter-, Klima- und Kommunikationssatelliten. Diese expandierenden Firmen brauchen dringend die Nähe zum Flughafen. Da helfen einem gegebenenfalls in anderen Stadtteilen noch existierende freie Gewerbeflächen oder Gewerbeflächenbrachen nicht.

Ein anderes Beispiel: Die besondere Expertise der Universität Bremen in der Klimaforschung, der Transformation in klimaneutrale Produktion, lässt bereits existierende Betriebe im Technologiepark expandieren und lockt weitere Betriebe an, die sich explizit in der Nähe der Universität ansiedeln wollen. Da hilft mir keine Gewerbefläche in Hemelingen. Richtig ist aber natürlich: Ein weiteres reines Bürogebäude muss nicht unbedingt in der Airport City stehen, und die Sparkasse hätte nicht unbedingt in den Technologiepark umziehen müssen. Gerade dort, wo Flächen knapp sind, müssen wir stärker fragen, ob Ansiedelungen genau dorthin müssen.

Das führt mich zu der Frage der Bedingungen und Voraussetzungen für die Ausweisung weiterer Gewerbeflächen. Aus meiner Sicht müssen alle neuen Gewerbeflächen und -gebiete klimaneutral entwickelt werden und einen nachweislichen Beitrag zur Klimaresilienz der Stadt beitragen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Die Möglichkeiten der Nachverdichtung und Nachnutzung bereits bestehender Gewerbeflächen müssen gleichrangig vorangetrieben werden. Es müssen besondere Anforderungen und Voraussetzungen bestehen, warum eine zusätzliche Gewerbeflächenenerweiterung an diesem Ort zwingend notwendig ist, und es müssen in Bremen mehr Flächen durch Flächenentsiegelung kompensiert als neu versiegelt werden.

Der Ansatz der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Flächenfraß durch weitere Gewerbeflächen zu stoppen, ist richtig. Das müssen wir aber hier bei uns schaffen. Es ist keine Lösung – Herr Bücking, da würde ich Ihnen deutlich widersprechen – wenn der Flächenfraß in Niedersachsen stattfindet. Flächenfraß exportieren ist so, als würde man seine CO₂-Bilanz verbessern, indem man die rauchenden Schloten nach China verlagert. Das überzeugt mich moralisch nicht.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Wir müssen akzeptieren, dass der Flächenverbrauch begrenzt ist, aber nicht, indem wir Gewerbe wegschicken, sondern indem wir unter Beweis stellen, dass wir mit diesen Flächen intelligent, innovativ und effizient umgehen. Mit einem solchen Ansatz kann man wirtschaftlichen Aufschwung, Innovation in Bremen mit Klima- und Umweltschutz verbinden. – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Stahmann.

Abgeordneter Stahmann (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist ungewöhnlich, dass wir ein Positionspapier einer Partei diskutieren. Ich hoffe, dass wir das jetzt nicht bei jedem Positionspapier von jeder Partei tun. Das finde ich dann etwas überzogen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Wenn es sich zur Bremischen Politik verhält, kann man doch darüber reden, oder nicht?)

Natürlich kann man darüber reden, aber es ist ein Positionspapier einer Partei, und ich finde, dazu hat jede Partei auch das Recht. Es ist eben kein Koalitionsvertrag, und insofern muss man das entsprechend einordnen.

Ich will zu zwei Punkten etwas sagen. Das eine ist, ich will mich noch einmal ausdrücklich der Logistikbranche widmen, weil ich glaube, dass diese nicht richtig wahrgenommen wird. Der zweite Punkt ist, im zweiten Beitrag werde ich noch einmal etwas zu den Gewerbeflächen sagen.

Die Logistik ist – das ist schon gesagt worden – einer der Traditionsbereiche, auf denen Bremen fußt, bis hin zur Gründung von Bremerhaven. Die Logistik ist untrennbar mit Bremen verbunden. Wir sind ein Industriestandort, und das sichert uns über Beschäftigung und Einkommen in erheblichem Maße ein Stück des Wohlstandes dieser Stadt. Die Logistik ist mit diesen Industrien unmittelbar verbunden.

Offensichtlich herrscht an manchen Stellen ein falsches Bild von der Logistik, denn wir reden nicht über Industriepostboten. Wir reden nicht darüber, dass einzelne Sachen gebracht werden, sondern, wenn wir uns das am Beispiel Gewerbepark Hansalinie ansehen, die Logistik dort ist wertschöpfend. Es ist nicht so, dass sie ein Flächenfraß ist und überall nur Autos geparkt werden. Die stehen auf dem alten Flughafen in der Ahlhorner Heide in Niedersachsen.

Es ist so, dass im Gewerbepark Hansalinie 3 500 Menschen beschäftigt sind, und zwar nur in der Automobilkontraktlogistik, ohne die Daimler AG Niederlassung Weser-Ems, ohne den Karosseriebau für die Roadster. 3 500 Menschen sind dort beschäftigt, viele von denen wertschöpfend.

(Beifall SPD)

Beschäftigt in einem Industriegebiet, in dem von über 1 000 Menschen Sitze gebaut werden, in dem Kommissionierungen und Vorproduktionen gemacht werden. Bei Autotüren zum Beispiel wird die ganze Innenausstattung, Gestell, Lautsprecher, Schließenanlagen, im Gewerbepark Hansalinie zusammengesetzt und dann werden komplette Türen ins Werk gebracht. Warum ist das so? Weil das Flächenangebot im Mercedes-Benz Werk begrenzt ist und das deswegen ausgelagert ist. Diese logistische Leistung in der Zulieferung ist etwas, was unmittelbar zum Wertschöpfungsprozess gehört. Da kann man nicht sagen, das ist etwas, was nichts wert ist.

Ich will einen zweiten Punkt ansprechen: Wir haben 2015 in der Logistik- und Kontraktlogistikbranche im Gewerbegebiet Hansalinie so viele Flüchtlinge und Langzeitarbeitslose untergebracht wie nirgendwo sonst. Auch aus diesem Grund ist die

Logistikbranche für den gesellschaftspolitischen Bereich in dieser Stadt wichtig, weil sie für Geringqualifizierte oder Menschen mit Sprachschwierigkeiten Arbeitsplätze bietet. Was wir an Maßnahmen hatten: Brückenqualifikation für Flüchtlinge bei Daimler oder Restart für Langzeitarbeitslose. In diesem Bereich sind ganz viele in Beschäftigung gekommen.

Einen weiteren Punkt will ich nennen. Von den 3 500 Beschäftigten in der Kontraktlogistik im Gewerbepark Hansalinie sind 66 Prozent Bremer, Landeskinder. Also Menschen, die hier in der Stadt wohnen und arbeiten, die in das Umland gar nicht hinausziehen könnten, weil die meisten von denen kein Auto haben. Wir haben eine ständige Auseinandersetzung mit der BSAG über den öffentlichen Nahverkehr in diesem Bereich, weil die Menschen dort auf öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind. Der größte Teil der Beschäftigten wohnt in Bremen. Vielleicht eine Zahl zum Vergleich: Von den „Daimleranern“ wohnen nur 40 Prozent in Bremen und 60 Prozent im Umland. Auch für diesen Teil ist die Logistik gerade am Beispiel Gewerbepark Hansalinie wichtig.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das war der Gewerbepark Hansalinie. Ein Beispiel, das wir auf die Luft- und Raumfahrt und die Richard-Dunkel-Straße übertragen können: Da sind die Verhältnisse ähnlich. Zu behaupten, die Logistiker fressen Fläche, halte ich aus meiner Sicht für ein Gerücht, das sich hält, das aber so nicht stimmt.

(Beifall SPD, CDU, FDP)

Mich würde ein Vergleich interessieren: Die Fläche der Hansalinie mit 3 500 Beschäftigten zu der Fläche von ArcelorMittal und den Beschäftigten. Dann würden wir sehen, wie viele Beschäftigte pro Quadratmeter oder pro Quadratkilometer vorhanden wären. In dem Sinne ist das mit der Logistik, dass alles nach draußen muss und nur Flächen frisst, falsch.

(Beifall SPD, CDU, FDP)

Richtig ist, dass die Flächen dort nicht ausgeschöpft sind, dass die Logistiker sich verbessern können. Richtig ist, dass man dort verdichten kann und sie, auch bei Neuansiedlungen, auffordern muss, dass sie verdichten müssen. Wir brauchen eine Initiative, und wir haben schon in der letzten Legislatur-

periode – ich glaube, sogar in der vorletzten Legislaturperiode – die Clusterpolitik für die Ansiedlung von Gewerbe in Bremen entwickelt. Ich glaube, dass es nach wie vor richtig ist, dass man schaut, wo ist was richtig angesiedelt, wo soll wer arbeiten und dass man Automobilbau an der einen Stelle und rund um den Flughafen Betriebe der Luft- und Raumfahrt ansiedelt. Diese Position ist nach wie vor richtig und das brauchen wir weiterhin.

(Beifall SPD)

Zweiter Punkt: Flughafen und Airbus. Ich glaube auch nicht, dass es Sinn macht, für den Flughafen aus der Momentaufnahme einer Coronakrise oder von einer internen hausgemachten Krise bei Airbus die Zukunft abzuleiten. Wir wissen alle: Die Luft- und Raumfahrtindustrie sind Zukunftsbranchen, und das werden sie auch bleiben, lange nach Corona. Wir wissen, dass diese Arbeitsplätze hochqualifizierte, hochbezahlte Arbeitsplätze sind, die wir in Bremen dringend haben wollen und haben müssen. Deswegen müssen wir die Zukunftsbranche Luft- und Raumfahrt unterstützen. Das heißt auch, dass wir hierfür Flächen zur Verfügung stellen und Gewerbeflächen erschließen müssen,

(Beifall SPD, CDU, FDP)

um Ansiedlungswünschen gerecht zu werden. Auf die Frage Gewerbegebiete werde ich im zweiten Beitrag noch einmal eingehen. – Danke!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Wischhusen.

Abgeordnete Wischhusen (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin gerade überrascht, weil mich dieser Wortbeitrag irgendwie begeistert hat. Vielen Dank dafür, dazu sage ich gleich noch etwas!

(Beifall FDP, CDU, SPD)

Ja, Bremen ist Logistikstandort, das ist klar geworden, das ist gut so, und wir haben schon einige Zahlen von Herrn Meyer-Heder gehört. Wenn wir über Logistik reden, reden wir von über 30 000 Arbeitsplätzen in der Stadt Bremen. Wenn wir den Hafen auch noch hinzunehmen und die gesamte Logistik im Land Bremen betrachten, dann sind wir ganz schnell bei knapp 100 000 Arbeitsplätzen. Das sind auf jeden Fall wertvolle Arbeitsplätze, die für eine Welt- und Handelsstadt, wie Bremen sie absolut ist,

enorm wichtig sind. Ich war daher wirklich erschrocken, dass mit den Grünen eine Regierungsfraktion hier einer dieser wichtigen Branchen laut sagt: „Ihr seid hier einfach nicht willkommen, und wir wollen euch nicht mehr!“ Das ist das Signal, das hier ausgesendet wurde.

Herr Stahmann, ich muss sagen, mich hat das wirklich positiv überrascht, und ich danke Ihnen sehr für das klare Bekenntnis zur Logistikbranche und vor allem auch damit der Abgrenzung zu dieser Idee. Deswegen, vielen Dank dafür, das ist ziemlich groß! Danke schön!

(Beifall FDP)

Für die FDP möchte ich ganz klar sagen: Liebe Logistikbranche, Sie sind in Bremen willkommen! Sie sind sogar herzlich willkommen, denn Sie sind ein wichtiger Teil unserer Wirtschaft, und wir werden uns dafür starkmachen, dass Sie die Flächen bekommen, die Sie eben auch brauchen, um Beschäftigung zu sichern und auch auszubauen, denn es ist ja nicht nur die Logistikbranche – Herr Stahmann hat es gerade deutlich gemacht –, es ist auch die Industrie, die hier von der guten ortsansässigen Logistiklandschaft massiv profitiert. Ohne diese gute Industrie in Bremen und Bremerhaven funktionieren übrigens auch unsere Häfen nicht. Es ist also ein Wechselspiel, von dem der Wirtschaftsstandort Bremen absolut einen großen Nutzen hat.

(Beifall FDP)

Wer jetzt einseitig diese Flächenproduktivität der Logistik betrachtet und damit nämlich die Sekundäreffekte ignoriert, der legt die Axt an den Wirtschaftsstandort Bremen an. Sie sagen in Ihrer Argumentation, Logistik produziere nur tote Flächen, aber keine Arbeitsplätze – Sie haben es ja eben auch gehört, der Begriff Flächenfraß wurde hier benutzt, ein schlimmes Wort in dem Zusammenhang! –, und daher würden Sie die Anzahl der Unternehmen begrenzen wollen. Dieser Ansatz ist wahrscheinlich typisch: Es geht um Verbote und um Verhinderung, anstatt um Innovation und etwas möglich zu machen.

Es wäre ein gutes Signal gewesen, wenn Sie zum Beispiel sagen, ein Logistikbau von heute darf nur noch ein Drittel in der Breite ausmachen, dafür aber das Dreifache in der Höhe. Das wäre ein Modell gewesen, über das wir sicherlich hätten nachdenken können. Bremen, und da sind wir uns einig, hat nun einmal nur begrenzt Flächen, und dass wir diese Flächen effizient und effektiv nutzen müssen,

ist auch selbstverständlich. Das geht aber dann nicht mit Verboten, sondern es geht im besten Falle über die Idee des neuen Denkens und über Innovation.

(Beifall FDP)

Wenn Sie sagen, die Logistikbranche verbraucht viel Fläche, dann dürfen Sie sie doch nicht aus Bremen heraushalten, sondern müssen flächensparende Lösungen anbieten, und da gibt es die Möglichkeit des Hochbaus. Mit dem früheren Lager von Tchibo haben wir übrigens schon so einen in Bremen. Wer zum Beispiel das Hellmann-Gebäude in Osnabrück kennt – ich weiß nicht, ob das jemand von Ihnen kennt –, der kommt aus dem Staunen nicht mehr heraus. Ich war dort einmal zu einer Betriebsbesichtigung: Es ist vollautomatisch, es ist sowohl unterirdisch als auch in die Höhe gebaut, und es ist unglaublich, was sie dort für eine Logistikleistung auf einer tatsächlich sehr schmalen Fläche erbringen! Ein großer Mehrwert, nämlich für den drittgrößten Logistikstandort Deutschlands: Osnabrück.

Und was machen wir hier? Wir verhindern Wachstum und Wohlstand. Wer hat uns denn in der Zeit des Lockdowns die Einkäufe nach Hause gebracht? Wer hat uns denn in den ganzen Wochen beliefert? Es waren eben auch die Logistiker, die ein immenses Umsatzplus verzeichneten und uns flächendeckend, auch in der Panikzeit der Hamsterkäufe, belieferten. Wir wären doch jetzt wirklich dumm, wenn wir diese Branche verteufeln!

Wir brauchen innovative neue Ansätze, um regional, national und international nicht abgehängt zu werden. Auf keinen Fall dürfen wir die Wirtschaft vertreiben. Leider verteufeln Sie aber zu gern gute Ideen, die den Standort Bremen befördern. Herr Stahmann, ich würde mir wünschen, dass Sie dann auch für diese neuen Ideen tatsächlich offen sind und dass Sie dies ermöglichen. Das wäre wünschenswert, denn ein Beispiel: Der Hochbau von Libeskind am Brill ist so ein entsprechendes Beispiel. Er wäre für Bremen ein Tourismusmagnet geworden. Wir hätten voller Stolz sagen können, dass wir einen Bau von Libeskind in unserer Stadtmitte haben, der die Innenstadt mit internationalem Flair bereichert, aber genau das wurde blockiert.

(Beifall FDP, CDU)

Hochhäuser gelten bei Ihnen per se als schlecht, aber was sollen wir denn machen in unserem klei-

nen Bundesland? Wir sind eben nicht ein Flächenland wie Baden-Württemberg. Wir müssen neue Denkansätze in die Realität umsetzen. Da brauchen wir auch keine Verbote, müssen niemandem Nein sagen, sondern ermöglichen auf kreative Art eine profitable Wirtschaft, und Innovation sichert unsere Zukunft.

Die Signale der Koalition, die in der letzten Zeit ausgesendet wurden, bewirken leider das Gegenteil: Logistikwirtschaft ist nicht willkommen, ein mutiger Bau am Brill ist zu hoch, eine Ertüchtigung der Containerkaje brauchen wir nicht. Das Zögern und Zaudern der Koalition kann sich Bremen in unseren Augen überhaupt nicht mehr leisten und die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erst recht nicht. Wir erwarten einen positiven Aufbruch von Ihnen, der endlich ein klares Bekenntnis zur Wirtschaft darstellt! – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bücking.

Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, lieber Volker Stahmann! Es macht wirklich Sinn, das Papier genau zu lesen. In Bezug auf den Gewerbepark Hansalinie steht darin, dass wir selbstverständlich der Auffassung sind, dass der Gewerbepark Hansalinie und das Mercedes-Benz Werk Bremen eine ganz eng verflochtene Ökonomie sind, dass das eine etwas mit dem anderen zu tun hat und dass der Gewerbepark Hansalinie gerade für diese Zwecke vernünftig eingesetzt ist.

Wir haben sehr wohl genau diese Beobachtung, die Sie so anschaulich geschildert haben, wahrgenommen, dass Mercedes-Benz einen großen Teil – und zwar einen wachsenden Teil – seiner Produktion auslagert, outsourct, und im Gewerbepark Hansalinie vorfertigen lässt. Das ist nicht umstritten. Im Bebauungsplan haben wir das so festgelegt. Worum wir streiten ist, ob an der Hansalinie zunehmend auch andere reine logistische Funktionen untergebracht werden, Funktionen, die nichts mit Mercedes-Benz und nichts mit materieller Produktion zu tun haben. Darüber streiten wir.

Wir sagen in unserem Papier: An der Stelle braucht man einen Filter, sonst ist am Ende für das, was unsere Stadt reich macht, nicht mehr genug da, denn diese materielle Produktion braucht auch ihren Ort. Frau Wischhusen, jetzt kommen Sie und sagen, endlich müssten wir einmal begreifen, man solle

die Logistik lieber in die Höhe organisieren. Dieses Papier dreht sich wesentlich genau um diese Frage, ob man die gleichen Leistungen, wachsende Leistungen auf weniger Fläche organisieren kann, ob man Logistik in die Höhe organisieren kann. Diese Hochregallager sind maschinen-, die sind menschenleer. Viele von diesen Flachmännern sind reine Lkw-Einfahrten mit etwas Lager links und rechts.

Wir glauben, das ist nicht schlau genug. Wir glauben, höher und auf weniger Grundfläche zu bauen, ist genau richtig. Wir wissen, dass das in der Logistik zum Teil nicht möglich ist. In dem Fall werden wir dafür, die Häuser so zu errichten, dass im zweiten und dritten Stock andere Funktionen untergebracht werden können. Nein, ich bitte Sie, sagen Sie uns nicht nach, dass wir über diese Fragen, und zwar genau diese Fragen nicht nachgedacht hätten.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Wir machen die Beobachtung, dass die Leichtbauhallen im Bereich der Logistik Gebäude sind, die in einem Zeitfenster von knapp zehn Jahren abgeschrieben werden und danach nicht selten zusammengesoben und weggeräumt werden, um Platz für das nächste Gebäude zu machen. Wir sind der Auffassung, an dieser Stelle muss das Nachdenken einsetzen. Können wir diese Gebäude nicht als ein Baukastensystem entwickeln, die demontierbar sind und dann in anderer Konfiguration entweder größer oder höher wieder zusammengesetzt werden können? Solche Vorschläge finde ich überfällig.

Es ist doch sinnvoll, zu überlegen, ob man diese Platten, aus denen die Wände gemacht sind, das sind Kunststoffverbundplatten, nicht aus Materialien fertigen kann, die in ihrer Produktion weniger CO₂ verbrauchen, die in ihrer Entsorgung weniger schädlich sind, sondern die möglichst einen zweiten und dritten Zyklus durchmachen können. Das ist der Kern von dem, was wir überlegen. Wir sind der Meinung, die Logistikbranche kann nicht jedes Jahr hochgerechnet 12 Hektar bekommen. Das geht nicht. Dann sind unsere Reserven innerhalb kürzester Zeit verbraucht und guter Rat ist teuer. Wir finden, dass man genau mit diesem Weg, den ich eben geschildert habe, dahin kommen muss, dass dieser Wert deutlich geringer ist.

Wir sind auch der Meinung, dass man in den Bestandsgebieten schauen muss, was man da noch nutzen kann, dort sind große Reserven. Glauben

Sie es mir, darüber haben wir uns vor kurzem gründlich unterhalten. Wer da nicht hinschaut, und wer diese Aufgabe nicht formuliert, der drückt sich um das Hauptproblem dieses Gewerbeentwicklungsprogramms der Stadt Bremen, nämlich darüber nachzudenken, wie man unter dieser Rahmenbedingung begrenzte Flächenreserven Wachstum und Entwicklung für unsere Stadt schaffen und Arbeitsplätze organisieren kann. Das ist doch irrsinnig, wenn Sie sich genau dieser Aufgabe entziehen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Noch ein paar Worte zu dem Bereich der Logistik. Wenn Sie sich in die Statistiken vertiefen und sehen, welche Arbeit es dort gibt: Es gibt im Lager und bei der Auslieferung ungefähr 20 000 Arbeitsplätze im engeren Sinne. Der sehr schnell wachsende Teil sind die Zustelldienste. Rufen Sie einmal Herrn Heil an, welche Aufgaben es da gibt. Man muss sich darum kümmern, dass das ordentliche Arbeit wird. Ich komme nicht auf die Idee, diese Arbeit beseitigen zu wollen. Ich beobachte aber, dass sie unter einem extremen Rationalisierungsdruck steht, dass sie in hohem Maße automatisiert wird, dass diese Arbeitsplätze gefährdet sind.

Wenn wir schlau sind, dann nutzen wir jedes Zeitfenster, um unsere wirtschaftliche Basis zu diversifizieren. Dafür zu sorgen, dass diese Leute Alternativen zu dieser Arbeit finden, Alternativen, in denen möglicherweise bessere Löhne bezahlt werden und eventuell ein Aufstieg möglich ist, was bei Lagerarbeitern in der Regel nicht beobachtet wird – das sind im Übrigen zu 80 Prozent Männer.

Meine Damen und Herren, die Aufgaben und die Fragestellung unseres Papiers treffen meiner Meinung nach genau den Kern. Ich muss aufhören, sonst kommt nachher Frau Dr. Eschen nicht mehr dran. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Meyer-Heder.

Abgeordneter Meyer-Heder (CDU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Noch einmal ganz kurz ein paar Aspekte. Ich fange einmal mit dem Gemeinsamen an. Ich glaube, alle sind sich einig, dass wir achtsam sein müssen mit den Flächen, die wir haben. Das ist ja schon einmal ein Ansatz. Beeindruckend fand ich von Herrn Tebje

den Versuch, die Schere hinzubekommen zwischen linker Ideologie, CDU-Bashing und ich folge der Linie meiner Wirtschaftssenatorin.

(Beifall CDU)

Ich finde, das ist mäßig gut gelungen. Ein Wort zum Flughafen: Ich hatte die Ehre, letzte Woche einen Termin zu haben mit Frau Langhorst, die ja hier die Werksleiterin ist. Die sagte, ein ganz wesentliches Argument für den Standort sei einmal der Flughafen, und das zweite, dass wir Erweiterungsflächen im Süden des Flughafens hätten. Das ist, so sagt sie mir das, in der Diskussion in Toulouse oder auch in Finkenwerder oder in England ein wesentlicher Aspekt. Deswegen würde ich auf diese Flächen kein Stoppschild stellen, wenn wir Airbus hier am Standort halten wollen.

(Beifall CDU)

Das wollte ich noch einmal kurz anbringen. Dazu noch einmal vielen Dank, Volker Stahmann, erstens für das klare Bekenntnis und aber auch für die bildlich plastisch anfassbare Beschreibung: Was heißt eigentlich Logistikbranche? Ansonsten wünsche ich mir, dass unter dem Gewerbeflächenentwicklungsprogramm ganz am Ende unten ein Satz steht: Liebe Gewerbetreibende, ihr seid hier in Bremen willkommen! – Danke!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Stahmann.

Abgeordneter Stahmann (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Bücking, ich habe das Papier gelesen, mehrfach, und ich finde das auch gar nicht so kritisch. Es ist in vielen Punkten auch zukunftsweisend. Das muss man einfach sagen. Ich bin heilfroh, dass Sie noch einmal gesagt haben, Industrielogistik – am Beispiel von Daimler – gehört zu Bremen. Das finde ich eine wirklich gute, wichtige Position und ein wichtiges Signal für die Bremer Betriebe.

(Beifall SPD)

Wir sitzen doch immer zwischen den Stühlen, die da heißen: Beschäftigung versus Klimaschutz, Stadtentwicklung versus Anwohnerbelastung, und was tun wir da eigentlich. Ich finde es, liebe CDU, total richtig, dass wir an dieser Stelle in der Koalition auch unterschiedliche Meinungen haben und das konstruktiv miteinander ausdiskutieren. Das ist

etwas, was uns stärkt, nämlich die unterschiedlichen Blickwinkel auch weiterzutreiben. Ich sage das mehrfach an dieser Stelle.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Zu den Gewerbegebieten muss man einmal sagen: Wir haben eine Entwicklung in Bremen. Wenn man sich einmal die Historie ansieht: Wir haben eine Menge Industrie und Gewerbegebiete verloren in der Vergangenheit, angefangen von AG Weser, wo wir jetzt eine andere Nutzung haben, über Hachez, über Könecke, über Coca-Cola, über all die Dinge, bei denen wir im Sinne der Stadt, im Sinne des Wohnens, im Sinne von urbanen Quartieren Veränderungen vorgenommen haben. Wir haben aber eben auch die Frage der Flächen, und da ist – und das ist ein Unterschied zu dem Positionspapier der Grünen – aus Sicht der Sozialdemokraten die Frage der Kreislaufwirtschaft einfach nicht ausreichend.

Wir brauchen den Industriebereich. Und alle post-industriellen Dienstleistungsfantasien der Wirtschaft werden nicht funktionieren, sondern es wird so sein, dass wir Industrieansiedlung brauchen. Dazu brauchen wir eine Angebotspolitik, und dazu brauchen wir Flächen, wie wir sie vermarkten können. Wir können nicht, wenn jemand kommt und sagt: Ich würde gern bei euch etwas machen, Gewerbe betreiben, Beschäftigung schaffen, sagen: Das haben wir aber nicht. Wir sind gut beraten, im Vorfeld uns darüber zu einigen und zu diskutieren: Wo geht das, wo wollen wir das nicht, wo sagen wir Klimaschutz, wo sagen wir, die Flächen bleiben so, wo sagen wir, es ist Landwirtschaft, und wo weisen wir Industriegebiete aus? Dass das nur in einer Kreislaufwirtschaft funktioniert, glaube ich nicht.

Es ist genau diese Frage in einem breiten Prozess, die der Gewerbeentwicklungsplan 2030 aufgegriffen hat. Insofern bin ich ganz froh, dass es ihn gibt. Ich bin etwas unglücklich, dass – Corona begründet heutzutage ja alles – der Prozess ins Stocken geraten ist, dass wir dem zeitlich im Ablauf hinterhinken, dass wir keine Präsenzsitzungen haben, sondern dass wir über Videokonferenzen das machen können und man keinen wirklichen Austausch hat. Doch ich glaube, dass es der richtige Weg ist, genau darüber zu diskutieren und das zukünftig festzulegen.

Ich bin überzeugt davon, dass diese Frage der Clusterung – wo gehen wir mit welchem Industriezweig hin, was wollen wir an der Stelle – der richtige Weg ist und dass wir uns in der Koalition auch

einigen müssen, was langfristige Perspektiven angeht. Aber ganz ohne neue Erschließung, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird es, glaube ich, nicht gehen. – Danke!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tebje.

Abgeordneter Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, ich möchte auch noch einmal auf ein paar Wortbeiträge eingehen. Zum einen von Ihnen, Frau Wischhusen, auf den Part des Flächenfraßes. Ja, ich würde schon sagen, dass das der richtige Begriff ist. Zum einen haben Sie zwar alle festgestellt, wir haben eine begrenzte Fläche hier in Bremen und wir wollen – wie die CDU oder wie auch Sie das sagen – ständig neue Flächen ausweisen. Was ist dann aber die Konsequenz? Das heißt, dass man alles versiegelt und nicht weiter schaut, wie passiert denn das tatsächlich ökologisch?

Natürlich braucht man für einen Prozess oder für eine Veränderung entsprechende politische Regulierungen, Frau Wischhusen. Verdichtetes Bauen passiert doch nicht von selbst und ökologisches Bauen passiert schon erst recht nicht von selbst. Entsigelung und Kühlräume in der Stadt zu schaffen, ist kein wirtschaftliches Interesse. Das wird auch nicht von selbst aus dem wirtschaftlichen Interesse von Unternehmen aus entschieden, sondern da müssen wir Regulierungen schaffen und sagen, was wir politisch und auch die Gesellschaft will und braucht.

(Zuruf Abgeordnete Ahrens [CDU])

Daran macht sich aus meiner Sicht auch deutlich der Unterschied klar von Ihrer Wortwahl her, nach dem Motto, wir müssen hier immer nur Angebote für die Wirtschaft schaffen. Ja, das ist natürlich der Unterschied, weil wir sind nicht nur dazu da, die Interessen der Wirtschaft zu bedienen, sondern natürlich die Wirtschaft ist dazu da, auch den Menschen und den Interessen der Menschen in dieser Stadt zu dienen. Wie bekommen wir das zusammen? Das wollen wir angehen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf Abgeordnete Wischhusen [FDP])

Den Part, da bin ich mir nicht ganz so sicher, ob ich da mit Herrn Stahmann so eins bin. Natürlich müs-

sen wir dahin, auch die Frage: Was ist eine Kreislaufwirtschaft an Flächen, also zu sagen: Wie bekommen wir es besser hin, dass wir zukünftig wieder stärker auf Flächen, die frei werden, Zugriff haben, wieder schauen können: Wie kann man wieder dort, wo etwas verschwindet, sehen, dass schnell etwas Neues als Solches passiert? Das ist doch der Gedanke, dass wir schauen, dass wir auch immer wieder schnell innovativ sind und dass der Staat auch Möglichkeiten hat, anzugreifen, weil das ist doch, was wir merken, dass wir an vielen Stellen vielleicht eigentlich Entwicklungsmöglichkeiten hätten, aber als Staat gar nicht die Möglichkeit haben, das zu gestalten und dann auch entsprechend für wirtschaftliche Zwecke oder für Stadtentwicklung zweckentsprechend einzusetzen.

Da müssen wir entsprechend besser werden. Noch einmal zu Ihnen, Herr Meyer-Heder und zur CDU: Sie sagen, es sollen jedes Jahr 40 Hektar neu ausgewiesen werden. Sie sagen aber nichts dazu, unter welchen ökologische Gesichtspunkten, nichts dazu, wie soll das mit Wohnen als Solchem entsprechend in Konkurrenz treten, nichts dazu, wie soll das im Grunde zu einer ökologischen Stadtentwicklung beitragen? Ich persönlich halte so etwas nicht für zukunftsweisend. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Wiebe.

Staatsrat Wiebe: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir diskutieren heute über das Gewerbeentwicklungsprogramm 2030, GEP 2030. Gewerbeentwicklung ist ein wesentliches Element einer integrierten Stadtentwicklung, die den gegenwärtigen und kommenden Herausforderungen einer ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklung dienen muss. Die Bremer Wirtschaft steht aktuell ebenso wie ihre Beschäftigten unter einem besonders hohen Druck. Wir werden aber aus der Krise herauskommen, und es wird wieder vermehrt investiert werden.

Auf diese Entwicklung müssen die Wirtschaftsstandorte vorbereitet sein. Der Senat hat die Verantwortung, möglichst viel Beschäftigung im Land Bremen zu sichern, neue Arbeitsplätze nach Bremen und Bremerhaven zu holen, um den Menschen in unserem Bundesland eine Perspektive und ein gutes Auskommen zu sichern. Bremen ist eine wachsende Stadt und soll es auch bleiben. In Bremen hat sich die Zahl der in der Stadt lebenden

Menschen im Zeitraum von 2010 bis 2018 um vier Prozent und die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 16 Prozent erhöht, das ist die Zahl von 38 000, die der Abgeordnete Bücking vorhin erwähnt hat.

Gleichzeitig sind die Gewerbesteuereinnahmen im Zeitraum von 2012 bis 2018 um 87 Prozent gestiegen, haben sich also in weniger als zehn Jahren fast verdoppelt. Die Gewerbesteuer ist unsere wichtigste kommunale Steuer. Der Anteil der Gewerbesteuer an der Gesamtsteuer liegt bei über 50 Prozent. Um aus der Wirtschaftskrise herauszukommen, brauchen wir in der Mittelfristperspektive des GEP 2030 eine Entwicklung, die an diese Zeilen anschließt, und auf diesen Weg hat sich der Senat gemacht.

Das Wirtschaftsressort hat schon vor Beginn der Coronakrise einen transparenten Prozess unter Einbeziehung aller wichtigen Akteurinnen und Akteure aufgesetzt. Zu den Fachdialogen waren unter anderem eingeladen beziehungsweise haben sich beteiligt die Ortsämter, alle Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft, Arbeitnehmerkammer, Handelskammer und Handwerkskammer, die ZwischenzeitZentrale, Kulturinitiativen, Umweltverbände, die Hochschule und viele mehr.

Sie sehen, wir versuchen, einen möglichst breiten und transparenten Weg zum GEP 2030 zu beschreiben und werden diesen Weg, auch, wenn das unter Coronabedingungen jetzt nicht immer einfach ist – ich habe gestern selbst an einem Onlinedialog teilgenommen, das ist nicht das Gleiche wie eine Präsenzsitzung und es führt insgesamt im Prozess auch zu Verzögerungen. Wir gehen aber diesen Weg der Beteiligung konsequent weiter, weil das Ergebnis in der Stadtgesellschaft auch breit getragen werden soll. In diesem Zusammenhang darf ich mich auch bei allen bedanken, die sich so intensiv an diesem Prozess beteiligen und noch beteiligen werden und bin auch meinerseits dankbar, dass das in den Beiträgen gerade zum Teil auch schon honoriert wurde. Natürlich kostet das Zeit, aber ich denke, es ist gut investierte Zeit.

Klar ist, dass die Gewerbeentwicklung vor dem Hintergrund der Klimakrise nicht die gleiche sein kann, wie sie es vor zehn oder 20 Jahren war. Gewerbeentwicklung denkt heute die ökologische mit der wirtschaftlichen Entwicklung zusammen. Deshalb sind wir von Anfang an – und bleiben es auch während des gesamten Prozesses – in engem Austausch mit der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau,

um die Vorstellungen jeweils abzugleichen und gemeinsam zu Ergebnissen zu kommen. Die Gespräche sind dazu ausgesprochen konstruktiv.

Außerdem ist die ökologische Gestaltung von Gewerbeflächen, was zum Beispiel Flächeneffizienz, Oberflächenentwässerung und Grünflächen angeht, heute integraler Bestandteil der Planungen und wird es auch immer stärker sein. Bei allen neuen Gewerbeflächen werden selbstverständlich ökologische Ausgleichsmaßnahmen vorgenommen. Beispiele sind hier etwa die Brockhuchtinger Wiesen für das Güterverkehrszentrum, GVZ, oder das Vordeichsgelände an der Weser für den Bereich Hansalinie.

Im Gebiet der Hanna-Kunath-Straße am Airport werden in einem Pilotprojekt Solarenergie und Gründächer aufgesetzt, und beim Gewerbegebiet Hansalinie wird aktuell ein Strategiepapier für ein umwelt- und klimagerechtes Gewerbegebiet erstellt, das dann als Grundlage für ein grünes Gewerbegebiet dienen soll. Ich glaube, hier sind wir auch sogar noch einen Schritt schneller als die Kolleginnen und Kollegen in Bremerhaven, wurde ja vorhin angesprochen. Ich glaube, wir werden hier zu einem echten Vorzeigeprojekt kommen. Wir haben nämlich dazu mehrere Gutachten in Auftrag gegeben, um eine hohe Klimaverträglichkeit des Gewerbegebiets Hansalinie zu erreichen.

Hier geht es um Photovoltaikanlagen, um Dach- und Fassadenbegrünung, um Frischluftschneisen, um Heckenpflanzung, um Grundwasserneubildung, Insektenschutz und anderes mehr. Sie sehen, dass wir das hier an dieser Stelle wirklich ernsthaft betreiben. Darüber hinaus ist ganz zentral – das kam in den Beiträgen ja auch durchweg zur Sprache – bevor wir über die Ausweisung neuer Gewerbegebiete reden, die Weiterentwicklung von Bestandsgebieten.

Die Herausforderung besteht darin, eine Steigerung der Flächeneffizienz zur optimalen Auslastung bestehender Gewerbegebiete zu erreichen. Hierzu werden gegenwärtig Pilotprojekte im Bestand durchgeführt. Die Zielsetzung ist, bestehende Standorte zu attraktivieren, damit die Flächen besser, effizienter ausgenutzt werden. Die Entwicklung ist für uns zentral. Die zunehmende Flächenknappheit im städtischen Raum, die zuge-spitzte Flächenkonkurrenz unterschiedlicher Nutzungen und die immer schwieriger werdende Neuausweisung von Gebieten machen deutlich, dass wir hier neue Konzepte und Strukturen brauchen.

Eine gerade gestern stattgefundene Fachtagung mit breiter Beteiligung hat dazu wichtige Anregungen geliefert, die wir in den laufenden Prozess einspeisen. Wir sind nicht nur offen für Ideen, die ökologische und wirtschaftliche Effizienz zusammen-denken und gute Arbeitsplätze für die Bremerinnen und Bremer möglich machen, sondern wir sind dazu verpflichtet, das zu denken. So wird die Bestandsentwicklung im GEP 2030 ein noch höheres Gewicht erhalten, als dies im GEP 2020 der Fall war. In der Folge wird es uns gelingen, die Bedarfe für eine Inanspruchnahme neuer Flächen auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

Auch noch ein paar Worte zum Thema Logistik: Es ist vollkommen richtig, was gesagt wurde: Bremen als großer Hafen- und Industriestandort ist eng verwoben mit der Logistik. Viele Bereiche dieser Wirtschaftszweige sind davon abhängig, dass logistische Dienstleistungen in direkter Umgebung ihrer Produktionsstätten angeboten werden. Klar ist aber auch, dass die Logistikbranche weiterhin im Wandel ist. Der Trend entwickelt sich weg von großen zentralen Lagern hin zu kleineren dezentralen Lagern, die näher an den Auslieferungsgebieten liegen und die eng in die Wertschöpfungsketten der Unternehmen eingebunden sind.

Letzteres ist wichtig, hervorzuheben, weil es bedeutet, dass die Logistik als Branche nicht separat diskutiert werden kann, sondern immer im Kontext der industriellen Entwicklung Bremens insgesamt zu sehen ist. Ich kann mich noch an die Diskussion erinnern, vor zehn oder 15 Jahren hieß das Ganze nach Transport und Lagererei, und es ist nicht von ungefähr, dass wir heute über Logistik reden, weil es ist nicht mehr einfach nur Transport und Lagererei. Im Übrigen ist diese räumliche Nähe auch aus ökologischer Sicht zu begrüßen, wenn dadurch weniger Lkw-Kilometer auf der Straße zurückgelegt werden.

Vor dem geschilderten Hintergrund ist es aber durchaus möglich, dass sich der Flächenbedarf für einzelne Logistikdienstleister und ihre Entwicklung in Bremen verändern und auch kleinere Lösungen denkbar sind. Das werden wir gemeinsam prüfen und die Entwicklung aktiv mit den beteiligten Unternehmen diskutieren. Die Logistik und ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehören zu Bremen. Ein Branchenmix und auch ein Mix an Berufen mit unterschiedlichen Qualifikationen sind wichtig für eine positive Entwicklung der bremischen Wirtschaft und gerade auch für deren Beschäftigte.

Dabei ist immer klar, dass wir auf gut bezahlte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung setzen, Werks- und Leiharbeitsverträge sind nicht das Modell, das dieser Senat in Bremen sehen will.

(Beifall SPD)

Klar ist aber auch, dass die Flächenreserven begrenzt sind. Wie eingangs beschrieben, sind gleichwohl das Leitbild der wachsenden Stadt aber auch die Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen gerade unter Coronabedingungen wichtiger denn je. Hierzu möchte ich kurz auf ein eingeholtes Gutachten vom Stadtraumkonzept Dortmund eingehen, die die Entwicklung im Technologiepark und in der Airport-Stadt analysiert haben.

Die Airport-Stadt beheimatet bereits 16 000 Beschäftigte und ist unser Standort für die Luft- und Raumfahrtbranche, aber auch für Dienstleistungsunternehmen und für Forschung und Entwicklung. Die Airport-Stadt ist auch der Ort, an dem sich ein innovatives Umfeld im Bereich des CO₂-ärmeren Fliegens besonders gut entwickeln kann. Grünes Fliegen hat eine herausragende Bedeutung für den Luft- und Raumfahrtstandort und den Wirtschaftsstandort insgesamt. Auf diesen zukunftssträchtigen Weg werden wir uns begeben, und wir werden auch im GEP 2030 Überlegungen anstellen, wie wir diese innovative Entwicklung aktiv unterstützen können.

Der Technologiepark, um auf diesen noch einmal kurz einzugehen, ist ja schließlich unser Vorzeigeprojekt für Innovation und Spitzenforschung. Über 550 Hightech-Unternehmen sind an diesem Standort angesiedelt und die Entwicklung ist noch nicht zu Ende. Hier besteht bezüglich der unternehmerischen Entwicklung und auch bezüglich Instituterweiterungen noch erheblicher Expansionsbedarf. Damit werden wir umgehen müssen. Wir brauchen Entwicklungsperspektiven für Unternehmen, die nach Bremen kommen, expandieren oder sich neu gründen wollen.

Eine weiterhin erfolgreiche, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und damit die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen wiederum sind auf eine aktive Gewerbeflächenentwicklung angewiesen. Wenn das Bekenntnis zu Wirtschaft eingefordert wird, ist das überhaupt kein Thema. Wir stehen zu den bremischen Unternehmen. Wir wünschen uns weitere Unternehmen, die nach Bremen kommen und es ist uns auch vollkommen bewusst, dass Unternehmen Fläche benötigen.

Mit dem GEP 2030 läuft ein transparenter Prozess unter Einbeziehung vieler wichtiger Akteure. Das Ressort für Wirtschaft, Arbeit und Europa und der gesamte Senat setzen alles daran, diesen Prozess schnellstmöglich zu einem guten Ergebnis zu führen. Das bedeutet letztlich beides, eine wirtschaftliche und eine sozial-ökologische Entwicklung der Gewerbeflächenpolitik. Diese werden wir im GEP 2030 umsetzen. – Ich danke Ihnen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dogan: Damit ist das erste Thema der Aktuellen Stunde beendet.

Ich teile Ihnen nun mit, welche Restredezeiten den Fraktionen zustehen. CDU: 16 Minuten und 27 Sekunden, SPD: 18 Minuten und 53 Sekunden, Bündnis 90/Die Grünen: 17 Minuten und 28 Sekunden, DIE LINKE: 21 Minuten und 19 Sekunden, FDP: 24 Minuten und 8 Sekunden. Dem Senat stehen noch 18 Minuten und 58 Sekunden zur Verfügung.

Ich rufe das zweite Thema der Aktuellen Stunde auf:

Bremen wieder Schlusslicht, viel zu geringe Betreuungsquote für unter Dreijährige.

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Dr. Bogedan.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Bergmann.

Abgeordnete Bergmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wahrscheinlich haben viele von Ihnen genervt geguckt, als Sie gesehen haben, zu welchem Thema wir eine Aktuelle Stunde beantragt haben.

(Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie kommen Sie denn darauf?)

Nicht schon wieder, werden Sie gedacht haben. Das wissen wir doch alles! Darüber haben wir doch oft schon genug geredet, es fehlen Plätze und Fachkräfte. Die Bemühungen sind da, irgendwann wird es schon gelingen. Bisher können wir kein Licht am Horizont erkennen, meine Damen und Herren! Ja, es sind Bemühungen da, eine Trendwende können Sie aber nicht auslösen, und dafür gibt es Gründe. Mitte letzter Woche veröffentlicht das Statistische Bundesamt Zahlen über die Betreuungssituation der unter Dreijährigen. Im bundesweiten Vergleich bekommt Bremen nun auch die für die mangelhafte

Betreuungssituation für Kleinkinder die rote Laterne.

Eine Versorgungsquote von 29 Prozent, sechs Prozent hinter dem Bundesdurchschnitt und nur halb so viel Betreuungsangebote wie bei den Spitzenreitern. Unsere Nachbarstadt Hamburg hat mit 46,7 Prozent eine vergleichsweise hohe Betreuungsquote erreicht und kann damit die Früchte einer intensiven Bildungsoffensive und der Umsetzung des Gutscheinmodells mit Platzpauschale und Trägerautonomie für die Kitafinanzierung ernten. Mitte letzter Woche tagten der Unterausschuss Frühkindliche Bildung und die Deputation für Kinder und Bildung. Auch da ist die Betreuungssituation ein Thema.

In der Vorlage dort heißt es, dass aktuell ein Platzbedarf für mindestens 1 247 Kinder besteht. 1 247 Kinder – jedes Mal wieder macht mich diese Zahl sprachlos. Letzte Woche war aber auch die Versorgung der Kinder unter drei Jahren ein Thema. Wir lesen und hören von einer Versorgungsquote von 50 Prozent der unter Dreijährigen. Dabei seien auch die Kitas eingerechnet, die im Laufe des Kitajahres noch gebaut werden. Lassen wir das aber einmal stehen. 50 Prozent Versorgungsquote für die Kinder unter drei für das Kitajahr 2021.

Wollen wir das ganze Phänomen betrachten, erleben wir in den Sitzungen ein Schauspiel auf mehreren Ebenen. Es gibt eine Fraktion der CDU, die ist – so fiel es in einem Nebendialog in der Deputation für Kinder und Bildung – vorhersagbar. Die Fraktion der CDU selbst korrigierte: Verlässlich! Gut, nennen wir es verlässlich, in der kontinuierlichen Anprangerung der Missstände. Zudem gibt es eine fixe Player-Mannschaft auf Seiten des Senats – ich beschreibe das einmal, wie ich es erlebe: Als wohlriechende Seife: angenehm, anständig, duftend. Hinterher ist alles sauber, und man fragte: Wie konnte ich nur nachfragen oder gar zweifeln, und wieder ist die Seife weggeflutscht.

Die Antworten sind wortgewaltig, umschreibend, die Fragenden werden assoziativ zufriedengestellt, ohne die Sache beim Namen zu nennen. Zahlen werden in einen anderen Bezugsrahmen gesetzt, selten falsch, kaum richtig greifbar und schon aufgrund der knapp gehaltenen Vorbereitungszeit für die umfassenden Vorlagen selten angreifbar. Ambiguitätstoleranz im Übermaß. Hier kann man lernen, was dialektische Kunst ist. Eine Position im Spiel hat einen Wechsel vollzogen, dass einem ganz schwindelig wird. Eine, die früher die Zahlen, Daten, Fakten und auch den Alltag von Kindern,

Eltern und Trägern kannte, aber heute bei unveränderter aber verfestigter Realität als Claqueur der eigenen Regierungskoalition auftritt – DIE LINKE.

Ein Teil der Abgeordnetenkette hat es, wie man dann auf den Social Media hin und wieder sehen kann, noch nicht ganz geschafft, der Rest der politischen Akteure schwimmt mehr oder weniger eloquent aber linientreu im Koalitionskanal: Wir sind auf einem guten Weg, unglaubliche Ausbauleistungen in der Vergangenheit. Perspektivisch wird alles gelöst, wir werden es nachher teilweise noch hören.

Nein! Jetzt halten wir die Flutschseife fest, denn so werden wir unsere Betreuungsprobleme nicht lösen. Sie können schon deshalb nicht gelöst werden, weil unsere Regierung nicht bereit ist, das Ausmaß klar zu beschreiben und darzulegen. Es mangelt an Transparenz.

(Beifall FDP – Zuruf Abgeordnete Bredehorst [SPD])

Ich habe etwas Zeit gebraucht und unsere Fachkräfte mussten einige Recherchearbeit leisten, um die Diskrepanz zu verstehen, die wir letzte Woche festgestellt haben. Das Statistische Bundesamt meldet für Bremen eine Betreuungsquote von 29 Prozent bei Kindern von null bis drei Jahren und sagt, wir schaffen in diesem Kitajahr noch 55 Prozent. Bremerhaven meldet ganz kleinlaut, 24,94 Prozent,

(Abgeordnete Ahrens [CDU]: 27,9!)

in Ordnung, das kann sein, legt aber eine realistische Ausbauplanung vor. Wie passen diese Zahlen zusammen? Was macht Bremen, um besser dazustehen? Das Statistische Landesamt schafft Klarheit. Bremen rechnet anders als die ganze Republik. Es legt zwar auch die Zahlen für Kinder unter drei Jahren vor, berechnet die Betreuungsquote aber nicht wie alle anderen Städte landauf, landab nach der Betreuung von Kindern zwischen null und drei Jahren, sondern nur zwischen eins und drei Jahren, denn der Rechtsanspruch gilt ab dem ersten Lebensjahr, macht dies aber nicht kenntlich. Schon freuen wir uns über das Ergebnis, das sich von anderen abhebt.

Das zu beurteilen, überlasse ich gern Ihnen. Es gibt aber Menschen, die auf dieser Grundlage weitreichende Lebensentscheidungen treffen. Trauen Sie uns doch die Wahrheit zu! In diesem Zusammenhang bitte ich auch um Aufklärung, was hinter Ihrer Zielquote im Koalitionsvertrag von 60 Prozent

als Betreuungsquote für die unter Dreijährigen steckt. Meinen Sie die Bremische? Unter drei, also von eins bis drei Jahren, oder sprechen wir bei unter drei von der Größe, mit der sich die Kommunen in ganz Deutschland vergleichen, nämlich für Kinder zwischen null und drei Jahren? Stellen Sie das bitte deutlich dar!

Meine Damen und Herren in der Regierung, wir benötigen ein Eingeständnis, dass wir in Bremen in dieser Thematik tief feststecken und nicht weiterkommen. Als Startrampe für jede Lösung braucht man erst einmal die transparente und realistische Beschreibung des Ist-Zustandes, und zwar ohne Seifenblasen. Es hilft nicht, die Situation schönzureden. Wir hatten das schon. In einem zweiten Schritt müssen wir den Maßnahmenkatalog aussortieren: Was funktioniert nicht? Was ist nicht alltagskompatibel? Was ist stärker von Ideologie als von der Lösung bürgerlicher Lebensprobleme gezeichnet?

Wollen wir unser Betreuungsproblem lösen? Dann müssen wir drei Baustellen beseitigen: erstens die Verzögerungen bei Bauangelegenheiten, weniger Bürokratie, weniger runde Tische, mehr Entscheidungen und Kompetenzübertragungen damit die Menschen an den Knotenpunkten handlungsfähig sind und Entscheidungen treffen dürfen und können.

(Beifall FDP)

Zweitens, nicht neu aber immer noch gültig: die Haltung gegenüber privaten Trägern und Investoren ändern. Hier erweist uns die unangemessene Abneigung des Senats gegenüber freien, auch kirchlichen Trägern einen Bärendienst. Was wäre die Stadt ohne freies und privates Engagement? Wir brauchen beim Bau von Kitas wirklich jede Initiative. Wir haben es in der, ich glaube vorletzten Woche, aus der Zeitung erfahren, dass in Blumenthal ein Sozialwerk mithilfe von medial inszenierter religiöser Diskriminierung durch linke Abgeordnete aus der Stadt getrieben wurde und damit vorerst ein wundervolles, millionenschweres Sozialprojekt inklusive Kita verhindert wurde.

Der Betreiber klagt jetzt. Ob der Senat dies in doppelter Hinsicht wieder heilen kann? Zu wünschen wäre es, solche Signale sind nämlich spaltendes Gift für unsere Gesellschaft. Ich habe es bereits in mehreren Debatten formuliert: Was Träger und Investoren, die einen Vergleich mit anderen Städten kennen, in unserer Stadt erleben, ist empörend.

Diesen müssen ein roter Teppich ausgerollt und nicht Steine in den Weg gelegt werden.

(Beifall FDP, CDU)

Drittens und zu guter Letzt: Wir brauchen Personal. Kleine Kinder – und da gibt es keine Abkürzung – brauchen Menschen, die sich mit ihnen beschäftigen, sie unterstützen, lehren, versorgen und, und, und. Kurz: Die Bildungsbehörde braucht Hilfe. Damit eine Trendwende gelingen kann, braucht die Bildungsbehörde professionelle Unterstützung im Projekt- und nachhaltigen Personalmanagement, insbesondere im Bereich der professionellen Personalakquise, keine internen runden Tische. Es fehlen Plätze, es fehlt Personal und es fehlt das Know-how, um endlich zielorientiert für Verbesserung zu sorgen.

Damit eine Trendwende gelingt, braucht es Experten, deren täglich Brot und Kernkompetenz es ist, dem Fachkräftemangel zielgenau zu begegnen. Die Experten, die das Handwerk mitbringen, Millionenprojekte zielorientiert und effizient umzusetzen, sitzen in der freien Wirtschaft. Wenn Sie sie woanders finden, ist das auch gut. Da brauchen Sie mit uns nicht streiten. Wir appellieren aber an den Senat, diese Expertise, diese externe Expertise zu nutzen. Es geht um unsere Kinder und um unsere Zukunft. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Ahrens.

Abgeordnete Ahrens (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 4. Dezember 2019 haben wir uns zuletzt in einer Aktuellen Stunde mit den fehlenden Krippen- und Kitaplätzen auseinandergesetzt. Bereits damals machten wir als CDU-Fraktion darauf aufmerksam, dass wir im Krippenbereich, für den seit sieben Jahren ein Rechtsanspruch besteht, nicht hinterherkommen. Es rächt sich, jahrelang weder auf die Oppositionsfractionen – damals hat DIE LINKE übrigens auch noch mit uns Seite an Seite gekämpft und sich für mehr Plätze und mehr Fachkräfte eingesetzt, jetzt sind Sie ja deutlich ruhiger geworden – noch auf die vielen Fachleute zu hören, die immer wieder angemahnt haben, dass es nicht ausreicht mit der Fachkräfteausbildung.

Schlimmer noch: Wir durften immer wieder mit Erstaunen Antworten zur Kenntnis nehmen, dass es

diese Probleme gar nicht gebe. Da wurde herumgerechnet und uns das großartigste Geflecht dargelegt, dass es doch eigentlich mit den Ausbildungszahlen alles ausreichend sei. Das Ergebnis sehen wir heute. Im Dezember waren es über 1 000 fehlende Plätze, heute sind wir nur bei den offiziell Gezählten bei 1 300, Tendenz seit Jahren steigend. Noch dramatischer – und das hat die FDP übrigens in ihrem Antrag für die Aktuelle Stunde völlig vergessen – ist die Situation für die Drei- bis Sechsjährigen, also die Kinder kurz vor dem Schuleintritt.

Auch das wurde in der gleichen Studie vom Statistischen Bundesamt mit veröffentlicht. Für diese Elementarkinder, also Kinder zwischen drei und sechs, gibt es seit 1996 einen Rechtsanspruch. In keinem Jahr seit 2013 hat die Bremer Regierung – erst unter SPD und Grünen und nun auch noch mit Beteiligung der LINKEN – es geschafft, diese Rechtsansprüche zu befriedigen. In keinem einzigen Land – –.

(Abgeordnete Krümpfer [SPD]: Auch nicht mit der CDU!)

Da komme ich noch drauf. Das bildet sich auch ab in Bremen in der hohen Anzahl unversorgter Drei- bis Sechsjähriger, die seit 2018 auch in absoluten Zahlen immer wesentlich höher ist als die der unversorgten Krippenkinder. Das Statistische Bundesamt hat nun am 30. September für alle Bundesländer die Betreuungsquote für Krippenkinder und Elementarkinder veröffentlicht. Bremen hat in beiden Bereichen die rote Laterne. Auf Deutsch, damit es jetzt auch wirklich einmal jeder hier versteht: Wir sind Tabellenletzter – Tabellenletzter mit einer Krippenquote von nur 29 Prozent, deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 35 Prozent, und Tabellenletzter mit weitem Abstand zum Vorletzten mit sage und schreibe nur noch 86 Prozent bei den Drei- bis Sechsjährigen.

Der Bundesdurchschnitt für Elementarkinder liegt bei 92,5 Prozent. Das beste Bundesland bietet sogar für 95,7 Prozent dieser Kinder einen Kindergartenplatz. Wieder auf Deutsch übersetzt, damit es hier auch wirklich jeder der Regierungsfractionen versteht, bedeutet das, dass von 100 Kindern bei den Drei- bis Sechsjährigen nur 86 einen Kindergartenplatz finden. Für 14 Kinder gibt es weder einen Kindergartenplatz, noch gab es vorher einen Krippenplatz hier in Bremen. Würden diese Kinder in Thüringen leben, hätten sie hingegen einen Krippen- oder Kindergartenplatz. Sie wohnen halt einfach – wohl Pech – in der falschen Stadt.

24 Jahre nach Einführung des Rechtsanspruches schafft es die rot-rot-grüne Regierung in Bremen immer noch nicht, Kindern zu ihrem Recht auf frühkindliche Bildung zu verhelfen, weder den Krippenkindern, noch den Elementarkindern. Und das, meine Damen und Herren, ist wirklich ein Armutszeugnis.

(Beifall CDU)

Durch diese mangelnde Infrastruktur lassen Sie als rot-rot-grüne Regierung Kinderarmut im Lande Bremen ansteigen. Das ist der eigentliche Skandal. Eine angeblich sozial agierende Regierung, die das genaue Gegenteil tut. Glauben Sie nicht? Dann nehme ich Sie einmal mit in die harten Zahlen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit für Alleinerziehende und die tatsächliche Statistik des Statistischen Bundesamtes. Das Statistische Bundesamt teilte am 30. August 2019 mit, dass sich der Anteil von Armut bedrohter Menschen in Bremen am stärksten erhöht hat.

Betrug dieser 2009 – jetzt komme ich auf Sie zurück, Frau Krümpfer – kurz nach Ende der Großen Koalition aus SPD und CDU noch ein Fünftel, also 20,1 Prozent, beträgt er heute ein Viertel, 25 Prozent fast, nämlich 24,9 Prozent. Das heißt, unter Ihnen ist die Kinderarmut deutlich gestiegen, und den Menschen in Bremen ging es unter einer SPD-CDU-Regierung wesentlich besser.

(Abgeordnete Krümpfer [SPD]: Nein!)

Nun werden Sie wahrscheinlich wieder denken: Na ja, 2015, da kamen sehr viele geflüchtete Menschen zu uns, und daran hat es gelegen, dass das jetzt nicht gereicht hat mit den Plätzen in den Kindertageseinrichtungen. Das ist mitnichten so. Ehrlicherweise habe ich mir diesen billigen Taschenspielertrick schon oft genug angehört, denn es geht hier um Ihr eigenes politisches Versagen, das kaschiert werden soll.

Das DJI, das Deutsche Jugendinstitut, hat einen Kinderbetreuungsreport für das Jahr 2019 und 2020 herausgegeben. Hier stellt es dankenswerterweise für Bremen noch einmal die Geburtenraten von 2010 bis 2018 dar. Daran kann man erkennen, dass wir 2013 noch 1,36 Geburten pro Frau hatten und ab 2014 dieser Wert rapide anstieg auf nunmehr sensationelle 1,604 Geburten pro Frau – Werte wie fast vor dem Pillenknicke in den Siebzigerjahren. Das sind Zahlen, über die die Bremer Regierung übrigens genauso verfügt hat wie der Rest der Republik.

Politisches Handeln wurde daraus aber nicht abgeleitet, ganz im Gegenteil. Auch das kann man in den Statistiken übrigens nachlesen. Sie haben es ausgesessen. Der dringend notwendige Ausbau der Krippenplätze wurde 2013 bis 2015 komplett eingestellt. Sie mussten sich ja erst einmal in der neuen Regierungskoalition finden und dann einmal wieder den Vertrag verhandeln, den Koalitionsvertrag, den Herr Tebje hier heute so in den Vordergrund gehoben hat. Da hat man die eigentliche Arbeit für die Menschen in dieser Stadt erst einmal eingestellt.

(Zuruf Abgeordnete Krümpfer [SPD])

Stattdessen verfiel man hinterher auf die fachlich und sachlich irrwitzige Idee, die sogenannten Vierte-Quartals-Kinder, also Krippenkinder, in die Elementargruppen zu packen für Drei- bis Sechsjährige. Genau diese Plätze für die Drei- bis Sechsjährigen fehlen uns heute noch, und das mit klar messbaren Nachteilen. Der damalige bildungspolitische Sprecher und ehemalige Fraktionsvorsitzende der Grünen, Dr. Matthias Güldner, nannte das in einer seiner letzten Reden, bevor er sich zurückgezogen hat, die Büchse der Pandora, die man geöffnet habe, jetzt aber nicht wieder geschlossen bekomme. Er hatte verstanden, warum das absolut dramatisch ist, und das nicht nur aus fachlichen Gründen.

Kinder entwickeln in den ersten Lebensjahren sehr schnell ihre körperlichen und geistigen Fähigkeiten, die ihren späteren Lebens- und Lernweg bestimmen. Die Grundlage für eine optimale Empfehlung ist eine sichere und anregende Umgebung. Kinder, die eine Kita besuchen können, in der sie liebevoll und qualifiziert begleitet und gefördert werden, in der sie ein warmes Essen, Aufmerksamkeit und ausreichend Zuwendung bekommen, profitieren davon ein Leben lang. Fachkräftemangel, so wie wir ihn in Bremen erleben, bei dem Angebote nicht im vollen Umfang stattfinden können und man immer wieder Notdienste erlebt und Ähnliches, Betreuungskontinuität nicht immer gewährleistet ist, sind das genaue Gegenteil davon.

Umso erschreckender ist es, dass ganz Bremen noch zusätzlich zu dem eben Beschriebenen für diejenigen, die es ins System geschafft haben, darüber hinaus auch noch große Versorgungslücken aufweist. Besonders aber – und jetzt komme ich wieder zu Ihnen, Frau Krümpfer – in Vegesack, in Huchting, dem Bremer Westen, in Osterholz, in der Vahr, in Obervieland und Hemelingen; also genau dort, wo Kinder am meisten unter Armut zu leiden

haben, fehlen die meisten Plätze. Das nennen Sie sozial? Ich nenne das ignorant, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Dort ist der preiswerteste Wohnraum, den Transferleistungsbezieher oder Menschen mit geringem Einkommen bezahlt bekommen oder sich leisten können. Dort ist aber kein Krippen- oder Kitaplatz. Ohne Auto und mit eingeschränkter Mobilität ist dies aber zwingend wohnortnah notwendig. So verbleiben Menschen, auch, wenn sie selbst alles unternehmen, um aus der Armutsfalle zu kommen, in eben genau dieser.

Viele dieser Eltern sind auch nicht in der Lage, ihre Kinder allein ohne Krippen- oder Kindergartenplatz ausreichend auf die Schule vorzubereiten. Cito-Sprachauffälligkeiten von fast 70 Prozent in den ersten Klassen der Grundschulen in Gröpelingen sprechen da eine deutliche Sprache. Das ist das Gegenteil von sozial, und einer doch angeblich so sozial agierenden Regierung ehrlicherweise echt unwürdig.

(Beifall CDU)

Gesteigert wird das Problem dadurch, dass sich der Mangel in den Schulen fortsetzt. In genau diesen Stadtteilen, die ich eben aufgeführt habe, wird auch der meiste Unterricht durch Seiteneinsteiger oder noch nicht voll ausgebildete Lehrkräfte erteilt. So hängen die Kinder aufgrund der fehlenden Infrastruktur an Krippen- und Kitaplätzen bereits massiv hinterher beim Schulstart und können diesen Rückstand fast nicht mehr aufholen. Der Hilferuf der Gröpelinger Kitas, das sogenannte Sieben-Punkte-Papier und die in den Jahren dann folgenden Hilferufe der Gröpelinger Grundschulen waren doch ehrlicherweise an Deutlichkeit nicht zu überbieten.

Allein, es sind daraus vonseiten der Regierung keinerlei Taten gefolgt,

(Abgeordnete Krümpfer [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

die das wirklich endgültig beendet hätten, liebe Kollegin. Wir haben immer noch unversorgte Kinder in Gröpelingen, und wir haben sie nicht nur in Gröpelingen, wir haben sie im gesamten Westen. Dass die Kinder aus Gröpelingen nicht ausweichen können und stattdessen – das muss ich Ihnen jetzt

einmal persönlich sagen, denn Sie waren ja auch eine derjenigen, die dagegen angekämpft hat –

(Abgeordnete Krümpfer [SPD]: Gegen was?)

mussten wir mit dem Beirat und den Oppositionsparteien noch darum kämpfen, dass ein etablierter Träger die dringend benötigten Krippen- und Kitaplätze in Oslebshausen überhaupt erst einmal bauen darf. Selbst, als dann in der Regierung zwei Regierungsfraktionen – jetzt schaue ich einmal nach links – ihre Bedenken endlich aufgaben, wurde die Genehmigung dann noch einmal über drei weitere Monate hinausgezögert, weil man einfach schlicht vergessen hatte, das dem Jugendhilfeausschuss in seiner Feriensitzung vorzulegen.

(Abgeordnete Krümpfer [SPD]: Das ist doch nicht unsere Schuld!)

Dann sage ich Ihnen ganz ehrlich: So kann kein gelingender Ausbau funktionieren. Wenn wir dringend benötigte Krippen- und Kitaplätze in Bremen brauchen, insbesondere in den sozial benachteiligten Stadtteilen, dann darf man sie nicht aufhalten, und dann darf man, wenn man sich entschieden hat, es zu tun, es nicht noch einmal wieder verzögern, indem man es den entsprechenden Gremien einfach nicht vorlegt.

Es braucht genügend Zeit und Personal, um den Ausbau zu stemmen, und das in allen Bereichen, von der Abteilung drei bei der Senatorin für Kinder und Bildung bis hin zu Immobilien Bremen, der Feuerwehr, dem Bauamt und den vielen anderen Institutionen, die das alles mit begleiten müssen. Anträge, die wir hierzu gestellt haben, wurden immer wieder abgelehnt vonseiten der Regierung, zuletzt unser Antrag mit der Drucksachen-Nummer [20/104_S](#), den wir am 17. Dezember 2019 hierzu eingebracht haben. Mehr Personal gab und gibt es nicht, das wollen Sie nämlich nicht. Dabei bräuchten wir es dringend.

Der Fachkräftemangel ist eklatant und wird mit allen bisher beschlossenen Maßnahmen nach meiner Einschätzung immer noch nicht behoben sein. In diesem Zusammenhang finde ich es fast schon grotesk, wie lange es brauchte, bis endlich die Fachschüler an der Fachschule für Sozialpädagogik eine Bildungsprämie von 300 Euro pro Monat erhalten sollen. Das ist ja jetzt ab dem 1. August 2020 der Fall, obwohl wir als CDU-Fraktion das schon länger gefordert haben.

(Zuruf Abgeordnete Krümpfer [SPD])

Wenn man aber feststellt, dass für diese Maßnahme nur 150 000 Euro im Haushalt veranschlagt worden sind, stellt sich diese Frage noch mehr. Allein der gefühlte zehnte Umbau des Sterns mit den sich daran anschließenden Kennzeichnungen der anliegenden Straßen als Fahrradstraßen hat doch ein Vielfaches dieser 150 000 Euro gekostet. Ich sage es noch einmal: Wir brauchen eine nachholende Entwicklung, wir brauchen ausreichend Kita- und Krippenplätze in den sogenannten Armutsquartieren.

Abschließend möchte ich noch festhalten, dass wir es als CDU-Fraktion schon wirklich grotesk fanden, dass wir im Unterausschuss für frühkindliche Bildung am 30. September 2020 mitgeteilt bekamen, dass die stadtweite Versorgungsquote im Durchschnitt 50 Prozent betrage, während uns gleichzeitig das Statistische Bundesamt am gleichen Tag 29 Prozent bescheinigt hat, bundesweit das Schlusslicht, eine Differenz von 21 Prozent, die man sich hier schön hingerechnet hat und von der ich erwarte, dass wir in Zukunft die tatsächlichen Zahlen darstellen.

An Bremerhaven liegt es übrigens nicht, da beträgt die Versorgungsquote 27,9 Prozent, und Bremerhaven rechnet an der Stelle auch deutlich seriöser als wir. Die gehen nämlich tatsächlich mit dem Thema so um, wie es die Bundesebene tut. Insofern sage ich Ihnen ganz deutlich: Manchmal sagt man ja, von nichts kommt nichts. Ich kann Ihnen an dieser Stelle eines attestieren: Wenn man sich die Armutsgefährdungsquote nach Bundesländern ansieht und das im Zeitverlauf zwischen den Jahren 2005 und 2019, dann gibt es eine ganz deutliche Handschrift.

In den Jahren 2005 bis 2007, die sich ja immer noch unter CDU- und SPD-Regierung damals widerspiegeln, sind wir jedes Jahr besser in der Armutsgefährdungsquote geworden. Zuletzt waren wir bei 19,1 Prozent. In den nachfolgenden Jahren der rot-grünen Regierung bis hin jetzt zur rot-rot-grünen Regierung haben Sie es geschafft, diesen guten Wert zu sprengen, und zwar nicht im positiven Sinne, was wir uns alle hier gewünscht hätten, sondern im negativen Sinne. Sie haben es geschafft, die Armutsgefährdungsquote auf nunmehr 24,9 Prozent hochzuschrauben. Dafür können Sie sich bejubeln, wir tun das nicht. Wir finden das nämlich ehrlicherweise für die Bremerinnen und Bremer absolut beschämend und erwarten, dass hier nachgebessert wird. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Krümpfer.

Abgeordnete Krümpfer (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss schon sagen, Frau Ahrens, Sie holen da wieder die Keule heraus und meinen, jetzt alle Argumente, die dazu passen könnten, hier mit auf den Tisch zu legen. Das finde ich nicht redlich.

(Beifall SPD – Lachen CDU)

Die Aktuelle Stunde ist von der FDP eingebracht, bei der es um die Versorgungsquoten der unter Dreijährigen geht und nichts anderem. Ja, es ist das gute Recht der FDP, hier die Aktuelle Stunde einzubringen. Ich kann Ihnen aber jetzt schon sagen: Wir brauchen hier keine Nachhilfe von Frau Ahrens und auch nicht von Frau Bergmann.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Zuruf Abgeordnete Ahrens [CDU])

Ich höre sehr genau zu, und ich lebe auch in dieser Stadt, und ich bekomme auch genau mit, was wo und wie passiert. Wir alle hier möchten, dass alle Kinder einen Kitaplatz bekommen, nicht nur die unter Dreijährigen, nicht nur die im kommenden Jahr Schulpflichtigen, nicht nur die Alleinerziehenden, nein, wir wollen für alle einen Platz.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Zuruf Abgeordnete Ahrens [CDU])

Sie glauben aber wirklich, Frau Bergmann, dass es schneller, weiter und höher geht, wenn Sie alle paar Monate hier eine Aktuelle Stunde zum Thema Kitaplätze auf die Tagesordnung bringen? Sie wissen doch selbst, dass zurzeit in der Abteilung drei alles getan wird, um den Platzausbau voranzutreiben und um Interessierte in die fachliche Qualifizierung zu bringen. Denn ohne Personal nützt uns auch kein fertiger Kitabau. Ich bin mir sicher, dass Sie es wissen. Sie wollen es nur nicht wahrhaben. Sie wollen hier lieber skandalisieren und Sie, Frau Ahrens, genauso.

Nur das hilft nicht. Deshalb wird auch nicht ein Baustein auf den anderen schneller gesetzt. Falls es Ihnen entgangen ist: Auch die Bauwirtschaft baut und baut, zwar nicht nur Kitas, sondern auch Häuser und Wohnungen, ganze Quartiere, Schulen, Sporthallen, Büroräume, Straßenerneuerungen und so weiter. Wie es mit den Flächen in Bremen aussieht, haben wir eben in der Debatte zuvor

schon gehört. Auch die sind nicht endlos vorhanden. Wenn Sie aber meinen, dass Sie die Weisheit haben, mit der alles schneller geht, dann verraten Sie uns doch Ihr Geheimnis!

Sie prangern an, dass Bremen eine Betreuungsquote von 29 Prozent der unter Dreijährigen aufweist in dem Wissen, dass es eine Landeserhebung ist und wir hier aber kommunal das debattieren. Die Stadt Bremerhaven zeigt leider – nicht so, wie Sie es sagen, Frau Ahrens – eine noch geringere Quote auf als die Stadt Bremen.

(Abgeordnete Ahrens [CDU]: 27,9 Prozent! Ich habe eine aktuelle Vorlage dabei, Frau Kollegin!)

Sie sind jetzt nicht an der Reihe. Jetzt bin ich an der Reihe. Kommen wir jetzt einmal zu den Fakten:

(Zuruf Abgeordnete Ahrens [CDU])

Zunächst muss man wissen, dass die Erhebung der StaLA-Daten des Bundes – –. Frau Präsidentin, können Sie bitte Frau Ahrens darum bitten, ruhig zu sein,

(Lachen CDU)

solange ich hier jetzt rede oder zumindest die Bemerkung – –.

Vizepräsidentin Dogan: Frau Krümpfer und liebe Frau Ahrens! Obwohl es jetzt schon Nachmittag ist, bitte ich alle, ein bisschen Ruhe zu bewahren und der Rednerin auch zuzuhören, aber Zwischenrufe sind auch im Parlament erlaubt; also ganz ruhig an alle bitte! Sie können jetzt der Rede weiter folgen, und ich bitte um Konzentration, denn das ist wirklich ein wichtiges Thema für alle hier!

Abgeordnete Krümpfer (SPD): Ich habe auch nichts gegen Zwischenrufe. Ich habe nur etwas dagegen, wenn ständig die ganze Zeit geredet wird.

(Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja fast schon ein Dialog! – Abgeordnete Neumeyer [CDU]: Das liegt an dem, was gesagt wird!)

Also zunächst wissen wir, dass die Erhebungen der StaLA-Daten und des Bundes zu einem Zeitpunkt erfolgen, zu dem das Kitajahr schon über die Hälfte vorbei ist, nämlich am 1. März. In Bremen werden die Daten in den Kitas und in der Kindertagespflege dreimal in einem Jahr abgefragt, und zwar

das erste Mal mit dem Statusbericht eins im Februar, bei dem die Wünsche der Eltern in der Anmeldung dokumentiert werden, zum zweiten Mal, wenn die Plätze angenommen worden sind und zum dritten Mal, wenn die Plätze angenommen sind im Oktober.

Nach meiner Kenntnis weisen die Verwaltungen von Bremen und Bremerhaven andere Zahlen aus. Danach hat Bremen eine Versorgungsquote von 47 Prozent am 1. März und Bremerhaven von 27. Dies bedeutet landesweit eine Versorgungsquote von 43 Prozent. Auch hiermit stellen wir insgesamt fest, dass wir weder genügend Plätze für alle angemeldeten Kinder unter drei noch für alle angemeldeten Kinder über drei zur Verfügung stellen. Das ist natürlich Fakt, weiterhin.

Nun mache ich es einmal praktisch. Alle Kinder, die im Zeitraum vom 1. August eines Jahres bis zum 1. März des darauffolgenden Jahres zwei Jahre alt sind und in diesem Zeitfenster drei Jahre alt werden, sind quasi mit Beginn des Kitajahres am 1. August unter drei Jahre alt. Es sind also alle Kinder, die im dritten und vierten Quartal drei Jahre alt werden und im Januar und Februar drei Jahre alt werden. Bei all diesen Statistiken geht es nicht darum, wie viele Kinder in welcher Angebotsform sind, wie viele Kinder in einem Krippenangebot sind, wie viele Kinder in einer alterserweiterten Gruppe sind – also der Eineinhalb- bis Sechsjährigen –, oder in einer Elementarjahrguppe als drittes oder viertes Kind betreut werden.

(Abgeordnete Ahrens [CDU]: Wie bitte?)

Die Daten werden ausschließlich anhand des Geburtsdatums ermittelt. Damit ergibt sich automatisch eine Differenz zu den Aussagen der Verwaltung sowie dem realen Leben und der Statistik des Landes und des Bundes. Dies ist nicht neu, und wir beschäftigen uns mit dieser Datenlage auch schon seit mehreren Jahrzehnten.

(Abgeordnete Ahrens [CDU]: Das hatten wir schon!)

Das hatten wir auch schon früher in der Deputation für Soziales, dass die Daten im März andere waren als sie es logischerweise im August vorher waren, als das Kitajahr begann. Geht man von einer Gesamtzahl pro Jahrgang von ungefähr 5 800 Kindern aus, dann bedeutet das, dass sich in diesem Zeitfenster 1 700 Kinder befinden, die quasi in dem Zeitraum von zwei bis drei werden.

(Zuruf Abgeordnete Ahrens [CDU])

Also bereits auch Kinder, die sich auch noch in den Krippen befinden, sind drei Jahre alt, denn sie verlassen ja nicht die Gruppe im Februar, wenn sie drei werden, und machen einen Platz frei für ein Einjähriges. Wir haben es leider so – und das auch nicht nur hier in Bremen, sondern auch im größten Teil der Republik –, dass immer zum Schuljahresbeginn, Kitajahrbeginn die meisten Kinder hinausgehen, weil sie dann in die Schule kommen, oder in der Regel ein Drittel der Kinder hinausgehen der Drei- bis Sechsjährigen, und dann ein Drittel wieder aufgefüllt werden kann und dann auch wieder ein Drittel jener in den anderen Gruppen aufgefüllt wird.

Das heißt also, es ist eigentlich klar, das im März Dreijährige aus Krippen und alterserweiterten Gruppen gerechnet werden, die aber als Zweijährige angefangen haben. Das Bundesamt weist aber auch immer darauf hin, dass gerade in diesem Jahr die Daten wegen der Pandemie nicht alle ausreichend gemeldet wurden. Es gibt sicherlich auch Differenzen zwischen den Daten, die die Verwaltung pflegt und den, die die Träger pflegen. Die Verwaltung überprüft auch nicht die Daten, die von den Trägern an das Statistische Landesamt gemeldet werden und somit an das Bundesamt. Die werden automatisch gezogen von den Trägern.

Früher hat man das händisch gemacht, da hat man für jedes Kind so einen Bogen ausgefüllt – daran kann ich mich noch sehr gut erinnern –, heute wird das automatisch über das KI ON-Programm gezogen. Was man natürlich zugestehen muss, ist, dass diese Datenerhebung des Statistischen Bundesamtes natürlich für alle Länder gleichermaßen gilt und dass somit auch alle Daten eigentlich nicht aktuell sind.

Eine Erhebung des Landes und des Bundes zum Kitajahrbeginn würde andere Quoten erzielen. Wir wissen, dass wir noch besser werden müssen, und daran wird ja auch kräftig gearbeitet, das habe ich eingangs schon gesagt. Regelmäßig entstehen neue Plätze für Kinder unter drei Jahren und über drei Jahren. Wir hatten gerade in der letzten Woche im Unterausschuss Frühkindliche Bildung die aktuellen Zahlen zur Versorgungsquote mit den Ausbauquoten für die Stadt Bremen vorgelegt bekommen und dies sogar differenziert nach den Stadtteilen.

Und nach dieser Erhebung ist es nicht – –. Die bisher bekannten beschlossenen Ausbauprojekte beinhalten – –. In diese Prognose waren die Projekte, die bereits genehmigt worden sind, die bereits im Bau sind und die quasi schon beplant sind, eingearbeitet, und da liegen wir in der Prognose für die Versorgungsquote 2024/2025 bei den unter Dreijährigen dann bei einem Schnitt von 55 Prozent Versorgungsquote und für die über Dreijährigen bei 99 Prozent. Wie viele Kinder tatsächlich in den Jahren 2021 und 2022 geboren werden, wissen wir noch nicht. Doch gerade Sie, Frau Bergmann, bekommen doch auch mit, wie schnell sich diese Zahlen ständig verändern, also können wir nur sagen: Malen Sie nicht immer gleich den Teufel an die Wand, sondern arbeiten Sie konstruktiv mit uns zusammen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Leonidakis.

Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir einen ersten Satz in mein Manuskript geschrieben, der hieß: Ich kann verstehen, dass die FDP diese Aktuelle Stunde angemeldet hat. Ich habe ihn, nachdem ich irgendetwas von Seife gehört habe, von Claqueuren, von religiöser Diskriminierung, gerade auch vor dem Hintergrund der Fragestunde heute Morgen, diesen Satz kurz bereut.

(Beifall DIE LINKE)

Ich sage Ihnen jetzt trotzdem einfach aus so einer demokratietheoretischen Verständlichkeit heraus: Ich verstehe das. Das ist die Aufgabe der Opposition. Das ist völlig legitim. Sie haben jedes Recht der Welt, das, so oft Sie wollen, hier wieder zu thematisieren. Zum Glück richten wir unsere Politik nicht nach irgendwelchen Seifen oder nach irgendwelchen anderen Ausführungen, sondern wir orientieren uns an den Tatsachen in dieser Stadt, und darauf möchte ich jetzt auch eingehen.

Sie benennen ja zu Recht in dem Antrag auf die Aktuelle Stunde, dass mit Stand vom 26. August 550 unversorgte Krippenkinder in der Stadtgemeinde Bremen festgestellt wurden. Dazu kommen 667 drei- bis sechsjährige angemeldete Kinder, die keinen Kitaplatz bekommen haben. Das ist ein Zustand, das habe ich hier, glaube ich, auch schon öfter gesagt, der uns allen extreme Bauchschmerzen bereitet. Allerdings zeigt auch die fortlaufende Ent-

wicklung, wir haben einen Bericht zu den unversorgten Kindern vom 3. August, da waren es noch 743 Krippenkinder. Wie gesagt, zwei Wochen später waren es 550 unversorgte Krippenkinder, also allein innerhalb von zwei Wochen ist die Zahl der unversorgten Krippenkinder um etwa 200 gesunken.

Das zeigt, dass diese Zahlen sehr dynamisch sind, dass sie sich extrem schnell verändern, je nachdem, wie Kinder vermittelt werden konnten, wie Krippenplätze an den Start gegangen sind und so weiter und so fort. Das sind also immer tagesaktuelle Zahlen, die sich heute wahrscheinlich schon wieder geändert haben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das Wichtige ist doch aber auch nicht, ob es 500 oder 550 oder 600 Kinder sind, denn das Wichtige ist, dass jedes einzelne unversorgte Kind uns nicht zufriedenstellen kann, uns Bauchschmerzen bereitet und jedes einzelne ist auch eines zu viel, denn natürlich nehmen wir die Rechtsansprüche, die diese Kinder und ihre Eltern haben, ernst, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Man muss ja auch sehen, dass hinter jeder Zahl auch Schicksale stecken. Da stecken die Kinder dahinter, jedes einzelne Kind, das nicht gefördert werden kann. Da stecken Mütter und manchmal auch Väter dahinter, die den Wiedereinstieg in die Berufstätigkeit aufschieben oder möglicherweise erst einmal aufgeben müssen. Für sie alle bedeutet die Absage bei der Kitaplatzanmeldung einen massiven Einschnitt in ihre eigenen Zukunftschancen und in die eigene Lebensplanung.

Das ist eine Tatsache, sehr geehrte Kolleginnen von FDP und CDU, dass sieben Jahre nach der Einführung des Rechtsanspruchs das natürlich absolut unbefriedigend ist. Das hat hier auch, glaube ich, niemand schöngeredet. Damit können wir alle nicht zufrieden sein, das beunruhigt uns und das muss uns beunruhigen. Wie Sie ja zu Recht in Ihrem Antrag auf die Aktuelle Stunde geschrieben haben, zieht dieser Platzmangel viele negative Konsequenzen nach sich. Wir haben die Kinder, die keine frühkindliche Bildung genießen können und damit auch negative Folgen für die Bildungsgerechtigkeit, für die soziale Teilhabe, für die sprachliche und kognitive Entwicklung.

Kollegin Ahrens, da muss ich wirklich ein bisschen meine Irritation äußern. Wenn Sie hier sagen, dass wir Armut bejubeln, dann frage ich mich wirklich, ob wir eigentlich im gleichen Raum sitzen, oder ob

Sie eigentlich zugehört haben, wenn wir hier geredet haben über Armut, über Bildungsgerechtigkeit,

(Abgeordnete Ahrens [CDU]: Ich habe nicht gesagt: Armut bejubeln!)

über das, was uns wichtig ist, über aufholende Entwicklung, darüber, dass wir kein Kind zurücklassen können. Dann frage ich mich wirklich: Nehmen wir eigentlich an den gleichen Debatten teil oder nicht? Liebe Kollegin, ich finde das in hochgradigem Maße irritierend, dass Sie davon reden, dass hier jemand Armut bejubeln würde. Genau das Gegenteil ist der Fall. Es bereitet uns riesige Kopfschmerzen, und das haben wir hier an dieser Stelle mit mehreren Personen von der Senatorin bis zu den Abgeordneten, glaube ich, oft genug gesagt, und das sagen wir auch in den Stadtteilen, in die wir gehen, das sagen wir den Erzieherinnen, und das sagen wir auch den Familien, liebe Kollegin.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Dass das Ganze – die Unterversorgung – negative Auswirkungen auf die Eltern hat, muss ich Sie, glaube ich, nicht katholisch reden oder muss ich Sie nicht davon überzeugen. Das hat negative Auswirkungen auf die Berufschancen, auf die berufliche Weiterentwicklung, auf das Einkommen, auf die soziale Teilhabe wieder, und es hat auch negative Auswirkungen auf die Geschlechtergerechtigkeit, denn leider sind das immer noch allzu häufig die Mütter, die zu Hause bleiben.

Wir haben also ein echtes Problem in Bremen mit den fehlenden Kitaplätzen und das ist, wie gesagt, ein legitimes Mittel der Opposition, das zu benennen. Wir haben das ja, als wir vor nicht allzu langer Zeit in der Opposition waren, als LINKE auch gemacht, und ich kann das deswegen, wie gesagt, grundsätzlich auf einer demokratietheoretischen Ebene gut verstehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann aber auch nicht so tun, und das haben wir, glaube ich, als Opposition damals auch nicht gemacht, als könnte man über Nacht den Zauberstab herausholen und dann alle Kinder versorgen. So einfach ist es nicht.

Das, was Sie in Ihrem Antrag geschrieben haben, das ist jetzt in der Rede irgendwie nicht so richtig zur Sprache gekommen, aber das Zaubermittel Kitagutschein, das ist keines, das für mehr Gerechtigkeit sorgt, das haben wir aus den Erfahrungen aus Hamburg oft genug gesehen. Das zeigen die Zahlen, dass sich die Versorgungsschere zwischen

den reichen und armen Stadtteilen nicht geschlossen hat, sondern gleichmäßig gestiegen ist. Die Schere wurde nicht geschlossen und auch die qualitativen Angebote sind sehr unterschiedlich in den Hamburger Stadtteilen. Die Kitas in den wohlhabenden Stadtteilen können kostenpflichtig ein Kinderyoga anbieten, weil sich die Eltern das dort leisten können, in den anderen Kitas ist das nicht der Fall.

Solche qualitativen Unterschiede wollen wir nicht. Wir wollen eine aufholende Entwicklung, die eine Bildungsgerechtigkeit auch in der frühkindlichen Bildung herstellt, die gerade die Unterversorgung auch in den benachteiligten Stadtteilen löst, denn sie ist ja ein Zustand, der uns nicht zufriedenstellt und den wir angehen wollen und den wir angehen, aktiv. Insofern ist die Zauberformel Kitagutschein aus unserer Sicht das Gegenteil einer Lösung.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Hinzu kommen Berichte. Der Kollege Güldner wurde zitiert, der eine Anhörung in der letzten Legislaturperiode veranstaltet hat, in der die Personalratsvertretenden aus den Hamburger Kitas dargelegt haben, wie sich die Arbeitsbedingungen verschlechtert haben. Ich glaube, gerade angesichts von Fachkräftemangel sind Kettenbefristungen, die Entlassungen über die Sommerferien, Verschlechterung von Arbeitsbedingungen auch hier genau das Gegenteil einer Lösung. Was wir brauchen, ist eine Aufwertung, sind bessere Arbeitsbedingungen und bessere Ausbildungsbedingungen für diesen hoch anspruchsvollen Erzieherinnen- und Erzieherberuf. Ich glaube, auch hier ist das so gepriesene Gutscheinmodell das Gegenteil einer Lösung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Um Lösungen zu finden, braucht es eine Ursachenanalyse, und zu der gehört die Feststellung, dass der Krippenausbau lange nicht mit der nötigen Vehemenz in Bremen vorangetrieben wurde. 2005 kam ja das Tagesbetreuungsausbaugesetz, und der damalige Senat investierte nicht bedarfsgerecht in neue Räume und Köpfe, sondern setzte eher auf rechnerische Lösungen, es wurde schon genannt. Die Schaffung von etwa 1 600 rechnerischen U3-Plätzen wurde vollzogen durch die Aufnahme der Dritt- und Viertquartalskinder in die Elementargruppen. Das war natürlich nur eine rechnerische U3-Versorgung und nicht die Schaffung von zusätzlichen Räumen und die Ausbildung von zusätzlichen Fachkräften.

Diese rechnerische Platzschaffung, die fällt uns heute auf die Füße, denn es mangelt ja auch – das wurde jetzt nicht von der FDP in der Aktuelle Stunde benannt – an Plätzen für Drei- bis Sechsjährige, und zwar erheblich. Da baden wir tatsächlich die Fehler aus der Vergangenheit beziehungsweise die Kinder und Eltern, die keinen Kitaplatz bekommen haben. Das haben wir als LINKE immer kritisiert und bei dieser Analyse, ich glaube, da muss man sich auch nicht gegenseitig irgendetwas vorrechnen, das ist eine Tatsache, und bei dieser Analyse bleiben wir auch.

Die Welt dreht sich aber weiter, und man muss auch anerkennen, dass es halt nicht mehr so ist wie damals. Schon vor einigen Jahren, spätestens bei der großen Unterversorgung von 1 700 Kindern im Jahr 2017 ist doch bei der letzten Person in Bremen angekommen, dass der Kitaausbau in Bremen an oberster Stelle stehen muss, und da brauchen wir keine Bekenntnisse, da brauchen wir keine Belehrungen. Das ist doch wirklich angekommen. Die Annahme einer bedarfsgerechten U3-Versorgung von 35 Prozent ist längst überholt. Man rechnet schon lange mit einer 50-prozentigen Zielquote in jedem Stadtteil und als Koalition haben wir uns 60 Prozent zum Ziel gesetzt. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist äußerst ambitioniert, und das ist überhaupt kein Selbstläufer. Da setzen wir uns wirklich ambitionierte Ziele, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Seit 2016 wurden in Bremen 30 neue Kindergärten gebaut, und allein im letzten Jahr wurden 850 neue Plätze geschaffen. Im jetzt laufenden Kitajahr gibt es elf neue Kitas mit über 409 Kitaplätzen allein für die unter dreijährigen Kinder, und die Planung sieht vor, bis 2024 – die jetzt feststehende Planung – 1 100 neue Plätze zu schaffen.

(Präsident Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Viele davon kommen schon im Jahr 2020. Mit diesen konkreten Ausbauprojekten sind für die U3-Kinder 883 Plätze hinterlegt, sodass die Betreuungsquote nach der derzeitigen Planung bis 2025 auf 55 Prozent steigen wird, das wurde bereits gesagt. Liebe Kollegin Bergmann, Sie haben hier die These in den Raum gestellt, dass Bremen die Versorgungsquote schönrechnet. Ich habe mich extra noch einmal erkundigt. Sie kennen die Unterlagen, Sie sind im Unterausschuss frühkindliche Bildung, Sie haben die Stadtteilblätter hoffentlich angesehen. Sie haben vielleicht auch die Möglichkeit genutzt, noch einmal nachzufragen.

Ich habe es jedenfalls getan, und mir wurde bestätigt, dass für die Daten die Versorgungsdaten von 50 Prozent Versorgungsquote für die unter dreijährigen Kinder stadtteilscharf, also kleinräumig unter Bezugnahme auf die Einwohnermeldedaten des Statistischen Landesamtes Bremen von null bis drei Jahren herangezogen werden. Insofern kann ich nicht verstehen, wie Sie zu dieser Aussage kommen. Vielleicht können Sie mir das ja noch einmal darlegen. Als ich noch in der Position war, oder Kollegin Ahrens hätte Ihnen das vielleicht auch sagen können, ich habe eigentlich nie die Daten des statistischen Bundesamtes genommen, weil die Vergleichsgröße eigentlich nicht vorhanden ist, denn es ist ein anderer Zeitpunkt, die Kollegin Krümpfer hat das gesagt.

Die werden am 1. März erhoben. Es ist ein anderer Zeitpunkt, es ist eine andere Bezugsgröße, es ist eine andere statistische Erstellung, die ich bis heute nicht wirklich durchdrungen habe. Was ich verstehe, sind die Daten des Statistischen Landesamtes, die Zahlen der Krippenplätze und die Berechnung der Quote. Das habe ich nachvollzogen, und die Daten sind die, die valide sind und die Sie auch nachvollziehen können, weil Sie Ihnen stadtteilgenau Einrichtung für Einrichtung vorgelegt wurden. Insofern halte ich das hier alles für einen ziemlichen Sturm im Wasserglas, den Sie hier veranstalten mit den Versorgungsdaten und mit der angeblichen statistischen Verzerrung.

Ich habe das relativ gut verstanden. Ich weiß nicht, ob das bei Ihnen auch der Fall ist. Ich fand die Stadtteilblätter, die genannt und vorgelegt wurden, sehr gut nachvollziehbar, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir müssen uns ja bei der Frage der Kitaversorgung alle nicht katholisch reden. Ich habe gesagt, die Unterversorgung bereitet uns Bauchschmerzen, die Armutsquoten bereiten uns Bauchschmerzen. Wir finden uns damit nicht ab, im Gegenteil. Wir müssen doch aber auch sagen, und auch das gehört zu einer vollständigen und ehrlichen Aufarbeitung dazu: Wir hechten einigen Entwicklungen hinterher. Die Anmeldungen steigen, und das ist doch auch gut so. Das heißt aber nicht, dass wir parallel gleichzeitig mit jeder zusätzlichen Anmeldung, die eingeht, auch die Einrichtung am Start haben. Das muss man doch auch einmal sehen.

Im Vergleich zum letzten Anmeldejahr sind die Anmeldungen für die unter dreijährigen Kinder um

101 Kinder gestiegen, 101 zusätzliche Mehranmeldungen für unter dreijährige Kinder. Wir freuen uns darüber. Wir freuen uns darüber, dass die Eltern ihre unter dreijährigen Kinder in die Krippen schicken wollen. Eine Krippe ist aber nicht innerhalb von einem Jahr erstellt, und bei den über dreijährigen Kindern sind es sogar 701 zusätzliche Anmeldungen mehr als im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe bis heute auch in dieser Debatte nicht die Zauberformel gehört, wie Sie dieser positiven Entwicklung eine Antwort darauf bieten wollen. Ich habe sie nicht gehört.

(Zuruf Abgeordnete Ahrens [CDU])

Da kann man natürlich jetzt mit Daten des Statistischen Bundesamtes kommen, konkrete Antworten höre ich bis heute nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Auch das muss man jetzt der Vollständigkeit halber sagen: Auch wir befinden uns in Konkurrenz mit anderen Kommunen um die Fachkräfte und übrigens auch mit anderen Beschäftigungsbereichen. Es ist ja nicht so, dass nur in den Kitas Erzieherinnen und Erzieher arbeiten. Wir befinden uns in Konkurrenz in dem Ringen um Fachkräfte und da können Sie uns, glaube ich, keine Tatenlosigkeit vorwerfen. Wir haben die Bildungsprämie mit 300 Euro für die Auszubildenden ab dem ersten Weiterbildungsjahr eingeführt, in der Hoffnung, dass dadurch die Ausbildung attraktiver wird und sich mehr junge Menschen für den Erzieherinnen- und Erzieherberuf begeistern können.

Ich finde, dafür gibt es sehr viele Gründe, sich dafür zu begeistern. Das ist ein sehr schöner Beruf, der eine große Verantwortung mit sich bringt. Das heißt aber auch, dass wir den Beruf selbst noch attraktiver machen müssen. Es gibt die Praxisintegrierte Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher, PiA, mit 50 Plätzen, und wir haben auch jetzt im Haushalt im Juli beschlossen, die Personalausstattung gerade in den benachteiligten, in den Indexlagen zu verbessern durch Haushaltsmittel. Auch das ist nur ein Anfang oder kann nur ein Anfang sein. Da wollen wir natürlich weiter investieren, denn jeder investierte Euro in die Kinder, in unsere Zukunft, in gute Arbeitsplätze, in gute Arbeitsbedingungen, in die Erziehung, in die frühkindliche Bildung ist ein Euro, der es wert ist, und deswegen

werden wir da auch weiter investieren und weiter tätig werden.

Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann uns nicht vorwerfen, dass wir die Hände in den Schoß legen oder die Augen verschließen vor den Problemen in der Stadt. Aber wie gesagt, bitte kritisieren Sie, legen Sie den Finger in die Wunde, tun Sie das bitte, ich bitte sogar darum, aber tun Sie es mit realistischen Ansätzen, tun Sie es mit Lösungen, die Lösungen sind und nicht mit Scheindebatten wie heute. – Danke!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Eschen.

Abgeordnete Dr. Eschen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es gibt zu wenig Kitaplätze. Darüber müssen wir gar nicht einen Streit beginnen. Das ist völlig klar, das ist völlig offensichtlich, und das zu ändern ist eine der großen Aufgaben unserer Koalition.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Ich will jetzt hier gar nicht noch einmal auf die Zahlen im Einzelnen eingehen, ich glaube, das ist hier hinreichend passiert. Ich möchte mich jetzt nicht mit statistischen Diskrepanzen beschäftigen und das Ganze wiederholen, denn letztendlich ist es ja so: Egal, ob es jetzt in die eine Richtung des Statistischen Landesamtes geht oder in die andere Richtung, die Zahlen ein bisschen höher oder niedriger sind. Es ändert nichts daran, dass wir als Koalition die Aufgabe haben, diese Lücke zu schließen, und das müssen wir tun.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Die rot-grün-rote Koalition hat deshalb einen Schwerpunkt auch in diesem Bereich gelegt. Wir haben viele Haushaltsmittel in den Bereich Kindertagesbetreuung gesteckt. Das Problem ist erkannt, und die finanzpolitischen Weichen sind gestellt. Natürlich ist es Recht und Aufgabe der Opposition, immer wieder auch darauf hinzuweisen, dass das Ziel noch nicht erreicht ist. Mich selbst bewegt dieses Thema immer sehr. Diejenigen, die mich kennen, wissen, dass ich eine vehemente Vertreterin der Betreuung von unter Dreijährigen bin. Wir brauchen eine auskömmliche Betreuung für die Kinder und für die Eltern.

Die Zusammenhänge von Kinderbetreuung mit Sprachentwicklung, mit Frauenerwerbsquote, die Zusammenhänge mit der Schulentwicklung, all das wurde teilweise auch schon angesprochen, das ist hier im Hause nichts Neues. Ich selbst weiß auch genau, wie es sich anfühlt, einen Brief zu erhalten, in dem steht: Die Stadt Bremen kann Ihnen in diesem Jahr leider keinen Kitaplatz anbieten. Diese Briefe müssen für alle Eltern schnellstmöglich der Vergangenheit angehören, das ist eine der großen Motivationen unserer Koalition im Bereich Kinderpolitik.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Nach jetzt ungefähr einem Jahr in der Regierungskoalition als neue Abgeordnete kann ich Ihnen sagen, auch, wenn ich wünschte, dass es an der einen oder anderen Stelle schneller ginge: Hier ist niemand dabei, der nicht mit Hochdruck an diesem Thema arbeitet. An diversen Stellen, auch in diesem Haus, haben wir bereits wiederholt, was beim Kitaausbau alles passiert ist, denn bei allem, was noch fehlt, darf trotzdem nicht vergessen werden, was schon geleistet wurde, auch, wenn Ihnen das nicht gefällt, Frau Bergmann, dass wir das hier erwähnen.

Der Platzausbau schreitet stetig voran. Immobilien Bremen und die GEWOBA bauen Räumlichkeiten, mit aller Kraft. Der Fachkräftemangel, der deutschlandweit ein Problem ist, wird mit verschiedensten Stellschrauben angegangen. Da ist zum Beispiel PiA, also die Praxisintegrierte Erzieher*innenausbildung oder der Quereinstieg in den Erzieher*innenberuf, die Bildungsprämie wurde bereits erwähnt. Das heißt, es wurden und es werden tagtäglich diverse Anstrengungen unternommen, um den absolut berechtigten und dringend benötigten Ausbau der Kindertagesbetreuung voranzutreiben.

Ich sage Ihnen auch, unsere Erwartungen als Abgeordnete an unseren eigenen Senat sind dabei hoch. Es muss geschafft werden, zügig immer weiter auszubauen. Die Qualität muss gewährleistet sein. Wir müssen Fachkräfte für die Kitas begeistern und nach ihrer Ausbildung dort auch halten. Ich möchte an dieser Stelle zum Beispiel auch noch einmal sagen, dass der Ausbau der Kindertagesbetreuung trotz der Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes, die für die nächsten Jahre bei der Kinderzahl nach unten zeigt, aber am Ende dann vielleicht doch höher ist als aktuell prognostiziert, stetig vorangetrieben werden muss.

Außerdem müssen wir uns die Ausbildung noch einmal genauer ansehen und auch darauf hinwirken, dass wir mehr Menschen für die Arbeit in Kitas begeistern können. Ich möchte hier ganz offen sagen, es wird viel Geld für viele wichtige Dinge in dieser Stadt ausgegeben. Was wichtig ist und was nicht, das ist dann manchmal auch Ansichtssache. Uns in der Koalition ist aber und mir auch ganz persönlich das Thema Kinderbetreuung eine Herzensangelegenheit und ausgesprochen wichtig. Für alle Kinder, deren Eltern einen Platz wünschen oder für die, für die aus sozialpädagogischen Gründen eine Betreuung notwendig erachtet wird, möchten wir einen Platz schaffen.

Ich möchte dabei auch lieber, dass wir irgendwann vielleicht einzelne Plätze im Überhang haben, als dass wir Kinder nicht versorgen können. Denn nur dann, wenn wir in diese Situation kommen, können wir irgendwann auch echte Wahlfreiheit für Eltern, was die Wahl von Betreuungseinrichtungen angeht, erreichen. Diese Ansprüche formuliere ich ganz klar und deutlich und freue mich, dass unsere Koalition auf dem Weg dahin an einem Strang zieht.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Wir können meinetwegen übrigens gern auch weiterhin in jeder Bürgerschaftssitzung einen Antrag oder eine Aktuelle Stunde der Opposition zu fehlenden Kitaplätzen debattieren. Das stört mich überhaupt nicht. Ich werde nicht müde darin, hier zu betonen, das Geschaffte hervorzuheben und die vor uns liegenden Aufgaben auch deutlich zu benennen. Man muss aber auch sagen: Liebe FDP, Kitaplätze entstehen, während wir hier jeden Monat über eine Stunde darüber debattieren, leider nicht von Zauberhand. Sie entstehen nur durch unermüdliche Arbeit, und davor scheuen wir nicht zurück. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Ahrens.

Abgeordnete Ahrens (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Leonidakis, ich habe nie gesagt, dass Sie Armut bejubeln würden. Sie haben mir nicht zugehört. Ich habe gesagt, dass Ihre Politik

(Zuruf Abgeordnete Leonidakis [DIE LINKE])

mit den meisten fehlenden Plätzen in den sogenannten Armutsquartieren die Armut vorantreibt, Ihr Regierungshandeln und auch das übrigen der LINKEN befeuert die Armutsgefährdungsquote.

(Beifall CDU)

2007 hatten wir 19,1 Prozent, 2018 unter Rot-Grün 22,7 Prozent, 2019 – vor Corona – mit Ihrem Linken Regierungshandeln sind wir auf 24,9 Prozent hochgegangen, meine Damen und Herren. Das heißt, Sie tun nichts gegen Armut, Sie alimentieren sie nur, und das ist unsozial.

(Beifall CDU – Zuruf Abgeordnete Leonidakis [DIE LINKE])

Vorausschauende Planung, liebe Kollegin, hilft Dreijährigen sehr wohl. Die 700 Kinder sind doch nicht auf einmal von einem Jahr auf das andere vom Baum gefallen. Die gibt es schon seit drei Jahren in dieser Stadt. Deswegen, wenn man vorausschauend plant, hätte man das auch schon entsprechend sehen und vorbereiten müssen. Da hat die Kollegin von der FDP, Frau Bergmann, recht, wenn sie sagt, wir tun da zu wenig. Wir brauchen zu lange in den Planungen, und dann haben wir ja heute zwei Beispiele genannt, bei denen Sie sogar aktiv noch dafür gesorgt haben, dass Dinge verzögert wurden. Das ist die Realität, meine Damen und Herren!

Dann stelle ich hier fest, dass Sie sagen, Sie tun jetzt so viel für die Indexlagen. Ja, das ist richtig, ein bisschen Geld ist zusätzlich in das System gekommen. Was sie aber vergessen haben an der Stelle zu erwähnen, ist, dass wir bei den Inklusionskindern eine strukturelle Unterfinanzierung von 6,3 Millionen Euro haben – jährlich. Es werden 943 Kinder auf ihren Plätzen finanziert, wir haben aber – Stand das letzte Mal – 1 800 Kinder mit anerkanntem Inklusionsbedarf gehabt. Der Rest wird aus den Indexlagen herausgeschnitten. Wenn Sie also jetzt wieder ein bisschen Geld in den Topf hineintun, haben Sie vorher die Tasche auf der anderen Seite leergemacht, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit!

(Beifall CDU)

Liebe Frau Krümpfer, seien Sie mir nicht böse. Gehen Sie einmal zu den Kollegen der Stadtverordnetenversammlung. Die haben am 30. September im Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen die Fortschreibung der Kindertagesstättenkonzeption er-

halten. Da finden Sie alle Zahlen, es sind 27,7 Prozent, Seite acht Nummer drei Punkt eins, und Seite zwölf ist es auch noch einmal erklärt. Dann wissen Sie vielleicht hinterher auch einmal Bescheid.

Abschließend, weil mich das wirklich ärgert, das muss ich hier an dieser Stelle ganz deutlich sagen, und da fand ich den Vortrag der Kollegin Frau Dr. Eschen wirklich wohltuend: Ich habe mir nicht umsonst die Mühe gemacht, hier einmal die Daten wirklich ein bisschen zu recherchieren. Ich finde es hanebüchen. Eine Regierung, die sich seit dem Jahr 2007 die Überwindung der sozialen Spaltung in jeden Koalitionsvertrag schreibt und das Gegenteil passiert, eine absolute Armutsbezeugung, oder wenn ich es einmal in Kopfnoten ausdrücken dürfte: Sie haben da eine reine sechs abgeliefert, meine Damen und Herren, was die Armutsgefährdung hier in Bremen angeht und was Ihre Erfolge in diesem Bereich, diese zu verringern, angeht.

Sie haben Sie nicht verringert, Sie haben sie erhöht von – ich wiederhole es noch einmal – von 19,1 Prozent auf 24,9 Prozent.

(Glocke)

Wie hat das Statistische Landesamt festgestellt – ich komme zum Schluss, letzter Satz – bundesweit die höchste Steigerung. Das ist Ihr Regierungshandeln. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Bergmann.

Abgeordnete Bergmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt noch einmal zum Sachverhalt. Wir haben diese Aktuelle Stunde nicht nur beantragt, weil Kitaplätze fehlen. Wir haben am Freitag das Statistische Landesamt gebeten, uns die Zahlen noch einmal vorzulegen. Die Stadtbremer Betreuungsquote beträgt 30 Prozent für Kinder zwischen null und drei Jahren. Die Zahlen der Deputation und des Ausschusses erreicht man nur, wenn man mit Kindern von eins bis drei rechnet. Das ist es: Es werden Äpfel mit Birnen verglichen. Das führt zu falschen Schlussfolgerungen, das führt zu falschen Statistiken im Bundesvergleich und so weiter.

In diesem Kontext bitten wir auch noch einmal um Aufklärung. Wenn Sie sagen, Sie haben ein ambitioniertes Ziel – 60 Prozent als Zielmarke im Koalitionsvertrag –, was ist damit gemeint? Null bis drei

oder eins bis drei? Das ist ein riesiger Unterschied. Liebe Frau Krümpfer, ich finde es sehr bezeichnend, zu sagen, wir brauchen keine Belehrungen, wenn wir Monat für Monat über dieses Thema sprechen und feststellen: Wir bekommen es nicht im Ansatz hin. Sie haben zu mir gesagt: Dann veraten Sie mir das Geheimnis. Ich habe Ihnen drei Dinge benannt, vielleicht lesen Sie das Protokoll noch einmal durch.

Eines davon war, externe Fachkräfte heranzuholen, deren täglich Brot und Kernexpertise es ist, Millionenprojekte zu stemmen, und zwar auch in Zeiten von Personalknappheit. Ich glaube nicht, dass diese Behörde das ohne Unterstützung schafft, und wir müssen in dem Punkt weiterkommen.

Noch einmal an die Kolleginnen Krümpfer und Ahrens: Ich finde es wichtig, dass wir uns in dem Thema nicht in den Zahlen verlieren. Es geht hier nicht um Zahlen. Es geht hier um Kinder. Es geht hier um Familien.

Sie haben auch, Frau Krümpfer, zu mir gesagt, Sie würden sich eine konstruktive Zusammenarbeit wünschen. Das war eine Aufforderung an uns als Opposition. Das tun wir, und zwar durch parlamentarische Initiativen. Das ist die Art, wie konstruktive Zusammenarbeit im Parlament stattfindet. Wie man dann damit umgeht, wie man das aufgreift, wie man kooperiert – das ist eine Frage, wie das aufgenommen wird. Das aber ist unser Beitrag zum kooperativen Umgang miteinander.

(Beifall FDP)

Liebe Frau Leonidakis, im Statusbericht zwei vom Februar 2018 – den Artikel habe ich mir noch einmal herausgesucht – heißt es, Zitat: „Wenn man die Botschaft einmal übersetzt, dann heißt das wohl, dass Bremen auch im nächsten Kitajahr nicht alle Rechtsansprüche erfüllen kann.“ Das haben Sie heute auch gesagt und nannten es unbefriedigend. Damals haben sie gesagt, Zitat: „Die Stadt bricht weiter Gesetze, bilanzierte damals Sofia Leonidakis, kinderpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.“

(Zuruf Abgeordnete Leonidakis [DIE LINKE])

Doch auch Sie sagen: Wir brauchen keine Belehrung. Ich verstehe es nicht. Vielleicht brauchen Sie keine Belehrung von mir. Ich versuche konstruktiv, wirklich das, was wir sehen, was eine Situation verändern kann, hier mit beizutragen. Doch dass man sich hier hinstellen und sagen kann, wir brauchen

keine Belehrungen, für uns ist das Gutscheinmodell keine Lösung, obwohl die Partnerstadt dadurch ihre Quote um die Hälfte verbessert hat, dann frage ich mich: Was ist denn das Ziel? Das Ziel ist doch letzten Endes, dass wir diese Plätze haben.

Wenn jemand mit einem Modell einen Erfolg hat, dann finde ich, sollte man dort noch einmal genau hinschauen und sich überlegen, ob das nicht auch für Bremen eine Lösung sein könnte, und das nicht vom Tisch wischen.

(Zuruf Abgeordnete Leonidakis [DIE LINKE])

Noch eine Frage, die mich auch interessieren würde: Ehrlich gesagt, ich habe es erst wirklich nicht verstanden. Nachdem Sie es zum zweiten Mal gesagt haben, habe ich jemanden gefragt: Was heißt „katholisch reden“?

(Heiterkeit DIE LINKE)

Ist „katholisch“ ein Synonym für verlogen oder wie?

(Zuruf Abgeordnete Krümpfer [SPD]: Das sagt man hier in Bremen so!)

Das finde ich einen unpassenden Ausdruck hier am Mikrofon, wenn ich das sagen darf. Ich bin nicht katholisch, aber trotzdem.

Liebe Frau Dr. Eschen, ich danke Ihnen, dass Sie mein Bild weiter vervollständigt haben dahingehend, dass die anderen politischen Partner mehr oder weniger eloquent – in Ihrem Fall mehr eloquent – in der Spur des Senats mitschwimmen. Es ist genau das, was ich am Anfang zitiert habe: Der Kitaplatzausbau schreitet voran, wir machen, was das Zeug hält, wir strengen uns an und so weiter. Es wird trotzdem – und damit habe ich begonnen – die Wende nicht bringen.

Ohne diese Dinge, die ich benannt habe, den beschleunigten, ich kann es jetzt nicht noch einmal alles im Detail sagen, aber diesen beschleunigten Ausbau auf jeden Fall –.

Das mit dem Personal müssen wir uns noch einmal ansehen. Ich glaube nicht, dass das reicht. Ich glaube es einfach nicht mehr aufgrund der Zahlen und der Realitäten, mit denen wir uns hier ständig konfrontiert fühlen. Ich freue mich, dass Sie tatsächlich das Anliegen haben, dass wir die Fakten ändern.

Da sind wir uns eins, und das nehme ich im Übrigen Frau Leonidakis auch ab, das nehme ich eigentlich allen ab, das spreche ich gar niemandem ab, aber trotzdem müssen wir dann zu Sache kommen, die Sachen auf den Tisch legen, und nicht sagen, wir brauchen keinen Ratschlag, sondern uns umschauen und uns einholen, was uns helfen kann, zu den Zahlen zu kommen, die wirklich hilfreich sind für unsere Stadt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Dr. Bogedan.

Senatorin Dr. Bogedan: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie sehen es mir nach, ich bin nach der Debatte mehr als verwirrt, und ich glaube, das erste Mal in meinem Leben habe ich verstanden, was die wahre Bedeutung von Fake News ist.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich muss einräumen, Frau Bergmann, dass Sie mich fast soweit bringen, dass ich tatsächlich glaube, dass die Zahlen, die ich hier Schwarz auf Weiß lesen kann, die ich mir selbst herausgesucht habe, die an öffentlicher Stelle veröffentlicht worden sind, dass die ein reines Hirngespinnst einer verrückten Senatorin sind. Ich lade Sie ganz herzlich ein, dass wir uns vielleicht gemeinsam – mit Abstand in diesen Zeiten – vor einen Rechner setzen und die Zahlen noch einmal eins zu eins durchgehen. Ich bin deshalb so schockiert, weil es gerade erst eine Woche her ist, dass im Unterausschuss sehr ausführlich – und Frau Ahrens hat auf die Vorlage verwiesen – darüber gesprochen worden ist, was die Zahlengrundlage ist.

Nun sitze ich hier und muss mir sagen lassen, das ist alles gelogen und zusammenfantasiert. Das sind aber alle Zahlen, die Sie doch nachrecherchieren können.

(Zuruf Abgeordnete Bergmann [FDP])

Nein, unsere Zahlen, Sie wollten von uns die Quote wissen. Doch alle Zahlen sind in dieser Vorlage dokumentiert. Ich könnte jetzt meine 17 Minuten dafür benutzen und die Vorlage einfach vorlesen, dann hätten wir alle sozusagen den gleichen Sachgrund, weil das ist offensichtlich das strukturelle Problem. Wir haben Woche um Woche, Monat um Monat hier Debatten, streiten uns plötzlich über

Fakten, haben Unterausschüsse, legen wieder neue Fakten, neue Zahlen auf Anfrage von Abgeordneten vor, legen noch einmal alles offen. Alle Planungsgrundlagen haben Sie in der Hand.

Es gibt nichts, was wir verheimlichen, was wir verstecken, was wir nicht transparent machen. Deshalb ist ja in dieser Stadt bekannt, dass ganz viele Plätze für Kinder fehlen. Es ist auch bekannt, dass wir an dieser Stelle mehrfach – die Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen als auch meine Person – gesagt haben: Wir sind mit diesem Zustand auf keinen Fall zufrieden. Deshalb kann man doch jetzt nicht hier anfangen, eine Debatte loszuzetteln, die erst einmal jegliche Zahlen in Grund und Boden wettet und uns unterstellt, dass wir irgendetwas schönrechnen würden.

Wir sind weit entfernt davon, schönzurechnen, denn ganz ehrlich: Wenn ich schönrechnen würde, dann würde ich sie wirklich schönrechnen und mir nicht jedes Jahr wieder die neuen Zahlen für fehlende Kitaplätze abholen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ihnen liegen die Zahlen der Kinder unter drei vor, ganz einfach auf der Basis der StaLA-Daten. Das sind die Daten, die das StaLA zugrunde legt, um die Versorgungsquote zu berechnen. Die haben Sie bekommen. Ihnen liegen die Zahlen der Kinder von drei bis sechs vor. Auch das sind die Zahlen, die das StaLA zugrunde legt. Allerdings, auch das wissen wir seit mehreren Jahren, wir haben das mehrfach in Unterausschüssen und in der Deputation schon erörtert, haben wir jedes Mal bei der Messung große Abweichungen zwischen den Einrichtungen, die das Statistische Landesamt zählt und den Einrichtungen, die wir über das Meldeverfahren, was wir ja auch regelmäßig über die Statusberichte miteinander diskutieren, faktisch in der Stadtgemeinde Bremen haben. Dieses Jahr weicht das bei den unter Dreijährigen um 3 000 Plätze ab. 3 000 Plätze, die einfach bei dem Statistischen Landesamt nicht gezählt werden.

(Zuruf Abgeordnete Ahrens [CDU])

Deshalb ist es im ersten Schritt schon einmal ein großes Problem – das ist ja gesagt worden dankenswerterweise von den Kolleginnen und Kollegen – wenn wir auf der Basis dieser Zahlen diskutieren. Zweitens ist es ein großes Problem, wenn wir auf der Basis dieser Zahlen an diesem Ort heute hier diskutieren, dann hätten wir es am Donnerstag machen müssen. Es sind nämlich Landeszahlen.

Rücken wir nun die Zahlen einmal gerade. Nehmen wir also die Zahlen, die unsere Zahlen sind, auf die wir uns gemeinsam immer wieder im Unterausschuss, in der Deputation verständigen. Das sind die Zahlen der StaLA-Prognose, auf der wir unseren Platzausbau ausrichten. In der Prognose sind in der Tat nicht die in echt lebenden Kinder schon gezählt, sondern auf der Basis der in echt lebenden Kinder wird Jahr für Jahr neu berechnet, wie sich die Zahl der Kinder in der Zukunft entwickelt. Frau Ahrens sagte es, die Kinder fallen nicht vom Baum, sie wandern ein. Sie fallen nicht vom Baum, sondern steigende Kinderzahlen im Bereich der über Dreijährigen – Sie können sich die Entwicklung ansehen – sind eben nicht nur Zahlen, die sich fortschreiben aus den Folgejahren, sondern sie sind eben auch Ergebnis einer Zuwanderung, die tatsächlich Kinder zwar nicht vom Baum fallen lässt, aber durchaus eben zu einen späteren Alterszeitpunkt bei uns in das Land und in die Stadt hinzukommen lässt.

So haben wir in den letzten Jahren eine Entwicklung gehabt – auch diese Zahlen sind Ihnen mit der entsprechenden Vorlage vorgelegt worden –, dass wir Jahr für Jahr eine Steigerung der Kinderzahlen insgesamt haben. Das heißt, wenn wir eine Versorgungsquote haben, jetzt bin ich bei der Seife, Frau Bergmann, die Ihnen dann entflucht, ich hoffe, Sie können dieses Mal folgen –. Wenn die Zahl der hier echt lebenden Kinder steigt, dann ist es tatsächlich so, dass die Quote – das ist einfache Dreisatzrechnung, Plätze, Zahl der versorgen Kinder ergibt die Versorgungsquote – nicht entsprechend steil ansteigen kann, weil ein Teil des Effektes von zusätzlichen Plätzen, die in echt geschaffen worden sind, aufgeessen wird von der Zahl der zusätzlichen Kinder.

Trotzdem konnten Sie dieser Vorlage entnehmen, dass es uns gelungen ist, trotz dieses Effektes unser politisches, selbst gestecktes Ziel für das Kindergartenjahr 2021 mit der Zahl der bereits realisierten Plätze und derjenigen, die wir in diesem Kindergartenjahr noch an den Start bringen, zu erfüllen, nämlich eine stadtweite Versorgungsquote bei den unter Dreijährigen von 50 Prozent. Das lasse ich mir von Ihnen nicht zerreden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich weiß aber auch, dass alle Versorgungsquoten künstliche Artefakte sind, weil am Ende geht es nicht darum, ein künstlich geschaffenes Ziel zu versorgen, sondern um das, was dankenswerterweise von den Kolleginnen Leonidakis und auch von

Petra Krümpfer gesagt worden ist: Es geht darum, echte Kinder mit echten Plätzen zu versorgen. Warum? Frau Eschen hat das gesagt: Wir haben ein bildungspolitisches Ziel, und wir sind fest davon überzeugt, dass nur über frühkindliche Bildung der Weg zu mehr Gerechtigkeit geht.

Da sind wir uns einig, und deshalb kann ich es überhaupt nicht verstehen, warum es einer derartigen Skandalisierung, warum es Beleidigungen, warum es Schmähung von Abgeordneten heute hier bedurft hat, um diesen Sachverhalt, der an sich schon kein erfreulicher ist, in ein derartiges Licht zu rücken, dass er für die Zukunft jegliche sachliche Debatte über das Thema erschweren wird. Wie sollen wir denn das viel beschworene konstruktive Miteinander hinbekommen, wenn hier darüber gesprochen wird, dass in der Behörde Menschen arbeiten, die offensichtlich nicht fähig seien und Hilfe von externen Experten bräuchten, die das wirklich können.

Diese Menschen, die dort bei mir im Haus arbeiten, haben das wirklich nicht verdient, dass so auf sie herabgeschaut wird und dass das, was sie geleistet haben in den letzten Jahren, so herabgewürdigt wird.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das tut der Sache einfach nicht gut, und es hilft uns auch nicht, in der Sache vorwärtszukommen. Ich verstehe auch nicht, warum es notwendig ist, sich wechselseitig zu erzählen, welche Rollen wir in dem Theaterstück hier spielen.

(Zuruf Abgeordnete Ahrens [CDU])

Genau, es ist nämlich kein Theaterstück. Deshalb geht es hier auch nicht um Rollen, die erfüllt werden oder um willfährige Sachen, die von Abgeordneten behauptet werden, sondern es geht doch tatsächlich – und Frau Leonidakis hat das eben gesagt – um das gute Recht der Opposition, auf Missstände hinzuweisen. Doch das erfordert auch in einem demokratischen Miteinander –.

(Abgeordneter Bensch [CDU]: Das muss man auch aushalten!)

Ja, ich halte das auch aus. Herr Bensch, kein Problem, ich halte das jederzeit aus.

(Glocke)

Präsident Imhoff: Frau Senatorin, würden Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Bergmann zulassen?

Senatorin Dr. Bogedan: Sehr gern.

Präsident Imhoff: Bitte schön, Frau Bergmann, Sie haben das Wort für eine Frage.

Abgeordnete Bergmann (FDP): Würden Sie mir die Frage noch beantworten, ob mit diesem ambitionierten Ziel im Koalitionsvertrag mit 60 Prozent Kindern unter drei, Kinder von null bis drei Jahren oder von eins bis drei Jahren gemeint sind? Würden Sie auch insgesamt zu dieser Diskrepanz null bis drei und eins bis drei bitte noch einmal Stellung nehmen?

Senatorin Dr. Bogedan: Entschuldigung, ich dachte, ich hätte das getan. Unsere Datengrundlage ist die, die Ihnen auch vorliegt, das sind die Kinder von null bis drei. Auf dieser Datenbasis haben Sie eine Vorlage erhalten, die die Versorgungsquoten ausweist. Die weist sie sogar für die Stadtteile ganz scharf aus. Das heißt, wir berechnen nicht eins bis drei bei unserer Versorgungsquote, die Diskrepanz zu den Zahlen des Statistischen Landesamtes entsteht nicht durch einen Rechenrick bei uns – die Zahlen liegen Ihnen in der Vorlage vor, null bis drei ist unsere Grundlage für die Zielversorgungsquoten –, sondern das Statistische Landesamt berücksichtigt diverse Plätze nicht bei seiner Zählung. Die Gründe sind eben dargelegt worden vorhin im Redebeitrag von Frau Leonidakis.

Ich will das auch eigentlich gar nicht weiter ausführen, weil mein Eindruck heute hier ist, es ging gar nicht um die Sache. Mein Eindruck heute hier ist, es ging darum, eine Gelegenheit zu nutzen, etwas zu skandalisieren. Mein Eindruck heute hier ist, es ging darum, pauschal zu diskreditieren, dabei jegliche Art von Differenzierung fallen zu lassen und vor allem – und so habe ich meinen Redebeitrag ja gestartet – dabei Stilmittel zu gebrauchen, die ich hier ehrlich gesagt bislang so nicht erlebt habe, über die ich überrascht bin und die ich auch tatsächlich nur schwer verstehen kann.

Herr Bensch, Sie haben es eben gesagt, eine Regierung muss das aushalten können, genau.

(Abgeordneter Bensch [CDU]: Kritik an parlamentarischer Arbeit!)

Glauben Sie mir, Kritik an dieser Stelle halte ich jede Menge aus, und hier gibt es ganz viel, was zu kritisieren ist. Allein, wenn ich diese Vorlage, über die ich jetzt hier gesprochen habe, nehmen würde, gibt es ganz viel, was man daran kritisieren kann, jede Menge Punkte, was aber nicht gemacht worden ist. Sondern es ist so getan worden, als wäre alles das, was Grundlage unseres Handelns ist, in Bausch und Bogen erstunken und erlogen, als wären wir alle nicht in der Lage, das Problem angemessen zu erfassen. Es ist mehrfach gesagt worden, dass wir der Wahrheit nicht ins Gesicht blicken, dass man nur die Wahrheit erkennen müsse.

Das halte ich für einen ganz gefährlichen Wortgebrauch. Wir haben hier eine gemeinsame Zahlengrundlage, auf die wir mehrfach im Unterausschuss und in der Deputation Bezug nehmen. Wenn das nicht mehr unsere gemeinsame Datengrundlage sein soll, dann müssen wir uns darüber fachlich verständigen, dann brauchen wir darüber einen fachlichen Diskurs und nicht ein pauschales Diffamieren von Zahlen, die bislang Grundlage einer gemeinsamen Betrachtung – auch einer gemeinsamen kritischen Auseinandersetzung über die Ergebnisse, die auf der Basis dieser Zahlen erzielt werden – waren.

Deshalb will ich heute gar nicht weiter zur Sache ausführen, sondern höre jetzt an dieser Stelle einfach auf, weil ich das erst einmal ehrlich gesagt verdauen muss. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Imhoff: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

Kinder stärken, Zukunft sichern! Die Stadt Bremen braucht einen Kinderbeauftragten
Antrag der Fraktion der FDP
vom 9. September 2020
(Drucksache [20/303 S](#))

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Fries.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Bergmann.

Abgeordnete Bergmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei all den kinderrelevanten Themen, die wir

heute diskutiert haben und in den nächsten zwei Tagen debattieren werden, fühlen wir uns als Fraktion der FDP bestärkt, dass wir mit der Forderung nach einem oder einer Kinderbeauftragten für Bremen auf dem richtigen Weg sind.

Bei uns Freien Demokraten spielen Kinder und Familie nicht nur aus aktuellem Anlass eine große Rolle. Wir haben uns bereits vor einem Jahr als familienfreundliches Unternehmen zertifizieren lassen, weil es uns nicht nur wichtig ist, dass Familien Arbeit und Leben miteinander vereinbaren können, sondern auch, dass sie mit der Lebensgestaltung glücklich und zufrieden sind.

Die Gesetzeslage – auch in der Bremer Landesverfassung – ist erfreulich und sehr klar. Jedes Kind hat ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den besonderen Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Dazu bekennen sich immer wieder alle Fraktionen im Haus und dafür bin ich sehr dankbar.

(Beifall FDP)

Auf der gesetzlichen Ebene ist in Bremen alles in Ordnung und doch wissen wir alle, dass die Kinderarmut in Deutschland nirgendwo größer ist als hier und auch in der Bildung halten wir unter den 16 Bundesländern an der roten Laterne fest. Über den nach wie vor nicht umgesetzten Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz sprachen wir gerade. Bremen ist, wenn es um Kinder geht, immer hintenan und zunehmend diskutieren wir auch sexuelle Gewalt, Kinderpornografie und Cybergrooming und unsere Machtlosigkeit.

Meine Damen und Herren, die Kinder unserer Stadt sind eine der größten Gruppen unserer Gemeinschaft. Aktuell leben in Bremen fast 100 000 Menschen unter 18 Jahren. Wir dürfen uns mit ihnen und ihrer Zukunft nicht erst beschäftigen, wenn die Alarmsirenen Missbrauch, Bildungsmisere, Schüler ohne Abschluss und Kinderarmut laut erklingen.

Wir sprechen über Innenstadtentwicklung. Lange Zeit ist gar nichts darüber zu hören, wie wir die Stadt kinder- und familienfreundlich gestalten können. Wir haben lange über die Folgen der Coronapandemie diskutiert, über die Konsequenzen für Unternehmen, Eltern, Träger, Erzieher und Lehrer, aber was das für die Kinder bedeutet, was sie brauchen, das kommt vielfach sehr spät oder auch gar nicht auf die Agenda. Wir diskutieren

über Adoptionsrechte und wer das Recht hat, ein Kind zu adoptieren, dabei muss es doch darum gehen, was in der jeweiligen Situation für das Kind gut ist.

(Zuruf Abgeordnete Aulepp [SPD])

Kinder haben in unserer Stadt keine Lobby. Fast jede Interessengruppe wird vertreten, aber die Kinder nicht. Deswegen meine ich, dass sich die Haltung gegenüber Kindern und Jugendlichen als Ganzes ändern muss. Bremen braucht nicht nur auf dem Papier eine entschiedene Haltung pro Kind, den Worten müssen auf allen Ebenen auch Taten folgen. Natürlich ist ein Kinderbeauftragter, das wissen wir auch, keiner, der alle Bedürfnisse befriedigt. Er kann aber zu einem Verkehrsknotenpunkt werden, der alle Wege zusammenführt und nötige Wege öffnet.

(Glocke)

Präsident Imhoff: Frau Kollegin Bergmann, würden Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Tegeler zulassen?

Abgeordnete Bergmann (FDP): Ja, gern.

Abgeordnete Tegeler (DIE LINKE): Kollegin Bergmann, wollten Sie gerade ernsthaft darstellen, dass wir in der Art und Weise, wie wir hier über Adoptionsrecht für Paare sprechen, die bisher keine Rechte haben, das Kindeswohl außer Acht lassen? Ernsthaft?

Abgeordnete Bergmann (FDP): Nein, aber ich glaube, dass bei dieser Debatte die Perspektive sein muss, sie zu führen, ganz unabhängig von allen anderen Fragen.

Meine Damen und Herren, den Knotenpunkt, einen Kinderbeauftragten zu installieren, können wir in Bremen tatsächlich selbst schaffen. Wir haben in den letzten Jahren erlebt, wie die unterschiedlichsten Beauftragten für die Rechte und Bedürfnisse ihrer Gruppe sensibilisieren konnten. Deswegen fordern wir heute den Senat auf, die Position eines Kinderbeauftragten als Bindeglied zwischen Verwaltung und Politik einzurichten und so auszustatten, dass die Rechte und Interessen der Kinder und Jugendlichen der Stadt Bremen gemäß der UN-Kinderrechtskonvention von 1989 tatsächlich gewahrt werden.

Wir versprechen uns davon, dass die Kinder und Jugendlichen ihre Rechte im politischen und öffentlichen Leben mehr in den Fokus rücken, auch wenn Verordnungen und Gesetze erlassen werden. Die Stadt Frankfurt ist noch einen Schritt weitergegangen und hat in jedem Stadtteil einen Kinderbeauftragten oder eine Kinderbeauftragte. Sie sind nicht nur in den Ortsbeiräten mit Stimmrecht vertreten, sie sind vor allem Ansprechpartner für alle Nöte und Sorgen von Kindern und Familien vor Ort.

Es wurde vorab Überweisung in die Deputation für Kinder und Bildung beziehungsweise Soziales, Jugend und Integration beantragt. Dem stimmen wir sehr gern zu und freuen uns auf den Tag, an dem wir in Bremen einen Kinderbeauftragten oder eine Kinderbeauftragte haben werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Eschen.

Abgeordnete Dr. Eschen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst betonen, die Rechte von Kindern sind nicht verhandelbar und ich bin froh, dass wir in Bremen die Kinderrechte in unserer Landesverfassung verankert haben.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Es stimmt, das darf nicht alles sein, aber das ist es auch nicht, bei Weitem nicht. Die Kinderrechte in Bremen sind mit Leben gefüllt und werden von vielen Akteurinnen und Akteuren in der Stadt tagtäglich verteidigt, geschützt und durchgesetzt. Genauso muss es auch sein. In unserer Koalition gibt es eine hervorragende Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kinderschutzbund Landesverband Bremen e. V., der Kinderhilfe, den Häusern der Familie, den diversen Beratungsstellen, den Quartiersbildungszentren, den Kinder- und Familienzentren und allen weiteren, die mir bitte nachsehen, dass ich sie vielleicht nicht alle einzeln aufführe.

Ihnen wird auch nicht entgangen sein, liebe Fraktion der FDP, dass zum Beispiel gerade letzte Woche in der Deputation für Kinder und Bildung der weitere Ausbau von Kitas zu Kinder- und Familienzentren beschlossen wurde. Dies ist genau der richtige Weg und für uns als Schwerpunkt aktuell

wichtiger als die Schaffung der Position einer oder eines Kinderbeauftragten.

Eltern haben sehr häufig ein Vertrauensverhältnis zu der Kita ihrer Kinder. Der Ausbau zu Kinder- und Familienzentren beinhaltet deshalb viele Chancen. Die Kita als Lern- und Begegnungsort für die ganze Familie ist eine wichtige Unterstützung für Mütter und Väter und vor allem für viele, die andere Orte, wo sie Beratung und Hilfe bekommen könnten, vielleicht gar nicht aufsuchen würden. Der laufende Ausbau einer Servicestelle zur Weiterentwicklung von Bremer Kitas zu sozialräumlich agierenden Kinder- und Familienzentren ist ein hervorragender Schritt, den ich an dieser Stelle ausdrücklich begrüßen möchte.

Warum sage ich das? Warum erwähne ich das an dieser Stelle, wo es doch um Kinderbeauftragte geht? Ich sage das, weil in diesen Zentren, in den Beratungsstellen und in allen anderen Stellen, die in Bremen für Kinder tätig sind, die Kinderbeauftragten des Alltags arbeiten.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Über den auf Hochtouren laufenden Ausbau der Kindertagesbetreuung haben wir ausführlich gesprochen. All dies und noch vieles andere, was in Bremen absolut zu Recht für Kinder getan wird ist notwendig und ich kann Ihnen versichern, ich will, dass Bremen ein noch besserer Ort für Kinder wird. Dafür setze ich mich gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Koalition tagtäglich ein. Vom Grundsatz her ist es aus meiner Sicht auch nicht falsch, zusätzlich zu den bestehenden Strukturen eine Kinderbeauftragte oder einen Kinderbeauftragten zu fordern. Diese langjährige Forderung des Kinderschutzbundes ist absolut dankenswert. Im Beschluss des Antrages der Fraktion der FDP wird das Thema jedoch viel zu unkonkret angegangen und kann von uns so nicht mitgetragen werden. Ich möchte deshalb auch korrigieren, wir lehnen den Antrag ab, es ist keine Überweisung beantragt.

Wir befinden uns bereits im Prozess, das Thema strukturiert und nachhaltig anzugehen und ja, ich sage ganz deutlich, ich persönlich hoffe, dass es in Bremen irgendwann eine Kinderbeauftragte oder einen Kinderbeauftragten geben wird. So simpel, wie es im Antrag der Fraktion der FDP beschrieben ist, im Beschluss vor allem, ist es aber nicht. Denn was muss die Position einer oder eines Kinderbeauftragten leisten? Die Arbeit muss unabhängig

und nicht weisungsgebunden sein. Die vorhandenen Interessenvertretungen wie der Kinderschutzbund, Schüler*innenvertretungen, Jugendbeiräte und so weiter müssen vertreten sein. Es müssen Ressourcen zur Verfügung stehen, klar definierte und transparente Befugnisse. Das heißt, wer kann, wer muss einer solchen Stelle zuarbeiten? Welche Durchgriffsrechte bestehen?

Wenn man das Thema Kinderbeauftragte oder Kinderbeauftragter ernst nimmt und das tue ich, dann bedarf es einer gesetzlichen Normierung, dann müssen wir uns zum Beispiel Gedanken machen über ein Landeskinderbeauftragtengesetz und solch eine Position mit der gebührenden Ernsthaftigkeit mit Befugnissen ausstatten. Dann sprechen wir nämlich über eine ganz andere Tragweite, als es der Antrag der Fraktion der FDP tut. Dann geht es um Unabhängigkeit, um Aufgaben, Mitwirkungs- und Unterstützungspflichten, Auskunfts- und Einsichtsrechte, Datenschutz und Vertraulichkeit, um Haushalt und Budget so einer Position, auch um Dinge wie Wahl und Amtszeiten. Das geht nicht einmal eben mit einem Schnellschuss im Stil von macht mal, wie wir ihn jetzt vorfinden, damit wird man dem Thema in keiner Weise gerecht. Wir lehnen daher ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Ahrens.

Abgeordnete Ahrens (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 25. November 2019 beschloss die Bürgerschaft (Landtag) unter der Drucksachen-Nummer [20/175](#) einen fraktionsübergreifenden Entschließungsantrag, in dem sinngemäß beschlossen wurde, dass die UN-Kinderrechtskonvention umgesetzt wird und das da, wo das im Lande Bremen noch nicht umfassend erfolgt ist, weitergehend verwirklicht werden soll. Bereits im Rahmen dieser Debatte zum 30. Geburtstag der Konvention mahnte ich an, dass Bremen die Konvention umsetzen muss und dass der Fraktion der CDU das Aufstellen bekletterbarer Leuchttürme mit Gedenktafel im Bürgerpark eindeutig zu wenig sei.

Ich werde auch nicht müde, in jeder Debatte anzumahnen, dass dies in den Bereichen Bildung und Schutz vor Gewalt von Kindern unzureichend umgesetzt wird. Im Dezember 2019 unterstrich der Kinderschutzbund in seinem für jedes Bundesland herausgegebenen Kinderrechteindex genau die

Punkte, deren Umsetzung die Fraktion der CDU im November bereits gefordert hatte. Er attestierte dem Land Bremen Nachholbedarf in den Bereichen Recht auf Bildung, institutionelle Interessenvertretung bei kindgerechten Informationen sowie Anhörung und Beteiligung bei der Bekämpfung von Kinderarmut und dem Schutz vor Gewalt. Schutz vor Gewalt nicht nur im Sinne von körperlicher Gewalt, sondern auch vor Ausbeutung, Vernachlässigung oder sexuellem Missbrauch, meine Damen und Herren! Ein kleines Stückchen sind wir schon vorangekommen. So hat das Jugendamt 75 zusätzliche Case Manager genehmigt bekommen, die NGOs von Schattenriss bis zum Kinderschutzbund erhalten mehr Geld. Gut so, denn damit wurde eine langjährige Forderung der Fraktion der CDU umgesetzt, die übrigens auch meine Kollegin Sahhanim Görgü-Philipp geteilt hat.

Doch es fehlt die Umsetzung von mehr Personal bei Justiz und Polizei, also den Strafverfolgungsbehörden. Wir hatten im Land Bremen 647 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, davon ein Drittel bei unter 18-Jährigen. Auch im Bereich des sexuellen Missbrauchs steigen die Zahlen, und das ist nur das Hellfeld, von 81 auf 139 Fälle im Jahr 2019 an. Eine Steigerung von 69 Prozent. Zeitgleich stieg die Zahl der Fälle von Herstellung, Besitz und Verbreitung von Missbrauchsabbildungen 2019 im Land Bremen um 75 Prozent. Erschreckende Zahlen, die in jedem Fall ein entschlossenes und ressortübergreifendes Handeln notwendig machen, meine Damen und Herren. Genau da, im ressortübergreifenden Handeln, hakt es immer wieder. Da muss die Regierung eindeutig besser werden.

(Vizepräsidentin Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Anders als die Fraktion der FDP ist die Fraktion der CDU allerdings der Auffassung, dass ein Beauftragter dies nicht leisten kann. Ich erläutere Ihnen das an einem Beispiel: Wenn in einem Ruderboot die Anzahl der Antreiber, der Anfeuernden immer weiter erhöht wird, die Anzahl der Ruderer aber gleichbleibt, kommt man nicht schneller an das Ziel, in diesem Fall die Beseitigung der Missstände. Es wird nur lauter. Wir setzen stattdessen darauf, mehr Ruderer einzusetzen und das ressortübergreifend. Statt in unserem Haushaltsnotlageland das Geld für mehr Beauftragte auszugeben, etwas, was auch vonseiten Rot-Grün-Rot immer wieder gefordert wird, wollen wir lieber konkret in eine bessere Ausstattung der Polizei, der Justiz, des Referates 33 für Kinderbetreuung, des Bauressorts et cetera investieren. Dorthin, wo die Ruderer sitzen, diejeni-

gen, die tagtäglich die anfallenden Arbeiten im Bereich Ausbau der Kindertagesbetreuung, Ausbau der Schulinfrastruktur und Gewährung des Kinderschutzes leisten müssen.

So hat die Gleichstellungsbeauftragte zum Beispiel nicht verhindert, dass weibliche Studenten in ihren Werkverträgen im Gesundheitsamt vier Euro weniger Lohn pro Stunde bekamen als ihre männlichen Kollegen. 627 Euro brutto im Monat für die gleiche Arbeit, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ein Skandal, wenn man bedenkt, dass der Senat bei jeder Gelegenheit Lohngleichheit für Männer und Frauen fordert und selbst erst nach Androhung eines Gerichtsverfahrens bereit war, nachzuzahlen. Ich habe auch nicht verstanden, weil ich die Kollegin Bernhard, die für dieses Gesundheitsressort zuständig ist und als gleichstellungspolitische Sprecherin ihrer Fraktion immer für Lohngleichheit eingetreten ist, langjährig kenne, wie ein solcher Fall in ihrem Ressort auftreten konnte.

(Zuruf Abgeordnete Aulepp [SPD])

Insofern, um das noch einmal deutlich zu sagen, teilen wir die Intention des Antrages, es muss sich hier in Bremen dringend etwas verbessern, aber nicht in Form der von der Fraktion der FDP vorgeschlagenen Lösung einer oder eines Kinderbeauftragten. Wir lehnen den Antrag daher ab, werden die Missstände in Bremen aber weiterhin klar und deutlich benennen und aufzeigen. Die Beispiele, die ich eben genannt habe, liebe Kollegen und Kolleginnen, zeigen, dass eine Beauftragte oder ein Beauftragter tatsächlich nicht immer hilft. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Krümpfer.

Abgeordnete Krümpfer (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir Sozialdemokraten engagieren uns seit vielen Jahren, zum erheblichen Teil mit unseren Koalitionspartnern, für die Kinder- und Jugendrechte in Bremen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Im Land Bremen haben wir ein lebendiges Netzwerk von Engagierten, die sich dafür einsetzen, Initiativen, die die Verwirklichung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven fördern und dafür sorgen, dass die Kinder-

echte unter Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen bekannter gemacht werden, sodass es in der Gesellschaft ein starkes Bewusstsein hierfür geben wird. Auch in den Schulen gibt es viele Bestrebungen. Meine Kollegin, Frau Dr. Eschen, hat die vielen Einrichtungen schon aufgeführt.

Wir haben umfangreiche Ansätze, um Demokratie, Mitbestimmung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu fördern, sei es bei der Einrichtung von Spielräumen oder durch die Jugendbeiräte. Ein gutes Beispiel ist eine gelungene Jugendbeteiligung in den Stadtteilen durch die Gründung von Jugendbeiräten. In einigen Beiratsgebieten der Stadt Bremen wurden eigenständige Jugendbeiräte ins Leben gerufen und teilweise sogar mit einem eigenen Budget ausgestattet. Auch bei der Beteiligung an der Gestaltung und Erneuerung des Wohnumfelds, zum Beispiel von Spielplätzen, können Kinder und Jugendliche immer häufiger ihre Anliegen und Ideen einbringen.

Auf Bundesebene haben wir uns seit vielen Jahren für die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz stark gemacht. Jetzt könnte das auf Bundesebene zum Erfolg führen, sofern sich die CDU an den Koalitionsvertrag hält.

Bei uns in Bremen sind die Kinderrechte bereits seit 2003 in der Landesverfassung verankert, das ist schon gesagt worden. Viele Kinder leben aber in Haushalten, die nur über wenig Geld verfügen. Eltern, die arbeitslos sind und ein niedriges Einkommen haben, haben oft Schwierigkeiten, die Heizungs- und Stromrechnung zu bezahlen. Auch ausreichende und gesunde Lebensmittel für die Kinder sind für manche Eltern kaum bezahlbar. Darüber hinaus kann mangelnder Zugang zu guten Bildungseinrichtungen und Gesundheitsdienstleistungen die Grundrechte von Kindern bedrohen und ihnen die Chance auf ein armutsfreies, besseres Leben verwehren.

Besonders gefährdet sind Kinder mit besonderen Anforderungen und Hintergründen, wie zum Beispiel Kinder mit Behinderungen, mit Migrationshintergründen und aus Familien, die zu einer Minderheit gehören. Das Recht auf ein Aufwachsen in sozialer Sicherheit ist Teil der UN-Kinderrechtskonvention und in Deutschland für viele Kinder in Gefahr. Trotz Wirtschaftswachstum – bis zur Coronakrise –, und bis dato sinkender Arbeitslosigkeit steigt die Kinderarmut seit Jahren an. Besonders betroffen sind die Kinder, die in Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil leben.

Die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention für Kinder und Jugendliche im Alltag erlebbar machen, das geschieht, wenn Kinder und Jugendliche tatsächlich mitreden können, etwa bei Familiengerichten. Entscheidungsverfahren sind bis jetzt nicht genug darauf ausgerichtet, Kinder und Jugendliche ernst zu nehmen. Kinder- und Jugendrechte haben viel mit Partizipation und sozialer Teilhabe zu tun. Um Kinderrechte zu verwirklichen, brauchen wir einen starken Sozialstaat, der versucht, soziale Ungleichheiten zu kompensieren.

An dieser Stelle verhält sich die Fraktion der FDP traditionell sehr ruhig. Umverteilung, um Kindern und Jugendlichen zu ihren Rechten zu verhelfen, ist nicht das Anliegen der FDP. Gerade an dieser zentralen Stelle, den Königsweg zu mehr Gerechtigkeit und gegen Spaltung zu finden, der Teilhabe und der Mitgestaltung fördern würde, verabschiedet sich die Fraktion der FDP gern. Kinderrechte haben dann eine Chance, tatsächlich alle Kinder in der Gesellschaft zu erreichen, wenn wir auch ihren Eltern eine ökonomisch und sozial abgesicherte Existenz ermöglichen. Alle Studien zeigen, dass die Startbedingungen unserer Kinder ganz wichtig sind für die Entwicklung und den Platz, den sie in unserer Gesellschaft einnehmen.

Kinder- und Jugendrechte haben ganz viel mit ökonomischer Umverteilung und fairen Löhnen zu tun. In der Koalition haben wir uns gemeinsam auf den Weg gemacht und werden eine Bremer Kinder- und Jugendrechtscharta entwickeln, an der Sie sich mit Sicherheit auch in den verschiedenen Deputationen beteiligen können.

(Glocke)

Wir lehnen den Antrag der Fraktion der FDP ab und werden auf anderen Wegen versuchen, Kinder verstärkt zu ihren Rechten zu verhelfen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP])

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Leonidakis.

Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, vieles ist gesagt worden und ich möchte es wiederholen. Die FDP-Fraktion bezieht sich in ihrem Antrag auf Artikel 25 der Bremischen Landesverfassung. Es wurde bereits gesagt, wann und wie das geändert wurde. Wenn man einen Blick in die

Landesverfassung wagt, dann sieht man, dass Gegenstand des Artikels 25 der Schutz von Kindern vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung, der Schutz der Rechte von Kindern und die Sorge für kindgerechte Lebensbedingungen sind.

Aus der Begründung des Antrags, der uns vorgelegt wurde und den wir jetzt diskutieren, wurde uns nicht deutlich, worum es der FDP geht, denn von dem Schutz vor Gewalt oder Vernachlässigung ist dort kaum noch die Rede. In der Prosa des Antrags verweist die FDP nämlich auf die hohe Anzahl von Kindern, die in Armut leben, den Mangel an Kitaplätzen, den stockenden Ausbau von Ganztagschulen, auf Alleinerziehende, die Quoten bei Schulabschlüssen, die Jugendlichen ohne Schulabschluss et cetera. Gewalt und Vernachlässigung beziehungsweise der Schutz davor spielen nur in einem einzigen Satz eine kurze Rolle.

Wenn man aber schaut, sind dort, wo es Kinderschutzbeauftragte gibt, diese in der Regel für Themen wie Schutz vor Gewalt und sexuellen Übergriffen zuständig. Das fordert auch Herr Rörig, der Beauftragte der Bundesregierung. Es stellt sich also die Frage, was Sie eigentlich mit Ihrem Antrag zur Einrichtung der Stelle eines oder einer Kinderschutzbeauftragten wollen. Der Verweis auf die Verfassung würde zumindest nahelegen, dass man auch dieses Gebiet umfasst. Ihr Antrag tut es nicht und auch jetzt in der Debatte, muss ich sagen, ist meine Klarheit nicht größer geworden, worauf der Antrag eigentlich abzielt. Was sollen Gegenstand und Aufgabengebiet des Kinderschutzbeauftragten oder der Kinderschutzbeauftragten sein? Was sind ihre oder seine Befugnisse? Wo ist sie oder er angegliedert? Mit welchen Mitteln ist die Stelle ausgestattet? Welche Zielgruppe hat er oder sie?

So vieles ist noch unklar und, ich glaube, das wurde bereits von meiner Kollegin, Frau Dr. Eschen, gesagt, dafür bräuchte es ein fundiertes Konzept, eine Vorstellung davon, was die Zielsetzung, die Ausstattung, die Befugnisse, die Zuständigkeitsbereiche, die Verortung und weitere Fragen angeht. Das liefert der Antrag nicht und deswegen halten wir ihn nicht für zustimmungsfähig.

Auch Ihr Redebeitrag hat, wie gesagt, keine größere Klarheit geschaffen. Im Gegenteil, wenn Sie die Einführung der dritten Option als Widerspruch zu Kinderrechten begreifen, so habe ich das verstanden, dann kann ich sagen, da haben wir eine deutlich unterschiedliche Auffassung davon, was

die Aufgaben eines oder einer Kinderschutzbeauftragten sind. Ich glaube, darüber muss man noch einige Male sprechen.

Trotzdem möchte ich hier auch deutlich machen, dass wir nicht grundsätzlich abgeneigt sind, eine solche Stelle zu schaffen. Wir glauben, es ist durchaus einige Gedanken wert, sich mögliche andere Konzepte und auch Erfahrungen aus Bremerhaven anzuschauen, denn eines ist klar: Allein, dass Kinderrechte Verfassungsrang erhalten, bedeutet noch nicht, dass sie auch überall ständig und flächendeckend umgesetzt werden. Die Verfassungsrealität, das wissen wir aus vielen Bereichen, ist häufig eine andere als der reine Wortlaut des Grundgesetzes oder der Landesverfassung.

Insofern ist es natürlich unser aller Aufgabe, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen und die Wahrung der Kinderrechte in allen Bereichen des staatlichen und nicht staatlichen Handelns zu überwachen, zu fördern und zu unterstützen. So etwas kann eine Kinderschutzbeauftragte oder ein Kinderschutzbeauftragter leisten, sie oder er kann Ansprechpartner, kann Ombudsperson sein, kann die Lobby vergrößern, die Öffentlichkeit für die Kinderrechte sensibilisieren und kann Partizipationsmöglichkeiten ausbauen.

Aber, und jetzt kommt das Aber, alles das ist bereits heute Aufgabe in der Fläche, in allen Verwaltungen. Die UN-Kinderrechtskonvention ist bereits heute für alle Verwaltungen, für jedes staatliche und auch das nicht staatliche Handeln bindend. Insofern muss man genau hinsehen, was man möchte, wie man das möchte, wer das tun soll und wo die Person es tun soll.

Auf diese Art und Weise einfach einen Antrag unterzuschieben, der in der Zielsetzung nicht einmal klar ist, halten wir für eine unseriöse Vorgehensweise. Dem Anliegen gegenüber sind wir aber abgeschlossen. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsidentin Grotheer: Weitere Wortmeldungen von Abgeordneten liegen nicht vor, deswegen erteile ich nun Herrn Staatsrat Fries das Wort.

Staatsrat Fries: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, bei der Debatte müssen wir vor allem darauf schauen, dass wir nicht über Kinder, sondern mit Kindern reden. Wenn man eine solche Institution schafft – ob sie

nun Kinderbeauftragte heißt, ob sie ein erleichterter Zugang wie ein Kinderbüro ist, ob es Zuständigkeiten oder Verfahren in den einzelnen Behörden sind –, geht es darum, Kindern eine Stimme zu geben und nicht darum, eine Institution zu schaffen, die weiß, was am besten für Kinder ist oder die stellvertretend für sie spricht.

Genauso ist es, und darauf ist hingewiesen worden, Kinderrechte sind deswegen in unserer Verfassung und gehören deswegen in das Grundgesetz, damit sich auch etwas ändert. Wenn man die Debatte auf Bundesebene verfolgt, in der die Grundgesetzänderung nur dann akzeptabel ist, wenn sie am Status Quo nichts ändert und keine Verschiebung zugunsten von Kindern ermöglicht, dann ist die Debatte wohlfeil und bringt uns nicht weiter.

Ich glaube, bei der Debatte muss man die Kinderrechte in ihre drei Elemente auftrennen: Die Schutzrechte. In diesem Bereich gibt es, aus meiner Sicht, Kinderbeauftragte und das ist das Jugendamt, das genau diese Funktion hat. Zugegebenermaßen gibt es da sicher im Bereich des Zugangs, der Niedrigschwelligkeit noch Möglichkeiten, in denen wir noch besser werden können. Wir haben diesen Bereich durch Beratungsstellen, die Frau Ahrens aufgeführt hat, und Schutzkonzepte ergänzt, die bis in die Einrichtungen reichen, die mit Kindern arbeiten, sodass wir hier gut aufgestellt sind.

Ich glaube aber nicht, dass es die Frage einer einzelnen Person ist, die da starke Durchgriffsrechte hat. Selbst in der Debatte ist das dahinterstehende Ziel die Funktion eines Kinderschutzbeauftragten zu entwickeln, vor allem einen Masterplan und damit eine Gesamtstrategie, und nicht, eine starke Person zu haben.

Das Zweite, das hatte ich schon angesprochen, sind die Beteiligungsrechte. Der Glaube, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen dadurch zu organisieren, dass man diese Verantwortung auf eine Person oder eine Person plus Team abschiebt, greift zu kurz, sondern es ist eine generelle Haltung und sie ist, anders als vonseiten der Opposition vorgeworfen, durchaus verbreitet. Heute wird kein Spielplatz mehr geplant, ohne auch Kinder und Jugendliche einzubeziehen, keine Kitagruppe für unter Dreijährige wird eröffnet, für die es kein Konzept gibt, das auch eine Beteiligung vorsieht. In der Schule ist durch einen gesetzlich starken Auftrag der Schüler*innenvertretung Mitbestimmung auch ein fester Bestandteil.

Auch in der Sozialräumlichkeit, auf die es ankommt, ist es, durch die schon genannten Jugendbeiräte aber auch die Einbeziehung von Kitas oder Schulen, je nachdem um welche Altersgruppe es sich handelt, eine gute Praxis, diese Altersgruppe miteinzubeziehen. Auch hier gilt das, was vorhin der Zuruf war: Gutes kann noch besser werden und unsere Entscheidung kann besser werden.

(Abgeordnete Ahrens [CDU]: Besser geht immer!)

Auch das ist doch aber keine abstrakte Frage von Sonntagsreden, denn abstrakt sind wir uns hier alle einig, dass Kinderrechte und deren Perspektiven eingebracht werden müssen. Die Frage ist, was passiert, wenn es die konkreten, echten Interessenskonflikte gibt: Parkende Autos oder Spielfläche für Kinder? Diese Frage entscheidet sich nicht an einem Kinderbeauftragten, sondern die Antwort zeigt sich daran, wie ernst wir es wirklich meinen.

Der dritte und letzte Punkt der Kinderrechte sind die Entwicklungsrechte. Der Stichpunkt der Kinderarmut ist sicher angesprochen worden, auch die Frage, welche Bildungschancen Kinder haben. Der Glaube, dass das bisher nicht besser geworden ist, weil noch niemand darauf hingewiesen hat, dass das im Interesse der Kinder wäre, das abzustellen, greift aber etwas kurz. Hier gibt es große Nachholbedarfe und noch große Hausaufgaben. Ich bezweifle aber, dass das durch eine Person geregelt werden kann.

In dem Umfassenden ist es kein Konzept. Mit einer punktuellen, klaren Aufgabenbeschreibung kann man sicher darüber reden, man muss aber alternative Konzepte einbeziehen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, M.R.F., Abgeordneter Beck [AfD])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Alternativstandort für eine Recyclingstation im Bremer Osten zügig planen und umsetzen!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 29. September 2020

(Drucksache [20/316 S](#))

Dazu als Vertreter des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Herr Strohmann.

Abgeordneter Strohmann (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt, weil wir seit November 2019 im Stadtteil Osterholz und in den Ortsteilen Mahndorf und Arbergen eine sehr schwierige Situation haben. Die Bremer Stadtreinigung musste den Recyclinghof am Weserpark aus betrieblichen Gründen schließen. Es konnte kein Arbeitsschutz mehr sichergestellt werden, deswegen musste dieser geschlossen werden.

Es ging dann die Suche nach einem neuen Standort los. Da muss man sagen, dass sich das Ortsamt und der Stadtteilbeirat Osterholz sowie eine Bürgerinitiative sehr engagiert haben, die sich wirklich sehr konstruktiv eingegeben und Standorte gesucht haben. Diese Standorte waren letztlich auch relativ schnell gefunden, aber – ich will das kurz machen, denn eigentlich steht alles in dem Antrag – in einer vernünftig regierten Stadt mit einer vernünftigen Regierung wäre dieses Problem nicht neun Monate verschoben, sondern auf kleinem Dienstweg zwischen den Ressorts gelöst worden.

Es gab einen Standort, es musste einiges geklärt werden, man hätte es gemacht und wir hätten heute schon auf diesem neuen Standort dann zumindest mit dem Umbau für einen Recyclinghof beginnen können. Es ist aber wie immer in dieser Stadt, am Ende leiden die Bürger unter absurden Ressortstreitigkeiten, dieses Mal zwischen Ressort für Wirtschaft, Arbeit und Europa und Ressort für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau. Das ist sehr ärgerlich, auch gerade für die Menschen in diesen Stadtteilen und in diesem Ortsteil. Fakt ist doch, dass die Wirtschaftsförderung Bremen seit Jahren dieses Grundstück

nicht vermarkten kann, lehnt es aber gleichzeitig ab, die Fläche der Bremer Stadtreinigung anzubieten. Ich würde einen Vorschlag machen, wir sollten die Wirtschaftsförderung bald in Flächenpflegeamt umbenennen.

(Beifall CDU)

Ich glaube, das wäre sinnvoll. Das macht es umso ärgerlicher, wo wir doch alle wissen, wie wichtig Recyclinghöfe für uns alle sind, für den Wertstoffkreislauf, aber auch für Emotionalität in den Menschen. Das ist ein Treffpunkt und deswegen ist es schade, dass gerade in diesem Stadtteil das nicht passiert. Ich hoffe, dass unser Antrag jetzt ein bisschen Beschleunigung gebracht hat, was eigentlich traurig ist. Trotz alledem, dass jetzt Bewegung in die Sache gekommen ist und dass wir dann zum nächsten Frühjahr, wenn wieder Grünschnitt ansteht, dann eine normale neue Recyclingstation haben. – Vielen Dank!

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Güngör.

Abgeordneter Güngör (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einem Dank beginnen. Vielen Dank erst einmal für die Möglichkeit, dass wir hier heute über die Recyclingstationen im Bremer Osten sprechen können. Ich wohne selbst im Bremer Osten und ich weiß inzwischen auch aufgrund dieser Situation, dass Recyclingstationen doch ein sehr emotionales Thema für die Bevölkerung sein können.

(Heiterkeit CDU)

Und ja, die Menschen im Stadtteil Osterholz und auch in den Ortsteilen Arbergen und Mahndorf, also auch unmittelbar in meiner Nachbarschaft, brauchen eine wohnortnahe unkomplizierte Möglichkeit, ihre recycelbaren Abfälle zu entsorgen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, uns als SPD-Fraktion ist es beim Stichwort wohnortnah besonders wichtig, dass auch die Mitbürgerinnen und Mitbürger, die über kein Auto verfügen, ihre recycelbaren Abfälle zu Fuß oder mit dem Fahrrad entsorgen können und nicht viele Kilometer zurücklegen müssen. Auch lange Schlangen vor den Recyclingstationen sind nicht wünschenswert, deshalb brauchen wir auch ein gutes Netz der Recyclingversorgung in Bremen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte aber auch deutlich sagen, wir haben eine gute Versorgung mit Wertstoffhöfen, ich meine insgesamt 15. Eine gute Versorgung ist, glaube ich, auch wichtig, damit wir die Wertstoffe und die Wiederverwertbarkeit von unterschiedlichen Materialien – das ist auch ein zentraler Bestandteil für die Umwelt – und deshalb glaube ich, ist es sehr wichtig, dass wir ein gutes Versorgungsnetz haben und damit auch möglicherweise in verschiedenen Ortsteilen teilweise verhindern, dass wilde Müllkippen entstehen. Diese können wir damit, glaube ich, auch reduzieren.

Der Weserpark, die geschlossene Station am Weserpark hat dazu beigetragen, dass sich auch eine Bürgerinitiative gegründet hat. Ich glaube, alle Fraktionen haben auch Gespräche mit der Bürgerinitiative geführt. Ich glaube, das ist auch wichtig, dass wir Bürgerinitiativen in diesem Zusammenhang ernst nehmen und ihnen auch zügig Lösungen präsentieren.

So einfach, wie Sie das dargestellt haben, Kollege Strohmann, ist es aber auch nicht, zu sagen, wir bauen jetzt einfach einmal schnell eine Recyclingstation. Ja, der Weserpark wurde 2019 geschlossen und ein Umbau der Flächen im Sinne einer großzügigen, modernen Gestaltung konnte auf dem bisherigen Gelände, nämlich auf dem Parkplatz des Weserparks nicht dargestellt werden und deshalb bin ich froh, dass wir seit Juli dieses Jahres immerhin eine Übergangslösung gefunden haben, nämlich An Krietes Park, wo die Anwohnerinnen und Anwohner zumindest ihren Grünschnitt abgeben können. Das war auch einer der Wünsche, die aus dem Stadtteil, aus dem Beirat und auch aus der Bürgerinitiative kamen und dem ist das Ressort auch nachgekommen, herzlichen Dank dafür an dieser Stelle.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, jetzt wollen wir aber weniger in die Vergangenheit, sondern mehr in die Zukunft blicken und umso mehr freut es mich, dass die beteiligten Ressorts hier auch eine gemeinsame Lösung verkünden können. Auf der Fläche An Krietes Park soll dauerhaft eine Recyclingstation im Bremer Osten eingerichtet werden und die Alternativfläche, die auch einer intensiveren Prüfung bedarf, die wird dann für die gewerbliche Nutzung vorgesehen. Wir stehen auch dazu, dass wir eine gut durchdachte Gewerbeflächenentwicklung

brauchen, als einen wichtigen Baustein in der wirtschaftlichen Entwicklung hier im Bremer Osten. Die nun gefundene Lösung berücksichtigt dabei sowohl die Belange der Wirtschaft, als auch der Umwelt, aber vor allem der Bürgerinnen und Bürger, die ein Interesse daran haben, hier eine wohnortnahe Versorgung zu haben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Daher, Herr Kollege Strohmann, wir werden Ihren Antrag ablehnen, weil es nicht nötig ist, dass wir bis Ende des Jahres dazu eine Lösung präsentieren. Ich möchte hier auch die Zusammenarbeit der beiden Ressorts in den Vordergrund stellen und möchte mich ausdrücklich bedanken, weil es dazu auch etliche Gespräche gab, die aber auch wichtig und nötig waren, weil es eben kein sehr einfacher Prozess ist. Ich möchte mich hier an dieser Stelle auch für diesen Lösungsansatz besonders bei Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer als auch bei der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, Kristina Vogt, – der ich von dieser Stelle auch noch einmal gute Genesung wünschen möchte –, ausdrücklich bedanken.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich glaube, jetzt ist es wichtig, dass möglichst schnell ein Spatenstich erfolgt, damit der neue Recyclinghof schnell gebaut werden kann, damit die Bürgerinnen und Bürger diesen auch nutzen können. Uns als Fraktion ist es besonders wichtig, dass auch in der Übergangszeit trotzdem weiterhin Möglichkeiten – das gilt für die gesamte Stadt – geschaffen werden, damit diese Übergänge nicht dazu führen, wie wir es am Wespark erlebt haben. Daran haben wir alle ein gemeinsames Interesse. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es stand früher, glaube ich, auf alten Telefonzellen von der Deutschen Telekom: Heute, fasse dich kurz. Das werde ich hier jetzt auch tun, weil alles Wesentliche gesagt worden ist.

Ich möchte noch einmal daran anschließen, was Herr Güngör gerade gesagt hat: Für uns als Koali-

tion ist die dezentrale Versorgung mit Recyclinghöfen in Bremen ein ganz besonderer Wert, an dem wir nicht rütteln werden. Das habe ich auch selbst ein paar Mal die Senatorin gefragt, Sie hat es jetzt dreimal, glaube ich, auch schon gesagt, es stehen keinerlei Recyclingstationen in Bremen zur Disposition. Ich weiß von ihr auch, dass sie sich persönlich gerade in Osterholz auch sehr darum bemüht hat, dort eine Lösung zu finden. Es ist gut, dass diese Lösung jetzt gefunden ist.

Ich muss auch sagen, in einem solidarischen Senat und einer solidarischen Koalition, da findet man eben miteinander gute Kompromisse. Das ist hier, glaube ich, jetzt gelungen. Dass das ein bisschen Zeit gebraucht hat, das ist nun einmal so, man musste einige Standorte prüfen, man muss auch jetzt noch, glaube ich, ein paar Kleinigkeiten prüfen, Naturschutz fachlicher Art. Ich glaube aber, zumindest das Ziel ist zum Greifen nahe und darüber bin ich sehr glücklich, dass uns das als Koalition gelungen ist.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Trotzdem finde ich den Antrag der CDU natürlich vernünftig, da noch einmal nachzufragen, nach neun Monaten, ist, glaube ich, für eine Opposition nur berechtigt. Das Intensivieren der Gespräche, die darin gefordert werden, das müssen wir nun nicht mehr machen, die Drähte haben geglüht, und man hat auch zum Äußersten gegriffen und persönlich miteinander gesprochen. So haben wir diese gute Lösung jetzt hinbekommen. Dass Ihr Euch das jetzt auf die Fahnen schreibt, könnt Ihr gern tun, ist auch egal, das Ergebnis zählt für die Menschen im Bremer Osten und für Osterholz. Es gibt eine gute Lösung. Es wird weiter diese dezentrale Versorgung mit Recyclinghöfen geben, auf die wir in Bremen besonders stolz sein können. Dafür vielen Dank an alle Beteiligten!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tebje.

Abgeordneter Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute Morgen bereits über den Gewerbeflächenbedarf in Bremen gesprochen und das jetzige Thema schließt nahtlos daran an. Flächen für Wohnen, Infrastruktur und Gewerbe werden in Bremen immer knapper und da ist es klar, dass man bei jeder freien Fläche genau schaut, wie man damit umgehen kann.

Dass der Recyclinghof in Osterholz aufgrund des schlechten technischen Zustands sehr kurzfristig schließen musste, wurde schon ausführlich beschrieben. Die Suche nach einem geeigneten Ersatzgrundstück für die Recyclingstation im Bremer Osten war deswegen notwendig. Hier setzt natürlich immer die Frage an, und das war es ja auch, worum es sich dreht, welcher Standort denn jetzt geeignet ist. Die neuen Konzeptionen der Bremer Stadtreinigung zielen ja eigentlich auf eine Mindestgröße für Recyclingstationen, um diese technisch, wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll zu betreiben. Es ist ja schon verraten worden, die ausgewählte Fläche An Krietes Park ist zwar nicht ganz so groß wie das Originalkonzept das vorsah, aber sie erfüllt letztendlich doch alle notwendigen Voraussetzungen, um die Recyclingstation dort einzurichten.

Mittlerweile, das wurde auch schon verraten, haben sich die Beteiligten auf diesen Standort geeinigt. Andererseits wurde der Standort Nußhorn ebenfalls geprüft, aber man hat sich darauf geeinigt, diesen Standort als Gewerbegebiet zu entwickeln. Ein hohes Gut ist, und das ist jetzt auch schon ein paar Mal gesagt worden, dass wir in Bremen dezentrale Recyclingstationen haben, die von der Bevölkerung kostenfrei genutzt werden können und dass wir das Prinzip der haushaltsnahen Recyclingstationen haben, das hat der Kollege der SPD auch gerade gesagt. Es ist für den Bremer Osten besonders wichtig, dort auch eine wohnortnahe Gelegenheit zu haben.

Deshalb sind wir mit dem Kompromiss und der Einigung der Ressorts auch sehr zufrieden, die sowohl den Anforderungen an den Recyclingstandort erfüllen, als auch die Zurverfügungstellung ausreichender sozialökologischer Gewerbeflächen für den Wirtschaftsstandort Bremen zur Folge hat.

Insofern hat sich der CDU-Antrag schon durch praktisches Handeln der Koalition erledigt. – Danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herr Dr. Buhlert.

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir erleben eine Sternstunde des Parlaments, Opposition wirkt.

(Heiterkeit SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen])

Die Koalition war lange nicht in der Lage, hier zu handeln, lange nicht in der Lage, Klärungen herbeizuführen. Es ist gelungen, eine Lösung zu finden, die wir lange schon in der entsprechenden Deputation diskutiert haben, nämlich An Krietes Park, wo vorübergehend schon Laubschnitt oder Grünschnitt eingesammelt wurde, jetzt eine Recyclingstation zu errichten.

Eine Recyclingstation ist ja nun auch kein Hightech-Unternehmen. Man braucht ein festes Gebäude, in dem die Mitarbeitenden ihre Sozialräume haben, in dem ein Büroraum vorhanden ist und die Arbeit abgewickelt werden kann. Man braucht viel Stellfläche, auf der man Container aufstellen kann, auf der man Sammelboxen aufstellen kann, weil die Leute nicht nur Grünschnitt haben. Die Menschen haben Kühlschränke, die sie abgeben wollen, die ordnungsgemäß entsorgt werden müssen, die haben Elektroschrott, die haben Metallschrott, alles was auch werthaltig ist, die haben Papier, die haben ihren Sperrmüll, das muss alles richtig und vernünftig entsorgt werden. Dafür brauchen wir dann auch solche Recyclingstationen, die die Menschen sie erreichen können.

Deswegen ist es gut, dass es jetzt für Osterholz erreicht ist und dass die Koalition jetzt drei Sprecher für das Umweltressort hat, die das hier verkünden, bevor die Senatorin es uns verkünden kann – umso besser. Ich freue mich, dass das gelungen ist für die Menschen in Osterholz, weil es überfällig war. Wenn es dann auf diesem Weg gelungen ist, danke, dass die Union da noch einmal den Finger in die Wunde gelegt hat.

Wenn es jetzt des Antrages nicht mehr bedurfte, es hat ihn auf jeden Fall bedurft, glaube ich, weil es dazu geführt hat, dass hier noch einmal der Fokus auf das Problem gelegt wurde, damit gesehen wurde, hier ist Handlungsbedarf. Manchmal beschleunigt das dann auch so eine Sache, diesen Handlungsbedarf, weil man sich klar wird, das ist ein unhaltbarer Zustand und dann handelt die Koalition. – Herzlichen Dank, dass Sie es getan haben!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Grotheer: Weitere Wortmeldungen vonseiten der Abgeordneten liegen mir nicht vor. Das Wort hat die Bürgermeisterin Frau Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ja, man merkt erst, wie wichtig etwas ist, wenn es fehlt, wenn man es vermisst, wenn es weg ist. Das war in der Tat auch hier beim Recyclinghof in Osterholz so. Ich möchte das aber nutzen, weil wir hier jetzt ja schon öfter über Recyclinghöfe gesprochen haben, auch in den letzten Wochen, weil viele aufgrund von Corona geschlossen waren.

(Präsident Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Jetzt sind sie zum Glück alle wieder offen, aber das zeigt, wie emotional das Thema ist, wie sehr die Bremerinnen und Bremer auf die Recyclinghöfe angewiesen sind und vielleicht können wir alle einmal gemeinsam den Beschäftigten danken, die nämlich jeden Tag dort ihre Arbeit durchführen und uns helfen unseren Abfall dann auch ordnungsgemäß und sachgerecht zu entsorgen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Saxe hat es schon gesagt, es ist wichtig, dass die Recyclinghöfe dezentral sind, dass sie wohnortnah sind, darauf ist Herr Güngör auch eingegangen. Ich bekräftige das noch einmal, wir sehen keine Schließung von Recyclinghöfen vor. Ich weiß, dass es einmal eine fünf-plus-zwei-Konzeption gab, die teile ich nicht. Wir wollen alle Recyclinghöfe erhalten und auflassen. Dementsprechend ist es uns auch wichtig, dass der geschlossene Recyclinghof in Osterholz auch eine Zukunft hat, allerdings nicht auf der Station am Weserpark.

Hier ist schon darauf eingegangen worden. Als die Recyclinghöfe rekommunalisiert wurden, hat man die unterschiedlichsten Zustände gefunden, von sehr gut bis auch zu Zuständen, bei denen der Arbeitsschutz gesagt hat, das ist nicht mehr länger tragbar. Aus dem Grund ist auch die Recyclingstation am Weserpark geschlossen worden. Ich habe dann auch noch einmal mit der Geschäftsführerin des Weserparks ein Gespräch gesucht, um zu schauen, auszuloten, kann man sie an Ort und Stelle wiedereröffnen. Das war aber nicht der Fall, weil der Weserpark die Fläche selbst braucht und deswegen war es auch wichtig, eine Alternativfläche zu finden.

In der Tat gibt es eine sehr aktive Bürgerinitiative, auch da gab es ein Treffen. Ich finde die Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative sehr konstruktiv, das möchte ich ausdrücklich lobend erwähnen. Mit dem Ortsamt, dem Beirat und der Bürgerinitia-

tive sind auch verschiedene Grundstücke ins Gespräch gekommen, die man dann auch auf ihre Eignung überprüft hat. Das sind die Grundstücke Zum Falsch und Malthusstraße im Gewerbegebiet Bremer Kreuz, dann An Krietes Park, der Hemelinger Hafendamm.

Es hat sich bei den Prüfungen herausgestellt, dass die am besten geeignete Fläche in der Tat An Krietes Park ist. Warum? Wenn man dort einen neuen Recyclinghof bauen, errichten möchte, dann macht es Sinn, auch einen richtig guten dort zu errichten. Es gab letzte Woche eine Fahrt nach Hamburg, da hat man sich moderne Recyclinghöfe angeschaut. Die sind etwas anders aufgebaut als nur, wir stellen dort Container hin, sondern gerade für die Menschen – hier wurde der Kühlschrank angesprochen –, die zumindest mit großen Möbelstücken, mit schweren Sachen kommen und dann mit dem Auto dort vorfahren, soll es so sein, dass die Container niedriger sind, man fährt auf eine Rampe hinauf, kann das Ganze viel rückenfreundlicher gestalten. Das ist auch im Sinne der Beschäftigten deutlich arbeitsfreundlicher. Um so einen Recyclinghof plus zu errichten, bietet sich An Krietes Park an.

Jetzt gab es in der Tat und nicht erst seit dem CDU-Antrag, aber trotzdem auch Dank dafür, das zeigt ja, wie wichtig das Thema ist und dass alle gemeinsam an einer Lösung arbeiten wollen. Wir haben Gespräche geführt, wir, im Senat, das ist die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, also das Wirtschaftsressort und wir vom Umweltressort. Es bahnt sich eine sehr, wie ich finde, in konstruktiven Gesprächen, gute Lösung an, nämlich An Krietes Park. Auch dort mussten naturschutzfachliche Fragen im Vorfeld noch geklärt werden, die sind alle geklärt.

Da aber das Ressort für Wirtschaft, Arbeit und Europa auch einen Bedarf hat gerade für Gewerbeflächen, für Handwerker, ist vorgesehen, auch das ist ein Vorschlag aus dem Ortsamt und dem Beirat, die Fläche am Nußhorn zu entwickeln. Auch hier gibt es noch ein paar Fragen, die geklärt werden müssen, vor allen Dingen in naturschutzfachlicher Sicht. Ich bin aber ganz optimistisch und ich möchte Herrn Wiebe noch einmal danken, der an den Gesprächen teilgenommen hat mit Frau Nießen und Herrn Meyer zusammen, also die drei Staatsräte, die genau diese Fragen dann auch klären. Da geht es um Baumschutz, ich bin aber optimistisch, dass sich diese Fragen auch schnellstens klären lassen, dass ich davon ausgehe, dass einer Realisierung am An Krietes Park wirklich nichts mehr entgegenstehen sollte.

Ich möchte einmal sagen, das waren die Stimmen aus dem Stadtteil, die gesagt haben, uns geht es vor allen Dingen erst einmal um Grünschnitt. Deswegen haben wir auch eine Lösung mit dem Umweltbetrieb Bremen gefunden, dem ich an dieser Stelle auch danken möchte. Hier ist es gelungen, auf der Fläche des Umweltbetriebes diese Übergangslösung zu finden, hauptsächlich für Grünschnitt. Das ist aber nur eine Übergangslösung und wir wollen eine richtig gute Lösung für Osterholz und ich freue mich, dass alle im Parlament an einem Strang ziehen und wir im Senat auch und deswegen möchte ich mich dafür bedanken.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP, M.R.F., Abgeordneter Beck [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, interfraktionell wurde vereinbart, heute noch die beiden Tagesordnungspunkte ohne Debatte aufzurufen.

**Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 6. Oktober 2020
(Drucksache [20/321 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Keine Unterstützung für Extremisten – Leihvertrag für das Alte Sportamt auf den Prüfstand stellen!

**Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. September 2020
(Drucksache [20/301 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP, M.R.F., Abgeordneter Beck [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angekommen und ich schließe die Sitzung der Stadtbürgerschaft. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und wir sehen uns morgen früh wieder. – Danke!

(Schluss der Sitzung 18:40 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 6. Oktober 2020

Anfrage 8: Smart City Bremen Anfrage der Abgeordneten Meyer-Heder, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. September 2020

Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern und mit welchem Ergebnis hat sich Bremen auf die zweite Staffel des BMI-Programms „Modellprojekte Smart Cities“ mit Antragschluss 20. Mai 2020 sowie andere Bundesprogramme der laufenden Legislaturperiode im Bereich „Smart Cities“, siehe Anlage zur Bundestagsdrucksache 19/21250 vom 24. Juli 2020, beworben?
2. Welche konkreten Projekte und Maßnahmen wurden im Rahmen der 2017 gestarteten WFB-Initiative „Bremen: smart – digital – mobil“ mit welchem Ergebnis entwickelt, beantragt, angestoßen und durchgeführt?
3. Welche „Smart-City“-Projekte plant der Senat in Zukunft und wie sollen diese finanziert werden?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Bewerbungen auf nationale und europäische Förderprogramme zu Smart Cities erfolgen in der Regel in einem wettbewerblichen Verfahren. Komplexe Antragstellungen in den europäischen Förderprogrammen wie zum Beispiel „Smart Cities“ oder „Horizon 2020“ binden bei den zuständigen Ressorts und Partnern enorme Personalkapazitäten ohne Erfolgsgarantien. Der Bremer Antrag „Urban.Responsible.SMART“ im europäischen „Smart-Cities“-Programm von 2014 hat deutlich gemacht, welche Ressourcen die Antragstellung trotz Einbezug eines externen Büros bindet.

Vor diesem Hintergrund ist von einer Bewerbung zum BMI Modellprojekt Smart Cities aus Personalkapazitätsgründen im Rahmen der Coronapandemie abgesehen worden.

Zu Frage 2: Die Webseite „smart-digital-mobil.de“ gibt einen umfassenden Überblick zu den Themen und ausgewählten Projekten der

gleichnamigen Initiative. Aktuell gibt es dort 37 Artikel zum Themenkomplex. Aus der Vielzahl an geförderten Projekten werden hier beispielhaft hervorgehoben:

Urbane Logistik

Im „smart-digital-mobil“-Pilotprojekt „Urban-BRE“ wird die innenstädtische Paketzustellung mit Microhub und elektromotorischen Lastenrädern in der Praxis getestet. Das zweijährige Projekt läuft bis Ende 2020 und wird mit Haushaltsmitteln von SWAE in Höhe von 230 000 Euro gefördert. Dieses Projekt wird weitergeführt und strategisch eingebunden in das neue europäische Projekt „Urban Logistics as an on-demand Service“. Das Projekt ist am 1. September 2020 mit einer Laufzeit von 36 Monaten gestartet. Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau hat die europäische Koordination inne.

Projektmodule in Bremen sind gewerbliche Logistikketten mit Microhubs, Mikrodepots und speziellen Lastenrädern, Mischung von on-demand-Fahrgastdiensten mit Kurieraufgaben sowie Lastenrad-Sharing für private Haushalte. Die EU fördert das Projekt mit 3,15 Millionen Euro. Die vier Bremer Partner profitieren mit insgesamt 684 000 Euro.

Smarte Mobilität: Fahrradmodellquartier

Nachdem 2016/2017 Fördermittel für das Fahrradmodellquartier Alte Neustadt erfolgreich beantragt werden konnten, gab es Folgeanträge für das Fahrradmodellquartier Ellener Hof sowie das Projekt Wallring. Die beiden letztgenannten Projekte befinden sich in der Umsetzung. Das Projekt Fahrradmodellquartier Alte Neustadt wurde zeitgerecht abgeschlossen und abgerechnet. Die Förderung des Bundes für das Projekt „Fahrradmodellquartier Alte Neustadt“ liegt bei 2,4 Millionen Euro für die Freie Hansestadt Bremen und die Hochschule Bremen.

Zu Frage 3: In der Fachwelt gibt es sehr viele verschiedene Definitionen zu dem Begriff „Smart Cities“. Die meisten Definitionen zielen darauf ab, Städte effizienter, nachhaltiger und sozial inklusiver zu machen. Zur Zielerreichung sollen die Städte technologisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich innovativ sein. Erst in den letzten Jahren wurde der Begriff Smart Cities oft

sehr stark auf das Thema Digitale Städte bezogen. Sowohl die Stadtentwicklungs- als auch Verkehrsentwicklungsplanung nehmen Bezug auf die Themen Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Einzelmodule wie beispielsweise Elektromobilität, shared mobility und automatisiertes Fahren.

Der Senat verfolgt das Thema Smart City vor dem Hintergrund seiner Bedeutung konzentriert weiter. Konkrete Förderanträge sind jeweils von den Ausschreibungen in den nationalen und europäischen Förderprogrammen abhängig und werden im Rahmen der Personalkapazitäten von den zuständigen Ressorts gestellt.

**Anfrage 9: Errichtung einer Zaunanlage an der ÖVB-Arena und dem Kongresszentrum
Anfrage der Abgeordneten Pörschke, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. September 2020**

Wir fragen den Senat:

1. Aus welchem Grund wurden Flächen vor der ÖVB-Arena und dem Kongresszentrum, auf denen sich häufiger obdachlose Menschen aufgehalten haben und die bekanntlich an jenen Bereich grenzen, der zuvor für die Versorgung bedürftiger Personen mit Essen genutzt wurde, mit einem Zaun abgesperrt?

2. Wie beurteilt der Senat das mögliche Motiv, und welche Maßnahmen gedenkt der Senat zu ergreifen, um dem Eindruck entgegenzutreten, es könne sich um einen Akt zur Verdrängung unerwünschter Personen handeln?

3. Welche Kommunikation erfolgte im Vorfeld der fraglichen Maßnahme unter Einbeziehung der Inneren Mission und der Bremer Suppenengel mit den Betroffenen, und gedenkt die Messe Bremen, sich an der Entwicklung von Konzepten zur Verbesserung der Lebenssituation obdachloser Personen zu beteiligen?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Der Auftrag der stadteigenen Gesellschaft M3B GmbH ist unter anderem die Durchführung von Veranstaltungen auf der Bürgerweide. Hierzu gehört, dass sie die entsprechenden Gebäude und Flächen instand hält. Das Gelände rund um die ÖVB-Arena wurde seit Jah-

ren von wohnungslosen Menschen als Schlafstätte genutzt, toleriert durch die M3B GmbH und weitgehend ohne größere Probleme.

Seit Mai 2020 stieg die Anzahl der wohnungslosen Menschen, die sich auf der Bürgerweide aufhalten, bedingt durch die Coronapandemie und das Notversorgungszelt der Suppenengel. Auch hieraus erwachsen für die M3B keine Probleme mit den wohnungslosen Menschen.

Problematisch ist aber, dass sich seit diesem Zeitpunkt vermehrt, möglicherweise durch Standortwechsel, auch eine größere Gruppe von Personen junger Erwachsener aus unterschiedlichen Szenegruppierungen im Umfeld der ÖVB-Arena aufhält, die teilweise Drogen und Alkohol konsumieren und benutzte Spritzen offen herumliegen lassen. Diese Situation geht einher mit zunehmender Verschmutzung des Geländes und Bedrohung von Beschäftigten und Wachpersonal.

Verschärft wurde die Situation dadurch, dass aufgrund der Coronakrise über einen langen Zeitraum keine Veranstaltungen stattfanden und es somit wenig Aussteller- und Publikumsverkehr gab. Die Gespräche und Ermahnungen des durch die M3B eingesetzten Wachpersonals sowie die fast täglichen Kontrollen der Polizei haben zu keiner Verbesserung der Situation geführt. Nach einem Austausch mit dem zuständigen Polizeikommissariat hat die M3B entschieden, eine Zaunanlage aufzubauen.

Von dieser konkreten Problematik unberührt ist die generelle Haltung des Senats, dass Ausgrenzung von obdachlosen Menschen keine Lösung darstellen kann. Vielmehr sind bei konkreten Nutzungskonflikten alternative geeignete Aufenthaltsmöglichkeiten zu suchen und anzubieten.

Zu Frage 2: Dem Senat ist die Verbesserung der Situation der wohnungslosen Menschen ein wichtiges Anliegen. Ressortübergreifend sollen Lösungen gefunden werden, um dieser Gruppe zu helfen. Mögliche Lösungen könnten extra ausgewiesene Flächen für die Übernachtungen sein.

Zudem wird der Senat vor dem Hintergrund der in der Antwort zur Frage 1 geschilderten Situation auf der Bürgerweide gemeinsam mit der M3B GmbH Lösungen erarbeiten, wie die Situa-

tion vor Ort im Sinne der wohnungslosen Menschen verbessert werden könnte. In diesem Kontext wird mit der M3B der Rückbau des Zaunes besprochen.

Zu Frage 3: Die M3B war im Austausch mit dem Bremer Suppenengel e. V. und hat diesem im Juni 2020 mitgeteilt, dass die kostenlose Nutzungszeit Ende Juli enden müsse, da die für den August vertraglich vereinbarten Vermietungen bestätigt wurden. Die M3B hat dazu beigetragen, dass das Projekt der Essensausgabe für Bedürftige während der Coronakrise auf der Bürgerweide erfolgreich umgesetzt werden konnte.

Aufgabe der M3B ist es, auf der Bürgerweide Veranstaltungen durchzuführen. Für sie ist ein verträgliches Miteinander im öffentlichen Raum

weiterhin ein wichtiges Anliegen. Sofern Konzepte zur Verbesserung der Lebenssituation obdachloser Personen den Gesellschaftszweck und die Flächen und Gebäude ihrer Gesellschaft tangieren, wird die M3B auch weiterhin ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden und für Gespräche zur Verfügung stehen.

Die M3B zeigt ihr soziales Engagement auch gerade gegenüber Bedürftigen unter anderem in der Beteiligung am Projekt „Dein Festmahl – Ein Abend für bedürftige Menschen“, das im Dezember 2020, unter Berücksichtigung der aktuellen Coronalage, zum vierten Mal stattfinden soll. Hierzu wurden mehr als 800 Gäste geladen. Außerdem hat die M3B bereits 2018 und 2019 dem Kältebus der Inneren Mission eine Fläche auf der Bürgerweide zur Verfügung gestellt.

Konsensliste

Von der Stadtbürgerschaft in der 17. Sitzung nach interfraktioneller Absprache beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
10.	<p>Bebauungsplan 2493 für ein Gebiet in Bremen-Vahr zwischen Heidmarkstraße, Bispinger Straße, Breloher Weg, Wienhauser Straße, Müdener Straße, Beneckendorffallee und dem Gelände des Kleingartenvereins Feldmark Hastedt e. V. (Bearbeitungsstand: 10.07.2020) Mitteilung des Senats vom 15.09.2020 (Drucksache 20/309 S)</p>	<p>Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2493.</p>
11.	<p>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 150 (mit Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung einer Kindertagesstätte in Bremen-Obervieland, westlich der Hans-Hackmack-Straße, nördlich der Felix-von-Eckardt-Straße und östlich des Gymnasiums Links der Weser (Bearbeitungsstand: 15.07.2020) Mitteilung des Senats vom 22.09.2020 (Drucksache 20/310 S)</p>	<p>Die Stadtbürgerschaft beschließt den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan 150 (mit Vorhaben- und Erschließungsplan).</p>
12.	<p>Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 11 vom 25.09.2020 Bericht und Dringlichkeitsantrag des Petitionsausschusses vom 28.09.2020 (Drucksache 20/312 S)</p>	<p>Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.</p>

Frank Imhoff
Präsident der Bremischen Bürgerschaft